

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte



16. September 1988
Jg. 9 Nr. 19

G 7756 D

Preis:
2,50 DM

§-218-Prozesse

Demonstration
gegen die Straf-
verfolgung in
Memmingen

Seite 7

Süd-Kurdistan/Irak

„Befriedung“
der Region durch
Kurdenmassaker

Seite 15

DKP-Programmdebatte

„Gefährdungs-
gemeinschaft“
der
Menschheit?

Seite 18

Südafrika/Azania

PAC: Wir brauchen
eure Unterstützung
zur Ausrottung des
Rassistenregimes

Seite 34



371000 Lohnabhängige der Post stimmten Anfang September gegen die Regie-
rungspläne zur Postreform

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/211658

| Inhalt | 19/88 |
|---|-------|
| Aktuelles aus Politik und Wirtschaft | |
| Aktuell in Bonn | 4 |
| Haushaltsdebatte: Koalition arbeiterfeindlicher denn je | 5 |
| §-218-Prozesse: Demonstration in Memmingen | 7 |
| Druckindustrie: Forderungen der IG Druck | 7 |
| Insolvenzrecht: „Marktgesetze im Gerichtsverfahren“ | 7 |
| US-Wahlen: Der Wahlkampf wird schrecklich werden | 8 |
| Bundespost: Beschäftigte gegen Privatisierungspläne | 9 |
| SPD: Ökologischer Umbau ohne Profitbelastung | 10 |
| Die dreizehn Schlagworte zur Wirtschaftspolitik | 11 |
| | |
| Auslandsberichterstattung | |
| Chile: Wirtschaftspolitik der Diktatur | 12 |
| Indien-IWF/Weltbank: Fallen Schranken für Konzerne? | 14 |
| Australien: Lohnerhöhung nur mit Vorbehalten | 14 |
| Süd-Kurdistan/Irak: Befriedung durch Kurdenmassaker | 15 |
| VR Polen: Streiks gegen Folgen der Wirtschaftsreform | 15 |
| Internationale Meldungen | 16 |
| | |
| Aus Verbänden und Parteien | |
| Veröffentlichungen: | |
| Virchow's zaghafte Erben | 18 |
| „Leben ist Risiko. Chemie ist Risiko“ | 18 |
| Keine Entschädigung für Nazi-verfolgte Ausländer | 18 |
| TAZ pan-europäisch und nationalrevolutionär | 19 |
| DKP: „Gefährdungsgemeinschaft Menschheit“? | 19 |
| Dokumentiert: Lage und künftige Entwicklung der DKP | 20 |
| | |
| Reportagen und Berichte regional | |
| Regionale Nachrichten | 21 |
| Republikaner: Keine Kandidatur in Westberlin | 22 |
| Anti-IWF-Kampagne: Straßenfest und Demonstration | 22 |
| Luftwaffe: Widerstand gegen Militärpropaganda | 23 |
| Continental AG: Sparmaßnahmen durchgesetzt | 23 |
| Bosch: Interview mit brasilian. Gewerkschaftsvertretern | 24 |
| Pflegenotstand: Therapie: Soziales Jahr | 25 |
| Arbeitszeit: Gegen Pausenzwangsvorlängerung | 25 |
| Braunschweig: Kommunalpolitisches Bündnis festigt sich | 26 |
| Haushaltsentwurf 1989: Gewerbesteuernforderung | 27 |
| Nachrichten aus der Arbeiterbewegung | 28 |
| Erfassungstelle Salzgitter: Auflösung ist überfällig! Stadtrat wäre dafür | 29 |
| | |
| Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge | |
| Ausstellung: Kinderbücher aus fünf Jahrhunderten | 30 |
| Interview mit ORWI: Über die Herrschaft der Mullahs in Iran | 31 |
| | |
| Spezialberichte | |
| Befreiungskampf in Südafrika/Azania: PAC: Wir brauchen eure Unterstützung zur Ausrottung des Rassistenregimes | 34 |
| An den Genossen Mothopeng | 36 |
| 1987/88: Die APLA konnte ihre Aktivitäten ausweiten | 38 |
| NACTU unterstützt Einigung der Befreiungsbewegung | 39 |

Wenig Erfreuliches vom IG Chemie-Kongreß

Rappe habe schon bei der Eröffnung des Gewerkschaftstags der zweitgrößten Industriegewerkschaft der BRD in Karlsruhe „den Arbeitgebern das Angebot unterbreitet, auch in der Europapolitik zusammenzuarbeiten. Mit Blick auf die Vollendung des EG-Binnenmarktes 1992 meinte Rappe, hier gehe es auch um den Erhalt der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik. Er begrüßte erneut die Initiative von Bundeskanzler Kohl, eine nationale Europa-Konferenz einzurichten“. Dies stellt zufrieden das Handelsblatt fest. Rappe überschreitet

und Qualifizierungstarifverträgen der Qualifizierungsoffensive der Chemiekonzerne entgegenkommen.

Daß nach Pressemeldungen der Entgelttarifvertrag auf breite Zustimmung bei den Delegierten gestoßen ist, mag auch zum überraschend guten Abschneiden des Tarifexperten Mettke bei den Wahlen geführt haben. Erfreulich ist allerdings, daß etliche Delegierte auf die Notwendigkeit von Nachbesserungen vor allem für die unteren Entgeltgruppen hingewiesen haben. Selbst Mettke konnte denn auch nicht bestreiten, daß die unteren Einkommen besser sein könnten, warb aber für „Behutsamkeit“. — (mio)



Schwere Arbeit und niedrige Eingruppierung — mit Vorsicht ist das nicht zu ändern.

zwar hiermit deutlich den Rahmen des vom Gewerkschaftstag verabschiedeten Antrags des Hauptvorstands zum „Binnenmarkt 1992“, der eine Zusammenarbeit der europäischen Gewerkschaften gegen die „Deregulierungsoffensive konservativer Kräfte“ befürwortet, um erhebliche soziale Verschlechterungen zu verhindern, kann sich aber dieses offensichtlich leisten. Die Leitanträge des Vorstands zur Chemie- und Wirtschaftspolitik gehen denn auch von der Maxime aus, daß „die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten und gestärkt werden“, der „Industriestandort Bundesrepublik“ gesichert werden muß. Entsprechend soll die zukünftige Tarifpolitik der IG Chemie einen Schwerpunkt darin haben, daß weitere Arbeitszeitverkürzungen in Verbindung mit Weiterbildungs-

Minister schreibt für faschistische Magazine

Nachdem der baden-württembergische Kultusminister Mayer-Vorfelder vor der Landtagswahl von DVU und NPD öffentlich für seine deutschnationale Schulpolitik (u.a. Deutschlandlied absingen) und seine Aussage „Chaoten wütten schlimmer als die SA jemals“ gelobt worden war, ließ er jetzt in den neofaschistischen Monatsmagazinen MUT (Aufl. 25000) und „Nation Europa — Monatsschrift im Dienst der europäischen Neuordnung“ (Aufl. 9000) zwei Artikel zu seinem Geschichtsverständnis veröffentlichen. In den Artikeln „Holt die Geschichte raus aus der untersten Schublade“ und „Geschichtsunterricht schärf Urteil“ polemisiert „MV“ gegen einen mit Quellen und

wissenschaftlichen Methoden arbeitenden Geschichtsunterricht und verlangt das „ordnende Übersichts- und Zusammenhangswissen ... die gebührende Berücksichtigung der Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte, nennen wir Friedrich den Großen, Napoleon und Bismarck.“ „Nation Europa“ wird vom NPD-Funktionär Peter Dehoust herausgegeben, MUT von C. Wintzek, ehem. NPD-Funktionär und Mitinitiator der „Aktion Widerstand“ („Brandt an die Wand!“). Die Staatssekretärin im MKS, Marianne Schultz-Hector, rechtfertigte den Abdruck damit, MUT sei nicht rechts-extremistisch. In der Stuttgarter Zeitung und der GEW-Lehrerzeitung erschienen am 10.9.88 kritische Artikel zum MUT-Abdruck. — (zem)

Neue Erkenntnisse über „ungeborenes Leben“

Die FDP führt seit zwei Jahren regelmäßige Treffen mit Vertretern der beiden christlichen Staatsreligionen durch. Das Treffen zwischen Vertretern der FDP und der katholischen Deutschen Bischofskonferenz am 8. September diente der Abstimmung in Sachen §218. Von der FDP nahmen u.a. der stellvertretende Parteivorsitzende Mischnik, Graf Lambsdorff und der bayerische FDP-Vorsitzende Brunner teil. Beide Organisationen stimmten darin überein, daß das von der Bundes-

regierung geplante Beratungsgesetz schnell beschlossen werde müsse. Die FDP erklärte, Übereinstimmung bestehe darin, daß die Zahl der Abtreibungen unerträglich hoch sei. Deshalb müsse mehr geschehen, um der Schwangeren das berüchtigte „Ja zum Kinde“ zu erleichtern. Dafür gibt es nach Auffassung der FDP einen erprobten, liberalen Weg: die Väter der ungeborenen Kinder müssen „stärker in die Verantwortung einbezogen“ werden. Das kann sowohl bedeuten, daß die künftigen Väter zur Kasse gebeten werden und außerdem Eingriffsrechte bei der Entscheidung über eine Abtreibung erhalten sollen. Diese Auffassung geht noch hinter das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1975 zurück. Die FDP hat einen neuen Propaganda-Weg gefunden, die Verschärfung durch das von der Bundesregierung geplante Beratungsgesetz in Übereinstimmung mit liberalen Auffassungen und den Anforderungen der christlichen Morallehre zu bringen: „Neue wissenschaftliche Erkenntnisse“ hätten ergeben, daß es sich beim ungeborenen Kind „schon um menschliches Leben“ handele, weshalb Abtreibung „letztlich Tötung dieses Menschen“ sei. Daß aus Embryos keine Pflanzen oder Tiere entstehen, ist eine wissenschaftliche Erkenntnis, die die Menschheit seit Jahrtausenden teilt. Die Behaup-

tung, daß Schwangere, die aufgrund gesellschaftlicher Verhältnisse abtreiben lassen, wenigstens des Totschlags schuldig seien und strafrechtlich verfolgt werden müssen, ist erheblich jünger als die „neue wissenschaftliche Erkenntnis“ und läuft auf staatlich verordneten Gebärzwang hinaus. Die FDP läßt ihre liberal begründeten Positionen fallen. — (uld)

Beugehaft gegen Ingrid Strobl

Ingrid Strobl bleibt weiter in Haft. Das entschied das Düsseldorfer Oberlandesgericht am 6. September bei einem Haftprüfungstermin. Die Bundesanwaltschaft hatte sich geweigert, I. Strobl an dem Termin teilnehmen zu lassen: Die Entfernung zum Haftort sei zu weit. I. Strobl ist wegen eines „Verteilungsschlüssels“ für Angeklagte nach § 129a in München inhaftiert. Der Beschuß des Gerichts läuft auf Beugehaft hinaus. Vor dem Termin hatte I. Strobl dem Gericht schriftlich mitgeteilt, sie habe einen Wecker, der angeblich bei einem Anschlag auf das Kölner Lufthansa-Gebäude benutzt wurde, aus Gefälligkeit für einen Freund gekauft. Seinen Namen will sie nicht mitteilen. Sie selbst habe mit dem Anschlag, der einen wichtigen Teil der Anklage wegen Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ bildet, nichts zu tun. — (uld)

Anzeige

Dokumentation von Texten der Autonomen Frauenbewegung

Inhalt:

1. Teil:

Die Anfänge der „Neuen Frauenbewegung“ im SDS

2. Teil:

Frauen und Männer sind stark oder Frauen gemeinsam sind stark

3. Teil:

Das Verhältnis der autonomen Frauenbewegung zum bürgerlichen Staatsapparat

Hrsg. von der Arbeitsgruppe Patriarchat
Hamburg von BWK, FAU/R und Volksfront
zu beziehen über:
GNN-Verlag, Postfach
260226, 5000 Köln 1
Preis: 4,00 DM

Bhagwan gegen allgemeines Wahlrecht

Auf einer Veranstaltung einer „Weltakademie für kreative Wissenschaften, Künste und Bewußtsein“ am 5. September in Köln wurde Bhagwans „Manifest einer „Neuen Menschheit““ vorgestellt. Das Manifest scheint nach Angaben der örtlichen Presse ein faschistischer Herrschaftsanspruch der Intelligenz zu sein. Das Manifest spricht von „Mobokratie“ (von „Mob“). Das Wahlrecht sollen nicht mehr alle 18-jährigen erhalten, sondern nur noch Abiturienten, Bundeskanzler müssen mindestens zwei Doktortitel haben. Bagwan fordert die absolute Geburtenkontrolle, bei der von Genetikern durch künstliche Befruchtung eine „wissenschaftliche Verbindung zwischen dem besten Mutterei und dem besten Sperma“ hergestellt wird. Anwesend auf der Veranstaltung war auch Rudolf Bahro. Der Kölner Stadt-Anzeiger berichtet: „Er erntete für seine „Warnung vor der Macht der Intelligenz“, deren Gefahren „von Indien aus“ nicht ganz erkannt würden, Widerspruch und Zurufe.“ — (jöd)



Etwa 3000 türkische und einige westdeutsche Antifaschisten beteiligten sich am 10. September in Frankfurt an einer Demonstration zum 8. Jahrestag des Militärputsches in der Türkei. Aufgerufen hatten türkische und kurdische Organisationen, darunter Dev Genc, ATIF, DİDF, Devrimci İisci und TKP(B). Am gleichen Tag demonstrierten in Karlsruhe (Bild) 10000 Kurden auf Aufruf von Feyka Kurdistan. Antiimperialisten, BWK, VSP, Volksfront unterstützten die Aktionen. — (rül)

Aktuell in Bonn

Bundesrat zu Sozialhilfe

Der Bundesrat legte am 4. August einen Gesetzentwurf zur Sozialhilfe vor (Drucksache 11/2685). Demnach soll der Bund die Hälfte der Sozialhilfeaufwendungen der Länder und Gemeinden übernehmen. Aber die Länder sollen dafür dem Bund Teile ihres Umsatzsteueranteils (4 Prozent) überlassen. Die Begründung nennt die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung der Regionen in der BRD, woraus sich ungleiche Finanzausstattung und Ausgaben — insbesondere für Sozialhilfe — ergeben. Die Verschuldung der betroffenen Länder und Gemeinden führt zu einem wachsenden Rückstand bei anderen Leistungen und damit zu einem faktischen Verstoß gegen das im Grundgesetz genannte Ziel der „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse für die Bürger“. Die höchste Nettoentlastung soll sich für NRW mit 1,733 Mio., die geringste für Bayern mit 179 Mio. D-Mark ergeben.

„Terror“-Verfahren

Auf eine Anfrage der Grünen zu Strafverfahren wegen „terroristischer Taten“ antwortete die Bundesregierung am 16. August mit einer tabellarischen Übersicht (Drucksache 11/2774). Demnach gab es 1980 263, 1981 571 und 1987 314 Ermittlungsverfahren. Wegen rechtsterroristischer Straftaten gab es 1980 34, 1987 24. Dabei Verurteilung mit Freiheitsstrafen 1987: Keine, wegen „Links-terrorismus“: Eine.

Gefangene in Chile

Die Bundestagsfraktion der Grünen wandte sich in einer kleinen Anfrage (Drucksache 11/2640) an die Bundesregierung wegen des Verfahrens gegen die drei in erster Instanz zum Tode verurteilten Chilenen. Die Regierung wird aufgefordert mitzuteilen, „welche konkreten neuen Erkenntnisse“ seit Oktober 1987 gewonnen wurden und warum diese nicht ausreichten, die Beschlusslage zu ändern. 350 kamen am Samstag, dem 10.9., zu einer Protestdemonstration gegen das Pinochet-Regime nach Bonn.

Tropenholz-Import

In einer Antwort auf eine kleine Anfrage der SPD-Fraktion räumte die Bundesregierung am 21. Juli (Drucksache 11/2652) ein, daß der „Rückgang des Tropenwalds“ alarmierend sei. Er sei aber auf „eine Reihe unterschiedlicher Faktoren“ zurückzuführen, es bedürfe eines „differenzierten Handlungskonzepts“. Importbeschränkungen für Tropenholz seien „kein geeignetes Mittel“ und werden daher „nicht erwogen“.

Thyssen gegen Streikrecht

Verbot von Sympathiestreiks, Verbot von Streiks, die „den Gegner wirtschaftlich zu vernichten suchen“, Verbot von Waren- und Dienstleistungsboykotts und von Bummelstreiks, dagegen Genehmigung der „Angriffsaussperrung“ durch die Kapitalisten — dies sieht der Entwurf eines „Arbeitskampfgesetzes“ vor, den vier Professoren im Auftrag der Thyssen-Stiftung am 8.9. vorstellten. Während das FDP-Präsidiumsmitglied Brunner den Entwurf der Professoren R. Birk

(Trier), H. Konzen (Mainz), M. Löwisch (Freiburg) und T. Raisen (Gießen) begrüßte, reagierten Regierungssprecher hingehend. Blüms Staatssekretär Vogt ließ verlauten, die Bundesregierung plane keinen Gesetzentwurf zum Arbeitskampfrecht. Kritik äußerte Vogt lediglich an der im Entwurf vorgesehenen „Angriffsaussperrung“.

Beratungsgesetz

Am 7.9. trafen in Bonn Vertreter des FDP-Vorstands und der Deutschen Bischofskonferenz zusammen. Thema: Das geplante Beratungsgesetz. Beide Seiten stellten nachher fest, FDP und Kirchen hätten sich in letzter Zeit einander genähert. Die FDP stimmte zu, daß Abtreibung „Tötung von Menschen“ sei, daß die hohe Zahl von Abtreibungen unerträglich sei und alles getan werden müsse, um wirksame Abhilfe zu schaffen. Das geplante Beratungsgesetz müsse verabschiedet werden. Umstritten waren lediglich Formulierungen in dem jetzt vorliegenden Entwurf über das Ziel der „Beratung“ von Schwangeren. Darüber soll weiter gesprochen werden. (FAZ, 7.9.)

Gesundheitsreform: Proteste

Zehntausend zumeist ältere Leute beteiligten sich am 10.9. in Oldenburg an einer Protestdemonstration des Reichsbundes gegen die Reform der Krankenversicherung. In dieser Woche plant der Verband der Kriegsopfer (VdK) eine Protestkundgebung in Bonn. Schon im Juli hatte der VdK kritisiert, daß „Renter — unter ihnen viele chronisch Kranke — und Behinderte die Zeche dieses Gesetzesvorhabens zu bezahlen hätten.“ (VdK-Organ „Die Fackel“, Nr. 7-8/1988) Das Kostenerstattungsverfahren bei Zahnbehandlungen sowie die Selbstbeteiligung bei Brillen, Hörgeräten usw. treffe vor allem Alte und chronisch Kranke.

Was kommt demnächst?

Am 19. September berät die CDU/CSU-Bundestagsfraktion über Gesundheitsreform und Finanzpolitik. Am 21. September beginnt der Verteidigungsausschuß des Bundestags seine Untersuchung des Ramsteinunglücks. Am 22. September berät der Bundestag über einen Antrag der Grünen zum Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten. Auf der Tagesordnung steht weiter die 1. Lesung des Gesetzentwurfs zur Postreform sowie die 2. und letzte Beratung eines neuen Auslieferungsabkommens mit den USA und eines Rechtshilfeabkommens mit Marokko. Am 23. September berät der Bundestag u.a. über zwei Anträge der Grünen zur geplanten Stationierung von US-Hubschraubern auf dem Flughafen Ebenheim bei Wiesbaden. Am 26.9. folgt eine Sondersitzung der CDU/CSU zur Rentenreform. Am 7. Oktober wählt die FDP in Wiesbaden einen neuen Parteivorsitzenden.



Verteidigungsminister Scholz kommt wegen des Ramsteinunglücks unter Druck. Immer deutlicher wird, daß nicht Pilotenleichtsinn oder Zuschauerinteresse am Nervenkitzel, wie anfangs in der Presse verbreitet, für das Unglück verantwortlich waren, sondern Befehle von höchster Stelle. Die „FAZ“ vom 10.9.88 meldet, der italienischen Staffel sei in den USA schon 1986 Flugverbot erteilt worden, die „Augsburger Allgemeine“ ergänzt, die in Ramstein geflogene Flugfigur sei in den USA verboten. Die Genehmigung für beides kam vom Verteidigungsministerium. Am 21.9. beginnt ein Untersuchungsausschuß des Bundestages, das Ramsteinunglück zu untersuchen.

Haushaltdebatte im Bundestag

Koalition arbeiterfeindlicher denn je Nächstes Projekt: „Konzertierte Aktion“

Gleich zweifach sehen sich die Koalitionsparteien gegenwärtig in ihrem aggressiven, expansionistischen und arbeiterfeindlichen Kurs bestätigt: Die gute Konjunktur hält an. Der Verlauf des SPD-Parteitags und die dort von Vogel, Lafontaine und anderen „Brandt-Enkeln“ vorgetragenen reaktionären Angriffe auf die Gewerkschaften ermutigen die Koalition zusätzlich. Wenn die SPD allerdings geglaubt hatte, sie würde sich durch diese Annäherung an FDP- und Kapitalistenpositionen von den

Regierungsparteien Schonung erkaufen, dann sah sie sich in der Haushaltdebatte im Bundestag in der letzten Woche getäuscht: Unions- und FDP-Sprecher setzten höhnisch nach, um die SPD nun auch in der Steuer- und Sozialpolitik näher an das reaktionäre Regierungsprogramm heranzudrücken. Kohls Projekt einer neuen „konzertierten Aktion“ zur Vorbereitung auf den EG-Binnenmarkt stieß in der ganzen Haushaltdebatte auf keinerlei Widerstand, auch nicht von Seiten der Grünen.

Stoltenberg eröffnete die Debatte mit einem triumphierenden Hinweis auf die Konjunktur: „Meine Damen und Herren, heute früh hat das Statistische Bundesamt Zahlen über die Wirtschaftsentwicklung im ersten Halbjahr 1988 veröffentlicht. Ich möchte sie hier vortragen: Danach ist das Bruttonsozialprodukt real um 3,9% angestiegen. Der private Verbrauch wuchs um 3,2%, der Staatsverbrauch ... nur um 1,9%. Die Bruttoinvestitionen nahmen um 11% zu, die Bauinvestitionen um 10,4% ... Vor allem durch ein sehr hohes Maß an Preisstabilität und die Steuersenkungen ... stiegen die real verfügbaren Einkommen der Bürger 1986 und 1987 nach den Feststellungen der Bundesbank jeweils um gut 4% an. 1988 werden es voraussichtlich erneut 3,5% sein. Meine Damen und Herren, man muß in der Geschichte der Bundesrepublik sehr weit zurückgehen, um eine vergleichsweise eindrucksvolle Entwicklung über jetzt drei Jahre hinweg zu verzeichnen.“

Tatsächlich hat sich diese Konjunktur fast ausschließlich in den Kassen der Konzerne und in den Gehältern des leitenden Personals der Kapitalisten niedergeschlagen. Welche Kriegskassen die großen Konzerne angesammelt haben, ersieht man aus dem Hinweis der Bundesbank, daß angeblich seit Jahresanfang 60 Mrd. DM Vermögen zur Vermeidung der Quellensteuer ins Ausland geschafft worden seien. Allein Siemens verfügt über 23 Mrd. DM flüssige Mittel, Bayer über 5 Mrd. DM. Aber auch in Kreisen des leitenden Personals sind die Gratifikationen, Erfolgsprämien usw. deutlich angehoben worden, um den Einsatz für den Unternehmenserfolg zu schmieren. Der Aufbau von Betriebsgemeinschaften in den großen Konzernen durch Spaltung der Belegschaften und Unterwerfung aller Lohnabhängigen schreitet so zügig voran. Die Koalitionsparteien rechnen damit, daß diese für sie günstige Entwicklung — bei gleichzeitigem Tariffrieden in den wichtigsten Branchen durch die lange Laufzeit der Tarifverträge — weiter anhält.

Wieder Stoltenberg in der Haushaltdebatte: „Wir gehen — das können wir schon heute sagen — mit dieser gestärk-

ten Dynamik in das Jahr 1989. Die gute Konstitution unserer Volkswirtschaft begründet die Erwartung, daß der Aufschwung dann auch im siebten Jahr anhalten wird.“

Besonders Bangemann nutzte seinen letzten Auftritt als Minister in einer Haushaltdebatte im Bundestag, um die SPD mit Hohn und Spott zu übergießen und gleichzeitig die Zunahme offen arbeiterfeindlicher Positionen in dieser Partei zu begrüßen. Nachdem er den SPD-Wirtschaftssprecher Roth gelobt hatte, weil dieser „Skepsis“ gegenüber neuen Arbeitszeitverkürzungen geäußert hatte, folgten Aufmunterungen für SPD-Befürworter einer Lockerung des Ladenschlußgesetzes: „Herr Conradi sagt ..., er hätte nun gewisse Überlegungen, was die Ladenschlußgesetzgebung angeht, und könnte sich dem aufgeschlossener zeigen. Herr Glotz hat in der ‚Wirtschaftswoche‘ erklärt, daß er im Gegensatz zur Mehrheit seiner Partei für liberalere Ladenschlußzeiten ist. Er denkt wie die Herren Roth und Lafontaine über Möglichkeiten der Arbeitszeitflexibilisierung nach ... Ich glaube, daß wir eines Tages mit unserer Politik etwas erreichen werden, daß wir selbst vielleicht gar nicht für möglich halten — einige von uns vielleicht gar nicht erreichen

wollen —: Wir werden auch noch die SPD reformieren.“

Diese Zunahme reaktionärer Positionen bei der SPD ermunterte auch andere. Blüm nutzte die Gelegenheit, um gegen Kritiker seiner Gesundheitsreform vom Leder zu ziehen und ihnen „feige Entscheidungsflucht“ und ähnliche Grobheiten vorzuwerfen. Zwei Tage vor einer Protestkundgebung des Reichsbundes gegen die Gesundheitsreform in Oldenburg, an der sich 10000 zumeist ältere Leute beteiligten, und eine Woche vor der für Bonn angekündigten Protestkundgebung des VdK ebenfalls gegen die Gesundheitsreform, wetterte er im Parlament: „Hier besteht die Gefahr, daß Lautstärke mit dem Gewicht der Argumentation verwechselt wird. Das Spektakel ist unterhaltsam, aber es trägt die Züge einer Traumreise ... Eine skandalierende Emotionalität berauscht sich an den Aufregungen des Tages“ und behauptete frech, es gehe darum, „unsere Krankenversicherung vor einer kollektiven Überforderung und Verschwendungen zu bewahren.“

In die gleiche Richtung — Fortsetzung und Verschärfung des reaktionären Regierungskurses — ging Stoltenberg. Er kündigte an, daß die Mittel für Kommunen und Länder systematisch abgebaut



IG-Chemie-Chef Rappe hat auf dem Gewerkschaftstag der IG Chemie Kohls Vorschlag einer neuen Konzertierten Aktion im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt schon zugestimmt. Bild: Treffen im Kanzleramt 1985.



Sowohl der Reichsbund der Hinterbliebenen, Sozialrentner und Kriegsgeschädigten wie der Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands (VdK) mobilisieren gegen die geplante Gesundheitsreform der Regierung. Am 10.9. demonstrierten in Oldenburg in Niedersachsen auf Aufruf des Reichsbundes 10000, in dieser Woche plant der VdK eine Protestkundgebung in Bonn. Bild: VdK-Kundgebung 1986.

werden müßten: „Meine Damen und Herren, ich sage das mit aller Klarheit: Die strukturelle Schwächung der Einnahmebasis des Bundes auch im Verhältnis zu den Steueranteilen von Ländern und Gemeinden kann nicht weitergehen, wenn der Zentralstaat seine wachsenden Aufgaben im internationalen Bereich und seine Verpflichtungen in der Innenpolitik langfristig erfüllen soll.“ An die Adresse aller Lohnabhängigen mit mittleren und geringen Einkommen folgte dann die Bekräftigung, man werde „auch weiterhin vielen überzogenen Forderungen von Interessengruppen an den Bundeshaushalt widerstehen.“

Reaktionäre Rentenreform mit der SPD?

Gleichzeitig laufen die Vorbereitungen, um die SPD in die Rentenreform der Bundesregierung einzubeziehen. Das soll bei der geplanten Anhebung des Renteneintrittsalters und der gleichzeitigen Senkung der Renten gerade für Bezieher niedriger Einkommen den zu erwartenden Widerstand von Gewerkschaften und alten Lohnabhängigen von vornherein aussichtslos erscheinen lassen. Die Rentenversicherung solle „den erarbeiteten Lebensstandard absichern“, kündigte Blüm in der Debatte an. „Wer ein Leben lang gearbeitet und Beiträge gezahlt hat, dem sichert die Rentenversicherung einen entsprechenden Lebensstandard. Sie folgt dem Äquivalenzprinzip: Leistung für Gegenleistung.“ Mit anderen Worten: Wem es schon während der Arbeit dreckig ging, wer nie aus den niedrigen Lohngruppen und schwerer Arbeit herauskam, dem wird auch im Alter nichts besseres beschieden sein. Zynisch und von der SPD unwidersprochen polemisierte Blüm weiter gegen jeden Anspruch auf Mindestrente als „neue Ausbeutung“ der Arbeitenden, als Bezug der Faulen an den Fleißigen:

„Aber die Versuchung, andere für sich arbeiten zu lassen, die in früheren Zeiten auf eine handvoll Privilegierter

beschränkt war, wird zur Massengefahr ... die Faulen beuten die Fleißigen aus ... Unser Sozialsystem muß Widerstände gegen diese neue Ausbeutungsgefahr einbauen.“

Die Idee der Grundrente hat eine eingebaute Versuchung, Gott einen guten Mann und die Arbeitenden die Dummen sein zu lassen. 800 DM Grundrente — dafür muß ein Durchschnittsverdiener 22 Jahre Beiträge zahlen, um sie durch Arbeit und Lohn zu erhalten. Warum sollte er sich 22 Jahre quälen, wenn er ohne Arbeit das gleiche erreichen kann? Und will er gar noch für seine hinterbliebene Frau eine Rente über 800 DM erreichen, muß er über 35 Jahre arbeiten.“

Nichts kennzeichnete die Haushaltsdebatte drastischer als diese Polemik. Die Koalition kann es sich leisten, offen gegen eine sowieso völlig unzureichende Grundrente von 800 DM zu polemisieren und einen solchen Rentenanspruch jeder Witwe zu bestreiten, wenn ihr Mann nicht mindestens 35 Jahre für die Kapitalisten geschuftet hat.

Antwort des SPD-Sprechers und AfA-Bundesvorsitzenden Dressler: „Wir brauchen endlich eine umfassende Reform, die sich nicht auf Teilkorrekturen und Finanzverschiebungen beschränkt, sondern das Alterssicherungssystem insgesamt und seine Strukturen umfaßt. Wir Sozialdemokraten sind bereit, an einer solchen Reform gemeinsam mit dem Koalitionsparteien mitzuarbeiten ... Für Verhandlungen über eine gemeinsame Rentenreform haben wir Voraussetzungen gestellt: Erstens den Willen der Regierungsseite zu einer deutlichen Erhöhung des Bundeszuschusses ... Zweitens den Verzicht auf einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zugunsten eines gleichberechtigten gemeinsamen Antrages aller beteiligten Fraktionen.“ Weder gegen die geplante weitere Senkung des Rentenniveaus noch gegen die damit verbundene Anhebung des Rentenalters ist von Seiten der SPD also irgendein ernsthafter Widerstand zu er-

warten.

EG-Binnenmarkt: Konzertierte Aktion

Bei einer solchen Lage konnte Kohl in der Haushaltsdebatte bewußt staatsmännisch auftreten und sich fast ausschließlich über die gestiegene internationale Bedeutung der BRD auslassen. Tatsächlich stärkt diese Lage die Bundesregierung bei ihren zahlreichen aggressiven außenpolitischen Vorhaben. Durch eine Neuauflage der Konzertierten Aktion sollen dabei insbesondere die EG-Politik der Regierung abgesichert und die Gewerkschaften in einen sozialchauvinistischen Pakt mit den Kapitalisten gezwungen werden. Die Koalition beurteilt die Aussichten für dieses Vorhaben optimistisch, Hans Jochen Vogel erhielt von Kohl sogar ein ausdrückliches Lob:

„Fest steht — das ist unbestreitbar —, daß der große Europäische Binnenmarkt mit seinen 320 Millionen Menschen jeden Unternehmer, jeden Arbeitnehmer und jeden Verbraucher berühren wird. Deswegen — Herr Kollege Vogel, ich bin Ihnen dankbar für das, was Sie dazu gesagt haben; das kam ja auch aus dem Kreis der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände und von anderen — halte ich es für wichtig, daß wir uns zu einem Kreis, zu einer Art nationalen Europakonferenz zusammenfinden, die regelmäßig tagt, um einfach zwischen jetzt und 1992, dem Datum für den Europäischen Binnenmarkt, immer wieder die Wegstrecke überdenken, darüber nachzudenken, was wir gemeinsam tun können und was wir nicht tun können.“

Wenn sich die Gewerkschaften in diesen sozialchauvinistischen und sozialimperialistischen Pakt einbinden lassen, dann hat die Koalition auch bei der Renten- und Gesundheitsreform keine ernsthafte Opposition zu befürchten.

Quellenhinweis: Bundestagsprotokolle vom 6. und 7.9.1988; Redemanuskripte von Arbeitsminister Blüm und Dressler (SPD) vom 8.9.88 — (rül)

§-218-Prozesse

Demonstration in Memmingen

Etwa 1700 Menschen, hauptsächlich aus dem süddeutschen Raum, beteiligten sich am 10.9. an einer Demonstration, die durch das Frauenzentrum Memmingen e.V. in die Wege geleitet worden war. Zu der Demonstration gegen die §-218-Prozesse hatten u.a. mehrere Gewerkschaftskörperschaften, Ortsgruppen von Pro Familia, der SPD und DKP sowie viele Frauenorganisationen aufgerufen.

Als eine von sechs Kundgebungsrednerinnen ging die Anwältin Brigitte Hörlster, die einige der Frauen vertritt, auf die rechtliche Situation ein. Nur bei Vorliegen einer Indikation zum Schwangerschaftsabbruch entfällt die Strafbarkeit nach § 218. Die Schwangere ist aber auch dann straffrei, wenn zum Zeitpunkt des Abbruches nach ärztlicher Einsicht eine Notlage vorliegt, ohne daß dies nach vorgeschriebenem Instanzenweg bescheinigt wurde. Der Arzt, der in diesem Fall den Abbruch vornimmt, begeht entgegen den Memminger Richtern nur eine Ordnungswidrigkeit.

In immer gleichlautender Weise wurde durch Richterspruch im nachhinein die Indikation für eine Abtreibung aberkannt. Die Indikationsstellung hat nach geltendem Recht aber nach ärztlicher Erkenntnis zu erfolgen. Auch ist nach der Rechtsprechung des BGH von 1985 die Notlagenindikation zu verstehen aus der „Gesamtheit der Lebensbedingungen“, die es einer Frau nicht ermöglichen, zum gegebenen Zeitraum ein Kind auszutragen. Die Reduzierung auf eine „soziale Notlage“, wie in Memmingen geschehen, ist daher ebenfalls gegen geltendes Recht.

Es sei gut möglich, bei einem Nettoeinkommen von 1800 DM noch ein sechstes Kind großzuziehen, Frauen könnten, wenn mit einem Kind, so auch mit zwei Kindern von Sozialhilfe leben. Kindergärten und Kinderkrippen seien ja vorhanden — dies alles waren die zynischen Argumente der Richter in der Begründung der Strafverfahren. Erst eine absolute Ausweglosigkeit der Lebenssituation hätte die Abtreibung gerechtfertigt, so die Richter, ohne daß sie sich nur einmal darauf festlegen ließen, wann denn diese ausweglose Lage eintreten könne. Schließlich hätten die Frauen ja noch den Ausweg gehabt, das Kind zur Adoption freizugeben.

Der Prozeß gegen den Arzt Dr. Theissen hat inzwischen unter großer Beteiligung der Öffentlichkeit begonnen. Illegale Abtreibung in 156 Fällen, so die Anklage. Vergeblich hatten die Anwälte versucht, die Einstellung des Verfahrens zu erreichen. Der Staatsanwalt nahm die Ungeheuerlichkeit, bei der Verlesung der Anklageschrift die Namen

all dieser 156 Frauen zu nennen. Zuvor waren an die bereits abgeurteilten Frauen erneut Fragebögen verschickt worden: „Zustand der Ehe/Partnerschaft zum Zeitpunkt des Eingriffes“, Einzelheiten über den „Erzeuger“, falls „nicht identisch mit dem Ehemann oder Partner“. Diese erneuten Einschüchterungsmaßnahmen der Justiz haben sehr breiten Protest hervorgerufen und wurden von der Presse fast einhellig kritisiert. Die Augsburger Allgemeine vom 10.9. schrieb auf S. 2 einen Kommentar: „Stoppt die Hexenjagden“. Man darf aber nicht hoffen, die Memminger Justiz sei, da nun isoliert und verhaftet, weniger gefährlich. Eine kontinuierliche Beobachtung des bis Mitte Februar anberaumten Prozesses und Unterstützung der Betroffenen ist weiter dringend. — (elf)



Am Kommandopult für Rollenoffsetmaschinen

Überstunden darf für den einzelnen Arbeitnehmer 25 Stunden im Kalendervierteljahr nicht überschreiten. **Zuschläge:** Die Schichtzuschläge sollen stufenweise erhöht werden, um die Verluste durch die Steuerreform auszugleichen. Für Nachtarbeit bis 24 Uhr von 23 auf 30%, für die Zeit ab 24 Uhr von 45 auf 55%; für Sonntagsarbeit von 88 auf 120%; für Feiertagsarbeit von 150 auf 170%. **Jahresleistung:** Der 13. tarifliche Monatslohn soll in jedem Fall anteilig ausgezahlt werden, unabhängig vom Zeitpunkt des Eintritts oder Austritts des Arbeiters in den Betrieb. **Teilzeit:** Die Arbeitszeit soll mindestens 20 Stunden wöchentlich und 4 Stunden täglich betragen. Arbeitsverträge mit variablen Arbeitszeiten sind nicht zulässig. Allerdings ist Arbeit auf Abruf möglich in Zeitungs- und Zeitschriftenbetrieben. Bei diesen muß die Mindestarbeitszeit nur im Monatsdurchschnitt erreicht sein.

Der Bundesverband Druck hat nun seinerseits die Spartenanhänge gekündigt. Er will über diese nicht erneut verhandeln, sie sollen also ganz entfallen. Damit sollen zwei gewerkschaftliche Errungenschaften beseitigt werden. Die Vorschrift, daß Arbeitsplätze vorrangig mit Facharbeitern der Druckindustrie zu besetzen sind und die Besetzungsregeln der Druckmaschinen, wieviele Facharbeiter und Hilfskräfte dort arbeiten müssen. Die IG Druck hält die Anhänge auch für erneuerungsbedürftig, wollte diese aber nicht kündigen, um sich in den Forderungen nicht zu verzetteln. Der Bundesverband Druck äußerte in der Presse: Die Erfüllung sei „selbst annäherungsweise unmöglich“. Ohnehin liegen die Schichtzuschläge „an der Spitze aller Branchen“. Auch die Arbeitstage Sonnabend und Sonntag dürfen „in keinem Fall ein Tabu werden“. — (hao)

Druckindustrie

Forderungen der IG Druck

Die IG Druck und Papier hat zum 31. 12.88 den Manteltarifvertrag mit Ausnahme der Bestimmungen zur Arbeitszeit für die Beschäftigten der Druckindustrie gekündigt. Die Tarifkommission hat jetzt die Forderungen beschlossen. Bestimmungen zum Gesundheitsschutz und zur humanen Gestaltung der Arbeitsbedingungen sollen ganz neu aufgenommen werden. Gegen Flexibilisierung und Wochenendarbeit sollen die folgenden Forderungen wirken.

5-Tage-Woche: Die wöchentliche Arbeitszeit ist für die einzelnen Arbeitnehmer auf die Tage von Montag bis Freitag zu verteilen (Ausnahme Zeitungsbetriebe). **Pausen:** Begrenzung der täglichen Pausen auf insgesamt eine halbe Stunde. Verlängerungen bis zu maximal zwei Stunden sind mit dem Betriebsrat zu vereinbaren. **Überstunden:** Die Anzahl der

Insolvenzrecht

„Marktgesetze im Gerichtsverfahren“

Bundesjustizminister Engelhard hat jetzt den Diskussionsentwurf eines „Gesetzes zur Reform des Insolvenzrechts“ vorgelegt. Die Verabschiedung durch den Bundestag in dieser Legislaturperiode ist anvisiert. Regelungsgegenstand sind die rechtlichen Bedingungen für Konkurse und Vergleiche von Unternehmen.

Forderungen zur Reform des Insolvenzrechts bestehen seit langem. Die IG Metall hat 1982 Vorschläge für ein Sanierungsverfahren vorgestellt. Der DGB will die Sozialplanansprüche im Konkursverfahren abgesichert wissen.

Andere Konzeptionen liegen vor seitens der Konkursverwalter, des Deutschen Anwaltsvereins und des Grafen Lambsdorff. Gemeinsames Merkmal: Die Verpflichtung eines neuen Eigentümers nach einem Vergleich, bestehende

Lohnansprüche, soziale Leistungen u.ä. zu übernehmen, soll entfallen.

Die Bedeutung des vorgelegten Diskussionsentwurfs beschreibt Engelhard so: „Im Insolvenzrecht . . . geht es um die richtige Ordnung des Marktaustritts oder des finanziellen Umbaus am Markt versagender Wirtschaftseinheiten, also um ein zentrales Element unserer freiheitlichen Wirtschaftsverfassung.“ Und an die Adresse der Gewerkschaften: „Wenn Sanierungen wesentlich leichter stattfinden können, weil die Marktgesetze auch in gerichtlichen Verfahren durchgesetzt werden, kommt dies auch den Arbeitnehmern zugute.“ Was Engelhard damit meint, dazu einige Schlaglichter.

Kündigungsschutz und Mitbestimmungsrechte werden gegenüber dem Insolvenzverfahren zweitrangig. Meint der Insolvenzverwalter Massenkündigungen oder Rationalisierungen vornehmen zu müssen, so soll er dafür freie Bahn ha-

ben. Das Insolvenzgericht kann die Rechtmäßigkeit derartiger Maßnahmen feststellen, das Arbeitsgericht in eventuell später angestrengten Kündigungs- schutzprozessen ist an das Urteil des Insolvenzgerichts gebunden.

Der Insolvenzverwalter kann mit dem Betriebsrat eine Vereinbarung abschließen, die über- oder außertarifliche Leistungen von Beschäftigten herabsetzt oder ausschließt. (Bei der Alternative „Schließung oder Kantinenzuschuß weg“ dürfte eine Prognose über die Wirksamkeit dieser Klausel nicht schwerfallen).

Sozialplanansprüche werden begrenzt: Die Gesamtsumme darf nicht höher als 1,5 Monatsverdienste aller Entlassenen und 1/4 der zu verteilenden Masse sein. Im Gesetz über Sozialpläne im Konkurs vom 20.2.85 ist das Volumen noch 2,5 Monatsverdienste und 1/3 der Konkursmasse. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat erst

jüngst wieder eine „Eindämmung“ der Sozialpläne gefordert. Engelhards Entwurf setzt dazu Marken!

1987 gab es voraussichtlich 17950 Insolvenzen, darunter 12400 Pleiten. Betroffen waren ca. 120000 Lohnabhängige. 1986 waren es ca. 155000, 1985 ca. 173000. Die Dimension, die das Instrumentarium Insolvenzrecht für die Entwertung der Arbeitskraft bietet, läßt sich erahnen. Auch, was mit dem gegenwärtig viel zitierten „Strukturwandel“ gemeint ist. Und am Rande angemerkt: Das Risiko „betriebsnaher Tarifpolitik“, also vieler, vieler Betriebsvereinbarungen, schimmert hervor.

Quellenhinweis: Bundesministerium der Justiz, Diskussionsentwurf Gesetz zur Reform des Insolvenzrechts mit Begründungen, 15.08.88; „recht“, Bundesministerium der Justiz, Bonn 30.08.88; Gewerkschaftsjahrbuch, verschiedene Jahrgänge, Köln 1984 ff; Handelsblatt, 31.08.88; Neue Osnabrücker Zeitung, 27.08.88 — (gka)

US-Präsidentenwahlwahlen

Der Wahlkampf wird schrecklich werden

Nachdem Ende August auch die Republikanische Partei ihre Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen offiziell aufgestellt hat, nimmt der Wahlkampf langsam Gestalt an und, wie es aussieht, wird er schrecklich werden.

Auf Seiten der Demokratischen Partei wollen Präsidentschaftskandidat Michael Dukakis, Gouverneur von Massachusetts, und sein Vizepräsident-Kandidat Lloyd Bentsen, Senator aus Texas, sich auf die „persönlichen Dimensionen“ Integrität, Führungsqualität und Ethos konzentrieren. Vizepräsident George Bush und Danforth Quayle, Senator aus Indiana, die Kandidaten der Republikanischen Partei für Präsident und Vizepräsident, versprechen, dafür zu sorgen, daß „Amerika stark bleibt“, und werfen Dukakis mangelnden Patriotismus vor.

Beide Parteien haben Wahlkampfplattformen verabschiedet, die aber gewöhnlich weder im Wahlkampf noch in der Politik eine bedeutende Rolle spielen. Sie geben jedoch ein Bild von der Stärke der verschiedenen Strömungen innerhalb der jeweiligen Partei. So konnten Jesse Jacksons Delegierte einen großen Teil ihrer sozialen Forderungen durchsetzen, während das Dukakis-Lager, die rechte Parteimehrheit, sich in außen- und militärischen Fragen durchsetzte. Die Plattform der Republikanischen Partei ist geprägt von der extremen Rechten, die sich Bush seit längerem angewandt hat und der er auch den Erzreaktionär Quayle zu verdanken hat.

Im einzelnen wurden auf Antrag Jacksons in die Plattform der Demokraten aufgenommen: Beendigung der Unterstützung von „irregulären Kräften“ in Zentralamerika; die Kennzeichnung Südafrikas als „terroristischer Staat“; ein Moratorium der Tests von Nuklearraketen; mehr Mittel des Bundes für Erziehung; Gelder für Gesundheitsversorgung von Schwangeren und Kleinkindern; Unterstützung des „Equal Rights Amendment“ (Verfassungszusatz, der Frauen, Minoritäten usw. gleiche Rechte

sichert); Recht auf Abtreibung; gleicher Lohn für Frauen. Die Dukakis-Faktion verhinderte die Festlegung einer grundsätzlichen Umkehr der Reaganschen Politik, z.B. die Forderung nach höherer Besteuerung der Reichen, Einfrieren der Militärausgaben und Ende der Militärl Hilfe für El Salvador und Guatemala.

In der Republikanischen Plattform ist alles versammelt, was den Reaktionären am Herzen liegt: die „zügige und definitive Indienststellung“ der Star Wars-Waffensysteme; höhere Militärausgaben; „Modernisierung“ von chemischen Waffen; geheime Kriegsführung; „verbesserte“ Spionage; Verbot der Abtreibung — ohne Ausnahme; „freiwilliges“ Schulgebet und tägliches Aufsagen des Treuegelöbnisses für die Nation in den Schulen. Ein Programmvorstellung gegen die Diskriminierung von AIDS-Kranken wurde rundweg abgelehnt. Dafür legten die Delegierten das Treuegelöbnis mindestens dreimal am Tag ab. 94% der Republikanischen Delegierten waren Weiße, und 30% hatten Jahreseinkommen über 100000 Dollar.

Bushs Wahl für den Vizepräsidenten-Posten hat ihm einige Ärger eingebracht. Quayle, aus einer der reichsten Familien der USA stammend, hat dank seiner Beziehungen seinen Wehrdienst statt in Vietnam in der National Guard (= Reservarmee) abgeleistet. Zum Ausgleich steht er rechts von Reagan in den meisten Militär- und Außenpolitikfragen. Er ist gegen alle Bürgerrechtsge setze aufgetreten. Dann wollte sich Bush bei den „ethnischen Minoritäten“ anbiedern. Dazu hat er sich ein Dutzend sogenannter Führer derselben in sein Wahlkampfteam geholt. Jetzt stellt sich heraus, daß die Hälfte von ihnen Kollaboratoren mit den Nazis in der Ukraine, Rumänien, Kroatien usw. waren. — (ger)



Deutsche Bundespost

Postbeschäftigte gegen die Privatisierungspläne

In den Tagen vom 1. bis 6. September führte die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) eine Abstimmung unter den Beschäftigten durch. In geheimer Wahl sollten diese ihre Meinung zum Gesetzentwurf über die „Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens“ abgeben. Außerdem wollte die DPG wissen, wie groß die Bereitschaft ist, sich an Aktionen gegen die Privatisierungspläne der Reaktion zu beteiligen. Die Abstimmung fand vor den Toren der Post- und Fernmeldeämter statt. Aber trotz der weiten Streuung der Beschäftigten, Außen- und Schichtdienst, Teilzeit- und Wochenendarbeit gaben 371 000 (66,8%) von 550 000 Beschäftigten ein eindeutiges Votum gegen die Privatisierungspläne ab: 96,6% sind gegen eine „Neustrukturierung“ und 91 % erklären, sich „an weiteren Aktionen“ gegen „Zerschlagung und Ausverkauf der Bundespost“ zu beteiligen. Mit dieser Rückendeckung will die DPG im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens, die erste Lesung ist für den 22. September vorgesehen, die Beschäftigten zu weiteren Aktionen gegen die Zerschlagungspläne aufrufen.

Mitbestimmungsrecht der Bundesländer wird abgeschafft

Der vom Bundeskabinett im Mai gebilligte Gesetzentwurf, der auf Widerstand im Bundesrat stieß, ist in überarbeiteter Form vom Kabinett beschlossen worden. Dabei wurden die Kernpunkte der Reform bekräftigt und das Verlangen der Länder auf mehr Einflußnahme zurückgewiesen. Der Bundesrat beanspruchte erweiterte Mitwirkungsrechte bei:

- den Rechtsverordnungen bei beamtenrechtlichen Regelungen (Laufbahngestaltung, besondere Arbeitszeitvorschriften),
- Rechtsverordnungen über Leistungszulagen,
- Aufhebung oder Abänderung von Rechtsverordnungen aufgrund von Benutzungsverordnungen und haushaltrechtlichen Vorschriften,
- der Festlegung von Verpflichtungen für private Konkurrenten der DBP/TELEKOM,
- Mitwirkung der Länder an personalpolitischen und organisatorischen Entscheidungen.

Eine demokratische Kontrolle der DBP soll nicht mehr stattfinden. Der im Gesetzentwurf geplante „Poststrukturrat“ soll mit je 11 Vertretern von Bundesrat und -tag besetzt werden — für Beschäftigteninteressen ist kein Platz mehr da. Der Einfluß dieses Bund-Länder-Gremiums auf die Postpolitik ist auch für

die Katz, denn Initiativ- und Beschußrechte, wie vom Bundesrat gefordert, kommen dem „Poststrukturrat“ nicht zu. Er soll lediglich zu einzelnen Fragen „Stellung nehmen“ dürfen. Mitspracherechte, so die Bundesregierung, würden die verfassungsmäßig gewährleistete eigenständige Ressortverantwortung des Bundespostministers einschränken und die Führung der künftigen drei Postunternehmen unflexibel machen.

Diese Absicht soll auch mit den Vorständen verfolgt werden, die sich aus befristet eingestellten Managern zusammensetzen sollen (ohne Beschäftigtenvertreter). Die Aufsichtsräte, ohne Vertreter des Bundestages und weniger Arbeitnehmervertreter als im Postverwaltungsrat, werden nur begrenzte Einflußmöglichkeiten haben. So können die Vorstände gegen Beschlüsse des Auf-

des Leistungsgedanken ziele, „wissenschaftlich begleiten. Haben die Änderungen bei der Post Erfolg, sei es „nicht einzusehen, warum sie nicht auf andere Bereiche anzuwenden“ wären. Worum gehts? Für die Nachwuchsförderung sollen Einstellungsprämien eingesetzt werden, die erst, wenn sie ein Jahresgehalt überschreiten, mit dem Bundesfinanzministerium abgesprochen werden müssen. Weiter sind Leistungszulagen für Beamte vorgesehen, die das Endgehalt um nicht mehr als zwei Besoldungsstufen erhöhen dürfen. Darüber hinaus soll die Tarifhöhe auf die Generaldirektionen übertragen werden, die dann Verträge mit Berufsbeamten auf Zeit abschließen dürfen.

Erklärtes Ziel ist die Verbilligung der Kommunikationsdienste für die Kapitalisten durch eine stetige Steigerung der Arbeitshetze. Da ist jedes Mittel recht, um die Spaltung zwischen den Beschäftigten voranzutreiben. Neben dem autoritären Dienstrecht für die Beamten, den einzuführenden „Leistungsanreizen“ und über die Aufspaltung des einheitlichen Tarifvertrages für die Tarifkräfte — für jedes der drei Unternehmen soll ein



Briefverteilung in einem Postamt. Arbeitshetze und schlechte Arbeitsbedingungen sind fast in allen Ämtern die Regel. Nach der sogenannten „Postreform“ von Schwarz-Schilling sollen diese weiter verschlechtert werden.

sichtsrates Einspruch erheben und diese dazu zwingen, den Beschuß mit Zweidrittelmehrheit zu bestätigen. Außerdem wird den Vorständen gegenüber den Aufsichtsräten ein Auskunftsverweigerungsrecht eingeräumt. Eine Kontrolle der Vorstände ist somit nicht möglich. Diese sollen ganz im Sinne der Reaktion und der Kapitalisten die drei Postunternehmen durchrationalisieren und für weitere Privatisierungen fit machen.

Dienst- und personalrechtliche Veränderungen

Das Bundesinnenministerium räumt den dienstrechtlichen Konsequenzen der „Poststrukturreform“ eine „Pilotfunktion“ zu, so Staatssekretär Kroppenstedt im Innenausschuß. Sein Ministerium will die Reform, die auf eine Stärkung

separater Tarifvertrag ausgehandelt werden — sollen weitere Lohnsenkungen, Flexibilisierung der Arbeitszeit und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden.

Die Beschäftigten der Bundespost haben mit ihrer Abstimmung gezeigt, daß der Gesetzentwurf vom Tisch muß. Sie wollen keine „Postreform mit Pilotfunktion“ für den gesamten Öffentlichen Dienst. Ob der Gesetzentwurf verhindert werden kann, hängt nun davon ab, inwieweit die Beschäftigten und die DPG Kampfmaßnahmen dagegen ergreifen werden. Ohne Unterstützung der Bevölkerung und der anderen Gewerkschaften wird dies nicht zu bewältigen sein.

Quellenhinweis: Verschiedene Nummern der „Deutschen Post“; Stellungnahme der DPG zum Gesetzentwurf — (sip)

SPD-Parteitag

Ökologischer Umbau ohne Profitbelastung

Das wirtschaftspolitische Beschußwerk des SPD-Parteitags, in dreizehn Kapitel gegliedert, macht erst im letzten Punkt dem Leser deutlich, wie alles gemeint ist. Eine Reform des Finanz- und Steuersystems, die ja nur mit Regierungsmehrheiten zu machen ist, wird dort als Voraussetzung für eine aktive Beschäftigungspolitik genannt. Die SPD gründet damit ihre Vorstellungen auf politische Mittel, die sie nicht hat. Dabei umgeht sie die Frage, wie die Mittel eingesetzt werden könnten, die die Partei hat. Immerhin regiert die SPD in einigen Ländern, immerhin stellt sie eine Vielzahl von kommunalen Mehrheiten. Der Parteitag stützt auch den Widerstand nicht, der sich auf dieser Ebene auf sozialdemokratische Verwaltungs- und Regierungsverantwortung beziehen könnte, da ist die Partei seifenglatt. Stattdessen trennt man sich von einigen Traditionen, um die es schade ist.

Bekenntnis zur indirekten Steuer

Was würde eine Besteuerung umweltschädlicher Produkte und eine Entlastung umweltfreundlicher Produkte bewirken? Zuerst würde der Markt gespalten. Auf Konsumenten, die nicht aufs Geld sehen müssen, wirkt die Preisschranke kaum. Für andere fällt das Produkt selbst aus dem Konsum. Denken wir uns als praktischen Fall die Steuer aufs Auto, den großen Umweltschädling, erheblich verteurt und die Mehrwertsteuer für das Fahrrad nebst Zubehör erheblich gesenkt. Wer wegen der hohen Kosten das Auto dann abschaffen muß, kann es fast nie durch das Fahrrad ersetzen. Gezahlt wird in diesem Fall mit Zeit. Die Fahrt zum Arbeitsplatz, ein Hauptanwendungsbereich des PKW, wird sich erheblich verlängern. Die Schonung der Umwelt geht in diesem Fall also auf Kosten der verfügbaren Zeit der Arbeitnehmer, und zwar um so schärfer, je niedriger ihr Einkommen ist. Indirekte Steuern wirken immer sehr gezielt. Stellen wir uns im Gegenteil dazu die Festsetzung einer Höchstgeschwindigkeit vor. Sie würde, wie bekannt ist, eine erhebliche Minderung des Treibstoffverbrauches bewirken. Eine indirekte Treibstoffsteuer von gleicher Wirkung würde im wesentlichen Fahrzeuge von der Fahrbahn holen und nur nebenbei auf die Geschwindigkeit wirken, eine direkte Geschwindigkeitsbegrenzung würde im wesentlich den Treibstoffverbrauch mindern und nur einige wenige, die wegen Spaß am heißen Reifen fahren, von der Straße vergraulen. Im ersten Fall bliebe alles dem Markt überlassen.

sen, der dem Geldmenschene gehört, im anderen Fall würde eine öffentliche Meinung, die an der Sache orientiert ist, Gesetz. Bei jeder konkreten Verbrauchssteuer würden sich ähnliche Wirkungen zeigen lassen. Das Bekenntnis zur indirekten Steuer, das die SPD hier leistet, zeigt den großen Traditionsschub der Partei mit der Arbeiterbewegung.

Bekenntnis zur Marktwirtschaft

Durch ein System von Schadstoffabgaben soll die Vermeidung von Umweltbelastung und der schonende Umgang mit natürlichen Ressourcen zur betriebswirtschaftlichen Notwendigkeit werden. Wenn Profit die Umweltfreundlichkeit belohnen wird, werden berufsmäßige Profiteure zu berufsmäßigen Umweltfreunden. Das klingt einleuchtend, ist aber falsch. Die Abgabenpolitik würde ja keineswegs die Produzenten in die Haftung nehmen für Schäden und Beseitigungskosten, die irgendwann anfallen. Erst wenn das Kind im Brunnen liegt und aufgekommen ist, daß bezifferbare Schäden und errechenbare Sanierungskosten

würde durch so eine direkte Maßnahme eben direkt in die Unternehmerfreiheit eingegriffen. Die Beurteilung unternehmerischer Anstrengungen würde nämlich in diesem Fall nicht mehr dem Markt überlassen, sondern politischen Institutionen übertragen. Die gesetzten Normen würden bereits auf die Produktionsplanung einwirken. Die Methode, den Profit abzuholen bis der Schaden aufkommt, würde möglicherweise behindert. Wenn von der SPD-Planung betriebswirtschaftliche Folgen ausgehen, dann doch die, daß ein Produkt schnell rentieren muß, die Investition muß sich gelohnt haben, bevor der Schaden aufkommt. Das wird zu noch mehr Tempo bei der Produktenwahl und zu noch mehr Gewissenlosigkeit führen. So wirkt hier der Markt, nicht anders.

Menschlich aus Eigeninteresse

Angeblich würden derartige Reformen Konsument und Produzent an ökologisches Denken gewöhnen, die Fabrikanten, weil's rentiert, die Konsumenten, weil's Geld spart. Derweil ist unterm Strich doch klar, daß die Sanierung der bekannten Schäden und die Vermeidung künftiger ganz schön was kosten würde. Das Eigeninteresse des Kapitals verlangt, die Kosten auf die Lohnabhängigen abzuwälzen. Das Eigeninteresse der Lohnarbeit, das Kapital zur Kasse zu schleifen. Das ist auch keineswegs unmöglich, gerade Sozialdemokraten hätten Beispiele.

Bei der Unfallversicherung z.B. müssen die Kapitalisten einer Branche gemeinschaftlich für die Schäden aufkommen, die unter ihrem Direktionsrecht an Arbeitskräften angerichtet werden. Auf diese Weise entsteht ein Zusammenhang zwischen dem Gebrauch des Direktionsrechtes, der Unfälle auslösen oder vermeiden kann, und dem Profit. Die ganze Branche ist dann auch immer hinter schwarzen Schafen her und läßt sich eine allgemeine Einschränkung ihrer Gewerbefreiheit schon gefallen. Als die Kapitalisten gezwungen waren, den Zusammenhang von Asbest und Krebs zuzugeben, wurde der Stoff ziemlich zügig aus dem Verkehr gezogen. Haftung drohte wegen der Unfallversicherung. Der Parteitag jedoch vermeidet sorgsam jede Andeutung auf Produktenhaftung.

So entzieht man SPDern, die bereit wären, die Kapitalisten als Verantwortliche bloßzustellen, den Rückhalt, das Publikum läßt man glauben, die SPD werde ohne Ansehen der Person oder des Verbandes gegen Umweltsünder vorgehen, und der politischen Fachwelt gibt man zu verstehen, daß die Kosten für unumgänglich notwendige Sanierungen aus der Tasche der werktätigen Bevölkerung bestritten werden sollen. Die bescheinigt dann gern, daß die SPD immer politikfähiger wird und bald wieder reif für die Macht. — (maf)



anfallen, wird auf den ferneren Verbrauch des Produktes eine Sondersteuer erhoben. Bis Wirkungen tatsächlich werden, verstreicht Zeit, ohne jede Rücksicht auf absehbare, aber noch nicht eingetretene Schäden, kann der Profit gemacht werden. Anders stünden die Dinge, wenn die großen Konzerne für ihre Produkte auch nur einen Entsorgungsplan nachweisen müßten. Allerdings

Die dreizehn Schlagworte zur Wirtschaftspolitik

1. Den europäischen Binnenmarkt verwirklichen
2. Die nationalen Chancen umfassend nutzen
3. Sofortprogramm gegen Massenarbeitslosigkeit verwirklichen
4. Unsere Volkswirtschaft ökologisch erneuern
5. Private und öffentliche Investitionen stärken
6. Die privaten und öffentlichen Dienstleistungen ausbauen
7. Arbeits- und Gesundheitsschutz
8. Die Strukturpolitik neu orientieren
9. Die Menschen für die Arbeitswelt der Zukunft qualifizieren
10. Die solidarische Arbeitszeitpolitik fortsetzen
11. Die Bedeutung der Gewerkschaften
12. Die aktive Arbeitsmarktpolitik ausbauen und den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit solidarisch finanzieren
13. Ökologische und industriepolitische Erneuerung durch eine Reform des Finanz- und Steuersystems in der Bundesrepublik Deutschland — Voraussetzung für eine aktive Beschäftigungspolitik

13. . . . Voraussetzung für eine aktive Beschäftigungspolitik

Die wirtschaftspolitische Situation in der Bundesrepublik Deutschland ist geprägt durch eine im Prinzip hohe volkswirtschaftliche Leistungskraft. Zugleich verschärft sich aber die ökologische Krise rapid und gefährdet nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen und die menschliche Gesundheit, sondern wird auch immer stärker zu einer Hypothek für die weitere ökonomische Entwicklung der Bundesrepublik.

Die erforderliche ökologische und industriepolitische Erneuerung ist nur bei einer Reform des Finanz- und Steuersystems in der Bundesrepublik erreichbar. Es geht um den Aufbau einer neuen sozialen und ökologischen Wirtschaftsordnung, in der sich Umweltschutz nicht auf die nachträgliche Reparatur von Schäden reduziert, sondern zur betriebswirtschaftlichen Notwendigkeit und zum Eigeninteresse des Verbrauchers wird.

Der Parteivorstand wird daher beauftragt, ein Reformkonzept des Steuer- und Finanzsystems zu erarbeiten, wobei insbesondere die folgenden Kriterien zu berücksichtigen sind:

- Der Aufbau einer ökologisch orientierten Wirtschaftsordnung darf nicht in erster Linie über eine erhöhte Staatsverschuldung finanziert werden, sondern erfordert die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips in allen Bereichen.
- Zur Stärkung umweltbewußten Verbraucherverhaltens bedarf es der ökologischen Differenzierung von Verbrauchsteuern. Umweltfreundliche Produkte sind gezielt zu begünstigen, umweltschädliche werden durch erhöhte Verbrauchsteuern belastet. Bei Beibehaltung der Kohlevorrangspolitik ist insbesondere der Verbrauch nicht erneuerbarer Energieträger stärker zu besteuern.

Diese beabsichtigte ökologische Steuerung darf aber nicht zu einer erhöhten Gesamtbelaustung für kleine und mittlere Einkommen führen. Im Rahmen einer Korrektur des von der Bundesregierung durchgesetzten Steuerpaketes muß daher das zur Erhaltung der öffentlichen Investitionsfähigkeit reduzierte Gesamtvolumen der Entlastung auf die Verringerung der Belastung bei kleinen und mittleren Einkommen konzentriert werden. Eine stärkere Erhöhung des Grundfreibetrages ist deshalb wesentlicher Bestandteil einer Neugestaltung des Einkommensteuertarifs.

- Neben den Steuerentlastungen soll ein Teil des Steueraufkommens aus dem Energieverbrauch und das vorüberge-

hende Aufkommen aus den Schadstoffabgaben dem Sondervermögen „Arbeit und Umwelt“ zugeführt werden und für eine umweltpolitische Investitions- und Beschäftigungs offensive eingesetzt werden. Vorrangig sollen mit diesen zusätzlichen Mitteln technologische Innovationen auf dem Gebiet des Umweltschutzes gefördert werden. Dabei sollen vor allem Markteinführungshilfen für regenerative Energiequellen, insbesondere zur Nutzung der Solarenergie finanziert werden.

— Bei der Harmonisierung der europäischen Abgaben- und Steuerpolitik werden wir darauf drängen, daß die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch die Einführung eines gezielten Systems von Schadstoffabgaben und ökologisch differenzierter Verbrauchsteuern so geändert werden, daß die Vermeidung von Umweltbelastung und der schonende Umgang mit natürlichen Ressourcen zur betriebswirtschaftlichen Notwendigkeit wird. Nur dann wird in marktwirtschaftlicher Konkurrenz auch im einzelnen Betrieb umweltverträgliches Produzieren lohnender als Naturbelastung bzw. -zerstörung.

— Die industriepolitische Erneuerung in der Bundesrepublik Deutschland macht auch eine Reform der Unternehmensbesteuerung notwendig. Deren Ziel muß es sein, die Verwendung von Gewinnen für Investitionen in die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu begünstigen und die nicht in Produktivkapital investierten Gewinne so zu belasten, daß die Gesamtwirkung auf die öffentlichen Haushalte aufkommensneutral ist.

Die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes gründet sich auf Unternehmen mit Risikobereitschaft — vor allem auf aktive Unternehmer und kleine und mittlere Unternehmen —, auf ein leistungsfähiges Handwerk, auf gut ausgebildete und verantwortungsbewußte Arbeitnehmer, auf starke Gewerkschaften und auf einen handlungsfähigen Staat.

Zukunft hat unsere Gesellschaft aber nur dann, wenn sie eine soziale *und* ökologische Wirtschaftsordnung entwickelt, in der das Verhalten von Produzenten und Konsumenten sich aus Eigeninteresse von vornehmest an der Erhaltung der natürlichen Grundlagen orientiert.

Fortschritt ist machbar — wir machen ihn menschlich.



Chile unter der Diktatur

Die Wirtschaftspolitik der Diktatur zwischen 1983 und 1988

Die Maßnahmen der Diktatur zur Bewältigung der schweren wirtschaftlichen und politischen Krise und zur langfristigen Absicherung ihrer Herrschaft waren zum einen wirtschaftspolitischer Natur. Im Zeitraum 1981-1983 wurden mehrfach Wirtschafts- und Finanzminister ausgewechselt, bis mit Hernan Büchi, einem Apologeten der Monetaristen, ein Finanzminister gefunden wurde, dessen Pläne und Maßnahmen den Interessen des nationalen und internationalen Finanzkapitals und den Vorgaben des IWF entsprachen. Er setzte eine Programm der radikalen Kürzung/Streichung der Sozialausgaben in Gang, verbunden mit erneuten Steuer- und Zollsenkungen, Maßnahmen zur Drosselung der Inflation und Ankurbelung der Exportproduktion, schwerpunktmäßig in Bergbau, Land- und Forstwirtschaft und Fischerei. Ab 83 flossen wieder mehr internationale Gelder: Januar 1983 — 875 Mio. US-\$ vom IWF; April 1983 — 15 Mio. US-\$ von der FAO; Juli 1983 — Umschuldung von 3,5 Mrd. US-\$ mit besonderer Unterstützung der USA, BRD, GB und Japan, 1,5 Mrd. Neukredite plus 1,5 Mrd. Außenhandelsfinanzierungsmittel.

Um eine Vertiefung der Krise, das Erstarken des Widerstands und die Herausbildung einer revolutionären Alternative des Volkes zu verhindern, verfolgte das Regime andererseits auf der politischen Ebene einen Kurs der Spaltung und Schwächung der Opposition durch einen Fächer von widersprüchlich scheinenden, sich aber ergänzenden Maßnahmen: Eine Politik der scheinbaren Öffnung und Liberalisierung gegenüber der bürgerlichen Opposition und demgegenüber brutalste Repression gegen die konsequenteren Widerstand leistenden Organisationen und die rebellierenden Massen in den Armenvierteln. Ziel war, die radikale Opposition zu isolieren und zu vernichten und die bürgerliche Opposition sowie Teile der Linken teils durch Drohungen, teils durch Versprechungen zu neutralisieren und zu integrieren. Politisch bedeutete das: Anerkennung und Unterwerfung unter den institutionellen Rahmen des Regimes; Verzicht auf Legitimation und Anwendung des Kampfes mit allen Mitteln gegen die Diktatur bis zu ihrem Sturz. Ökonomisch und sozial bedeutete es: Einbindung in das herrschende Wirtschaftsmodell. Dieser Kurs konnte nicht ad hoc und gradlinig durchgesetzt werden, doch es gelang dem Regime, auf allen Ebenen die Initiative wiederzuerlangen und den Internationalisierungsprozeß voranzutreiben, der den Weiterbestand des Systems und den Machterhalt der Diktatur (unter Führung

Pinochets) bis 1997 garantieren soll.

Ab 1985, als die Außenschuld Chiles die Höhe von 21 Mrd. US-\$ erreichte, ging Büchi daran, wie andere lateinamerikanische Regierungen, z.B. Mexiko, Bolivien, Peru, Schuldtitle in Beteiligungen umzuwandeln. Bis Ende 1988 will er auf dem Wege der Swap-Geschäfte (Schuldtitle Chiles werden zur Zeit zu 70% ihres Nennwerts gehandelt) einen Großteil der Auslandsschuld abgetragen haben. Zum Verkauf angeboten wurden schon die Rentenkassen und das Gesundheitssystem, Bildungseinrichtungen, die Elektrizitätswerke, die Benzinversorgung, die Telekommunikation und Transportunternehmen wie die U- und Eisenbahn. Als Käufer traten Konzerne

kontrolliert und damit zum härtesten Konkurrenten der (noch) staatlichen Kupfergesellschaft CODELCO wird. Die Escondida-Mine ging zu 60 % an die australische Firma BHP, zu 30 % an die britische Rio-Tinto-Zinc-Co., und mit 10 % sind die japanischen Konzerne Mitsubishi und Nippon Mining beteiligt. Dieses deutliche Zeichen des Ausverkaufs der wichtigsten Reichtümer Chiles hat innerhalb der chilenischen Bourgeoisie einige Widersprüche hervorgerufen. Die Verringerung der Außenschuld durch Swaps bringt dem Land längerfristig wenig; das zeigt die Tatsache, daß die betreffenden Unternehmen wenig in Chile investieren, stattdessen bevorzugt ihre Gewinne ins Ausland transferieren. Allein 1987 mußten 1,6 Mrd. US-\$ Gewinne an ausländische Mutterfirmen überwiesen werden. Die Ausbeute der „Escondida“ ist zu 70 % schon auf 12 Jahre vertraglich veräußert: an Affiliaten in der BRD, Japan und Finnland.

Von den breit getätigten Aufkäufen wird weniger eine Steigerung der Pro-



Kinder im Armenviertel La Victoria/Santiago

aus sämtlichen Industriestaaten auf. Bis-her schaffte es Büchi, 3,8 Mrd. US-\$ Außenschuld zu tilgen. Große Teile der chilenischen Holzwirtschaft, Fischerei, der Nahrungsmittelverarbeitungsindustrie, auch die Naturgas- und Lithiumvorkommen der Atacama-Salzwüste und andere Ressourcen gingen so schon in die Hände von Konzernen und Banken aus kapitalistischen Ländern über.

Der in der letzten Zeit getätigte Verkauf der neuerschlossenen Kupfermine „La Escondida“, in der etwa 662 Mio. Tonnen Reserven, die umfangreichsten der Welt, vermutet werden und die 1991 die Produktion aufnehmen soll, hat den Kupferpreis in die Höhe schnellen lassen. Davon wird aber vor allem das internationale Kapital profitieren, welches über den Besitz der „Escondida“ allein 22 % der chilenischen Kupferproduktion

duktivität denn der Spekulation zu erwarten sein. Es geht den Konzernen nicht darum, die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung zu verbessern, sondern schnell Profit aus den Kapitalanlagen zu schlagen.

In Chile leben heute 5 Mio. Menschen unterhalb der Armutsgrenze, bei ca. 11 Mio. Einwohnern. Hier einige Zahlen, die das von den Publizisten der Finanzpresse so rosig gezeichnete Bild vom wirtschaftlichen Aufschwung Chiles und den spektakulären Erfolgen der Pinochet-Diktatur auf den schmutzigen Boden der Wirklichkeit holen: 1985 wurden in Chile 10% weniger Sozialausgaben getätigter als 1974. 1987 lag die Kaufkraft der Bevölkerung unter dem Niveau von 1970 und der Pro-Kopf-Konsum an Lebensmitteln um 8% niedriger, und das bei einer regressiven Einkommensvertei-

lung. Die Löhne waren 1988 15% niedriger als 1970, das Mindesteinkommen sogar um 40%. 1988 gibt es doppelt so viele Chilenen ohne Sozialversicherung wie 1978. 1970 betrug die Zahl der Ar-

beitslosen 171000 — 1988 344000, nicht mitgerechnet die fast 90000 Lohnabhängigen der minimalbeschäftigungs- (sprich: Maximalausbeutungs-)programme PEM/POJH. Die Nettoinvestitionen

bewegen sich 1987 unter dem Niveau von 1980/81.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß der Wirtschaftsaufschwung der letzten Jahre in Chile 1. relativ ist, da bei den

BRD-Geschäfte mit dem Militärregime

Bis zum Wahlsieg der Unidad Popular Salvador Allendes 1970 war die BRD Chiles dritt wichtigster Handelspartner. Danach wurde keine nennenswerten Neuinvestitionen getätigt. Die Bundesregierung stoppte alle Entwicklungspunkte in Chile und ließ nur noch die bereits laufenden fertigstellen. Die bundesdeutsche Wirtschaft beteiligte sich zusammen mit anderen großen Industriekonzernen, allen voran die USA, am Handelsboykott gegen Chile.

Bundesdeutsche Konzerne, die vorzugsweise in Teilen der dynamischen Wirtschaft größere Investitionen getätigt hatten, wie BASF, Bayer und Hoechst, zogen massiv Kapital aus Chile ab. Bei den Umschuldungsverhandlungen, die die Regierung Allende 1971 auch mit der BRD führte (die BRD war Chiles drittgrößter Gläubiger), verlangte die Bundesregierung Entschädigung für enteignete Betriebe, die Westdeutschen gehört hatten; andernfalls werde man Umschuldungsverhandlungen nicht zustimmen. Die Interamerikanische Entwicklungsbank, an der auch bundesdeutsche Konzerne maßgeblich beteiligt sind, verweigerte die Auszahlung bereits zugesagter Darlehen. Mit ökonomischem Druck und Handelsboykott, mit Investitionsstopp und Kapitalabzug hat die BRD erheblich mit dazu beigetragen, daß die legitime Regierung Chiles gestürzt werden konnte.

Zu einem wahren Chile-Boom der bundesdeutschen Wirtschaft kam es dann jedoch nach dem Putsch der Generäle am 11. September 1973.

„Die Dresdner Bank war die erste deutsche Bank, die in Chile zwei Wochen nach dem Regierungswechsel präsent war, um finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau anzubieten.“ Mit dieser Erklärung bedankte sich der Vorsitzende der Dresdner Bank, Helmut Haeusgen, für das gute Investitionsklima beim Junta-Chef Pinochet persönlich. Und die Hoechst-Niederlassung schrieb damals: „Der so lang erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden ... Wir sind der Ansicht, ... daß es sich um eine Aktion handelte, die bis ins letzte vorbereitet war und glänzend ausgeführt wurde. Chile wird ... ein interessanter Markt sein.“

Der Militärputsch lag noch kein halbes Jahr zurück, als die Weltbank Chile im Februar 1974 einen Kredit in Höhe

von 13,5 Mio. US-\$ gewährte. Im Juli 1974 unterzeichnete die sozialliberale Bundesregierung ein Umschuldungsabkommen zu derart günstigen Bedingungen, wie sie vorher keine Gläubigerland Chile zugestanden hatte. Die Commerzbank gewährte der chilenischen Marine 1975 einen 3 Mio. DM-Kredit. Durch hohe Einlagen der Deutschen Bank bekam die Junta 1978 den ersten großen Kredit durch ein internationales Bankenkonsortium. Weitere Kredite flossen und fließen großzügig über die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds und die Interamerikanische Entwicklungsbank. Auch im Dezember 1987 stimmte die BRD — wie in den Jahren zuvor — einem Weltbankkredit für Chile in Höhe von 250 Mio. US-\$ zu, während sogar die USA sich enthielten (mit 5,5% Stimmrechten hat die BRD aufgrund ihrer Kapitalbeteiligung den drittgrößten Stimmanteil bei der Weltbank).

Der Handel wurde ohnehin durch die Gewährung von Hermes-Bürgschaften (Exportgarantien durch die Bundesregierung — im Jahre 1978 z.B. gab es Garantien für 530 Mio. DM) der Bonner Regierung schon gleich nach dem Putsch wieder kräftig in Gang gebracht. Als die Junta dann 1977 das chilenische Investitionsstatut änderte und die Importzölle und das Zinsniveau senkte, drängten sich bundesdeutsche Vertreter aus Politik und Wirtschaft geradezu darum, der Diktatur ihre Aufwartung zu machen.

Heute ist Chile mit 24 Mrd. US-\$ im Ausland verschuldet, die Arbeitslosenquote liegt zwischen 30 und 40%, die Inflationsrate hat sich wieder auf 20% erhöht, und der Reallohnabbau hat sich um dieselbe Prozentzahl vergrößert. Mit „Bewunderung“ und „Sympathie“ kommentierte 1981 in Santiago der Staatssekretär im BRD-Wirtschaftsministeriums, Otto Schlecht (FDP), diese Entwicklung gegenüber Pinochet. Der Bonner Botschafter in Santiago vermeldete damals stolz: „Wir sind der größte Käufer chilenischer Produkte auf dem Weltmarkt. Deutsche Banken und andere Unternehmen haben mit beträchtlichen Krediten ihr Vertrauen in die chilenische Wirtschaft gezeigt.“

Die BRD nimmt 10% der chilenischen Exporte ab und ist damit hinter den USA Chiles zweitwichtigstes Käuferland. Umgekehrt liefert die BRD-Wirtschaft Waren für 571 Mio. DM nach Chile und ist damit dritt wichtigstes Lieferland. Unter den Importgütern aus Chile macht Kupfer fast die Hälfte aus, daneben wird Fischmehl eingekauft und — mit enormen Zuwachsraten in letzter Zeit — Obst. Die Ausfuhrgüter nach Chile sind

vor allem Maschinen und Fördermittel, Erzeugnissen der chemischen Industrie sowie elektronische Produkte. Seit einigen Jahren ist die Handelsbilanz für die BRD defizitär. Mit einem Handelsüberschuß von 462 Mio. DM für die Junta leistet die BRD einen wichtigen Beitrag zur Einnahme von Devisen für die Diktatur und trägt damit zur Stabilität des Pinochet-Regimes bei.

Nahezu alle großen BRD-Konzerns sind im Chile-Geschäft: Siemens, AEG, Daimler-Benz, Preussag, die Allianz-Gruppe, Dr. Oetker, Triumph, Olympia, Metallgesellschaft AG und die Chemiekonzerns BASF, Hoechst und Bayer. An der Spitze der von den Industriekonzernen realisierten oder geplanten Investitionsprojekte in Chile stehen die Dresdner Bank und die Deutsche Bank. Die Dresdner Bank kanalisiert ihre Geschäfte hauptsächlich über ihre Deutsch-Südamerikanische Bank, die wiederum an chilenischen Banken und Investitionsgesellschaften beteiligt ist. Für die Deutsche Bank erfüllt die Deutsche Überseeische Bank die gleiche Aufgabe. Geschäfte auf dem Industriesektor werden hauptsächlich über die Metallgesellschaft AG, die Gesellschaft für Chemiewerte und die Allgemeine Verwaltungsgesellschaft für Industriebeteiligungen abgewickelt — Gesellschaften, an denen sowohl die Deutsche als auch die Dresdner Bank maßgeblich beteiligt sind. 1986 war Chile bei den BRD-Banken mit fast einer Mrd. US-\$ verschuldet.

Seit Jahren sickert auch immer wieder an die Öffentlichkeit, was die bundesdeutsche Wirtschaft — und Regierung — gerne vertuschen möchte: der Waffenhandel mit Chiles Diktatoren. LKWs von Magirus-Deutz, Panzerabwehr-, Bodenraketen und Hubschrauber von MBB, U-Boote und diverses „Kleinzeug“ speziell für den Krieg nach innen; Logistik; Pistolen und automatische Waffen von Heckler und Koch. Auch daß die bundesdeutschen Konzerne Hoechst, Metallgesellschaft AG, AEG und Siemens daran beteiligt waren, dem Pinochet-Regime bei der Nutzbarmachung eines militärischen Kernforschungszentrums behilflich zu sein, ist längst kein Geheimnis mehr.

Heute ist die BRD Chiles viertgrößter Waffenlieferant. Das wirtschaftliche und militärische Zusammenwirken mächtiger Finanz- und Wirtschaftskreise der BRD mit der Militärdiktatur existiert nicht nur mit Wissen, sondern auch mit Billigung und Wohlwollen der Regierung in Bonn. — (H.L.)



Anhänger von Pinochet

offiziellen Statistiken des Regimes immer die Vergleichszahlen des Krisenjahrs 1982 zugrundegelegt werden; 2. nur in wenigen Branchen stattgefunden hat und zwar auf Kosten zahlreicher Mittel- und Kleinbetriebe, die mehr und mehr zu Zulieferern der Großunternehmen degradiert werden und diesen auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind. Der spektakuläre Boom in diesen Wirtschaftsbereichen trägt nicht zur Entwicklung des Landes bei, sondern forciert im Gegen teil den Ausverkauf der nationalen Reichtümer, die „Transnationalisierung“ Chiles. Die Abhängigkeit des Landes von den imperialistischen Zentren, u.a. der BRD verschärft sich. Und die Kehrseite dieses Booms sind die Überausbeutung, Entrichtung und Verelendung der breiten Massen. Die soziale Polarisierung nimmt zu und damit unabwendbar das Potential sozialer Konflikte und Revolten. Die bürgerliche Opposition und die reformistische linke tragen dieser Entwicklung mit ihrer Strategie der Verhandlungen und des Drängens auf „Reformen“ innerhalb des Systems in keiner Weise Rechnung. Sie haben keine Alternativlösung anzubieten, die die dringendsten Probleme bei den Wurzeln packt und verlieren daher mehr und mehr an Glaubwürdigkeit. Aus der in einer tiefen Krise steckenden chilenischen Linken kommen derzeit wenig praktische Ansätze in Richtung auf eine revolutionäre Alternative. — (med)

Indien-IWF/Weltbank

Fallen Schranken für Konzerne?

Die Weltbank hat in ihrem letzten Entwicklungsbericht (World Bank, Development Report, Juli 1988) nach Angaben der Zeitschrift „Frontier“ (16.7.88) Indien und China wegen der relativ guten ökonomischen Struktur hervorgehoben. Trotz wohlmeinender Presse in den westlichen Organen hat Indien aber eine wachsende negative Handelsbilanz und geben sich imperialistische Konzerne

nach wie vor zurückhaltend. So nimmt es nicht wunder, daß die Weltbank feststellt: „Das neue politische System ist nicht weit genug entwickelt.“ Ganz offen stellt die Weltbank fest, daß die Schuld für die geringe Exportrate „Vorurteile gegen Größe“ und Gesetze gegen das freie Marktsystem seien. Die Feststellungen beziehen sich weitgehend auf die Elektronikindustrie. Ganz offensichtlich ist die Weltbank daran interessiert, das in Indien vorhandene Potential gut qualifizierter Techniker zu nutzen, die zum großen Teil wegen mangelnder Beschäftigung in die Golfstaaten abwandern. Die Arbeitslosenquote beträgt für diesen Bereich zur Zeit 25 %. Das Monatsgehalt eines Ingenieurs beträgt zwischen 2000 und 600 Rupis pro Monat (260 bis 780 DM).

Zugleich bieten sich „günstige“ Bedingungen für ausländische Investoren, was die Beschäftigung von niedrigstqualifiziertem Personal angeht. Indische Arbeitsgesetze — ursprünglich als Minimalschutzrechte gegen schrankenlose Ausbeutung ausgelegt — werden inzwischen nicht mehr ernst genommen. So wurde das Verbot der Kinderbeschäftigung umgangen durch die Möglichkeit, eine Arbeit anzunehmen, sofern die Arbeitsfähigkeit ärztlich attestiert wird. Urlaub braucht nur gewährt zu werden, wenn der Beschäftigte im Vorjahr 240 Tage gearbeitet hat. Die Wochenstundenbegrenzung liegt bei 60 Stunden.

Was fordert nun die Weltbank? Ver vollständigung des Abbaus von betriebsgrößenabhängigen Lizenzierungen zur Beseitigung der entsprechenden Gesetze, d.h. Förderung imperialistischen Kapitalexports und Zurückdrängung des „indischen Anteils“ bei Gemeinschaftsunternehmen; dringliche Förderung des jetzt eröffneten Wettbewerbs (vor allem bezüglich des Marktes für Kommunikationssysteme); Senkung der Importtarife für Rohmaterial; Verbesserung der Anreize für Exporte und den Import von Rohmaterial zu internationalen Preisen.

In diesem Zusammenhang braucht es nicht zu erstaunen, daß der Stuttgarter Bosch Konzern in Indien verstärkt investiert und sich in Teilbereichen Monopolstellungen sichert (größte Fabrik für Ein-Zylinder-Dieseleinspritzpumpen). Die Weltbank fordert die Eröffnung eines Konkurrenzkampfes, den die drängelnden Konzerne schon gewonnen haben. Lediglich in entsprechenden industriellen Ballungszentren angesiedelt, werden sie den Sog dorthin vergrößern und die elenden Lebensbedingungen in den Stadträndern ausweiten. Die Weltbank spricht sich ausdrücklich gegen solche Projekte in rückständigen Regionen aus, da es dort weder ausgebildetes Personal noch Infrastruktur gäbe.

Das Beispiel Brasilien zitierend, das bereits jährlich riesige Summen für den Schuldendienst aufzubringen hat, verlangt die Weltbank eine weitgehende

Reduzierung der indirekten Steuern, da dies die Preise niedrig halten würde. Weiteres Ziel der Weltbank ist, den Anteil von öffentlichem Dienst und Staatsbetrieben nicht länger steuerlich zu subventionieren. Die indische Regierung wird sich die Erfüllung der Forderung mit einer weiteren Ausdehnung der bereits jetzt über 50 %, die unter der Armutsgrenze leben, erkaufen.

Quellenhinweis: Economic and political weekly, 30.08.88; Frontier, 16.08.88; Der Arbeiter, 13/88; Lokalberichte Stuttgart, 23.06.88 — (cog)

Australien

Lohnerhöhung nur mit Vorbehalten

Das nationale Lohnschiedsgericht hat beschlossen, daß es in Australien Lohnerhöhungen in zwei Etappen geben soll: 3 % können ab 1. September gewährt werden, sechs Monate später sollen alle Lohnabhängigen zehn australische Dollar pro Woche mehr erhalten. Die 3 % sind aber an die Bedingung geknüpft, daß die Gewerkschaften „veraltete Gewohnheitsrechte“ aufgeben und daß neue Arbeitsmethoden eingeführt werden, um die Produktivität zu erhöhen.

Der Entscheid des Lohnschiedsgerichts stellt den Rahmen dar, innerhalb dessen sich die Abschlüsse zwischen den Gewerkschaften und den Kapitalisterverbänden bewegen müssen. Der Gewerkschaftsdachverband ACTU hatte 3 % sofort und 3 % im Dezember gefordert und dann auch noch versprochen, bis zur 2. Hälfte 1989 keine neuen Forderungen aufzustellen. In den Kämpfen der australischen Arbeiter, die in den letzten sechs Jahren Lohnverluste von mehr als 25 % hinnehmen mußten, wurde eine sofortige Lohnerhöhung von 6 % jedoch als absolutes Minimum angesehen. Dafür streikten im Bundesstaat Victoria die Bau- und Metallarbeiter und zum ersten Mal auch in größerem Umfang Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes. Ca. 5000 Arbeiter versammelten sich vor dem Gewerkschaftshaus in Melbourne und demonstrierten dann zum Sitz des Lohnschiedsgerichts. 500 Arbeiter stürmten die Polizeiabsperrungen und griffen zunächst die Vertreter des Schiedsgerichts an, dann — nachdem diese geflüchtet waren — auch die Funktionäre der ACTU, von denen sie sich verraten fühlten. Die Leitung des ACTU hat den Entscheid des Gerichts übrigens begrüßt.

In Neusüdwales streikten am 8. Juni 50000 Arbeiter, Zehntausende gingen am selben Tag auf die Straße. Dabei ging es neben den Lohnforderungen auch um das Streikrecht, daß durch einen Gesetzentwurf der vor einem halben Jahr neu gewählten nationalliberalen Regierung stark beschnitten werden soll. So sollen

bestimmte Bereiche wie die Energieversorgung, öffentliches Verkehrswesen, Wasserversorgung, Feuerwehr, Gefängnisse und Pharmaindustrie auf Anordnung des Gouverneurs vom Streikrecht ausgenommen werden, indem sie zu „lebenswichtigen Bereichen“ erklärt werden. Jeder Arbeiter, der in einem davon betroffenen Betrieb streikt und die Arbeit nicht wieder aufnimmt, könnte pro Tag mit 1000 Dollar Strafe belegt werden.

Für die australischen Kapitalisten und die großen Konzerne ist längst ausgemacht, welche Bedingungen sie den Gewerkschaften im Gegenzug für die 3% präsentieren werden. Der Australische Industrie-Verband erklärte kürzlich in einem Papier, der traditionelle Achtstundentag und die 5-Tage-Woche seien ein Luxus, den sich Australien nicht leisten könne. Mehr Wochenendarbeit, mehr Teilzeit- und Schichtarbeit, flexiblere Arbeitszeiten und längere Schichten, das sind die darin entwickelten Forderungen.

Die Kapitalistenverbände zeigten sich mit dem Entscheid zufrieden. Angeblich ist das Lohnschiedsgericht eine unabhängige Institution. Aber mit einer Regierung, deren Wirtschaftsminister gegenüber einer europäischen Zeitung erklärt, „Löhne sind für uns eine Art Feinsteuermöglichkeit“, und die sich damit brüstet, wie stark die „Arbeitskosten“ in Australien gesenkt wurden, brauchen sie sich darum keine Sorgen zu machen.

Quellenhinweis: Vanguard (Zeitung der CPA/ML) Ausgaben Mai bis Juli; Neue Zürcher Zeitung v. 18.8.88; Schweizerische Handelszeitung v. 25.2.88 — (ans)

Süd-Kurdistan/Irak

„Befriedung“ durch Kurdenmassaker

Unmittelbar nach Beginn des Waffenstillstandes zwischen Iran und Irak haben die irakischen Truppen mit einem Massaker an der Bevölkerung in den kurdischen Gebieten des Irak (knapp vier Millionen Kurden leben im Irak) begonnen. Das „Handelsblatt“ schreibt: „Die Wucht des irakischen Angriffs übertrifft ... die schlimmsten Erwartungen. Es scheint, als ob die Iraker eine ‚Endlösung‘ der kurdischen Frage im nationalsozialistischen Sinne anstreben.“ (1) Ca. 60000 irakische Soldaten begannen unmittelbar nach Inkrafttreten des Waffenstillstandes mit dem Iran den Angriff auf die kurdischen Gebiete. Sie setzten Tabun, Senfgas und Blausäure gegen die Bevölkerung ein. Nach Angaben eines Sprechers der KDP (Barzani) sind allein im August ca. 500 Kurden durch irakische Giftgasangriffe getötet und 3000 verwundet worden. Die Befreiungskämpfer der irakischen KDP und PUK

haben nach eigenen Angaben mindestens 400 irakische Soldaten getötet.

Sprecher des US-Außenministeriums wie des Auswärtigen Amtes in Bonn haben scheinheilig ihre „Betroffenheit“ über die irakischen Angriffe erklärt. Die türkische Regierung, die fast zwei Drittel ihrer Armee in den kurdischen Gebieten der Türkei im Einsatz hat, um den kurdischen Befreiungskampf mit allen Mitteln zu unterdrücken, hat sich sogar bereit erklärt, aus „humanitären Gründen“ einen Teil der kurdischen Flüchtlinge — bisher haben ca. 100000 Kurden die irakisch-türkische Grenze überschritten — vorübergehend aufzunehmen.

Tatsächlich sprechen alle Anzeichen dafür, daß die irakischen Massaker von Anfang an Teil der von den Imperialisten geplanten „Befriedung“ der Region war. Die Imperialisten wissen, daß sie ohne eine Niederschlagung des kurdischen Befreiungskampfes weder ihren Einfluß im Irak sichern und ausbauen, noch die Türkei in ihrem Sinne „stabilisieren“ können. An dieser „Befriedung“ hat — man erinnere sich an Genschers Hinweise auf die „wichtige Rolle“ der BRD beim Zustandekommen des Waffenstillstandes zwischen Iran und Irak — die BRD wesentlichen Anteil.

Für diese langfristige Vorbereitung der jetzigen Massaker sprechen auch Meldungen der türkischen Presse. So sollen kurz vor dem Waffenstillstand mehrere Verhandlungen zwischen türkischen und irakischen Militärs und Diplomaten stattgefunden haben. Bekanntlich arbeiten die Türkei und der Irak schon länger bei der Bekämpfung des kurdischen Befreiungskampfes zusammen. Inzwischen hat die türkische Regierung begonnen, die Flüchtlinge zu verhören. Die ersten angeblichen „PKK-Sympathisanten“ unter den Flüchtlingen sind festgenommen.

Quellenhinweis: (1) Handelsblatt, 9./10.9.88; FAZ, 30.8., 31.8.; Frankfurter Rundschau, 2.9. 88 — (rül)

Streiks in der VR Polen

Gegen Folgen der Wirtschaftsreform und für Solidarność

Am 1.9. bzw. 3.9.88 gingen die „willden“ Streiks und Betriebsbesetzungen zu Ende, die am 16.8.88 mit dem Streik im Bergwerk „Manifest Lipcowy“ (Juli-Manifest) in Jastrzębie begonnen hatten. Sehr schnell hatten sich die Arbeiter von 11 weiteren Kohlezechen Oberschlesiens dem Streik angeschlossen sowie die Bus- und Straßenbahnfahrer und Hafenarbeiter von Szczecin (Stettin). Am 22.8. nahmen auch in Gdańsk (Danzig) die Hafenarbeiter, die Arbeiter der Leninwerft und anderer Werften sowie Arbeiter in mehreren anderen Betrieben des Landes den

Streik auf.

Die Arbeitsniederlegung der Bergarbeiter richtete sich zunächst gegen die Preiserhöhungen im Gefolge der Wirtschaftsreform und gegen die schlechte Versorgungslage. Die im Vergleich zu anderen Betrieben relativ hohen Lohnvergünstigungen für die schwere Arbeit der Bergleute waren in den letzten Jahren immer mehr reduziert worden, so daß sie immer mehr Sonn- und Feiertagsschichten fahren mußten. Die Arbeiter verlangten eine Garantie dafür, daß ihr Verdienst für die Arbeit von Montag



Blick streikender Kumpel auf über 100 Polizeifahrzeuge, die die von den Arbeitern besetzte Zeche „Manifest Lipcowy“ in Jastrzębie umstellten.



Die beabsichtigte Friedhofsruhe in Südkorea während der am 17. September beginnenden Olympischen Spielen scheint trotz Demonstrationsverbots und massiven Polizeiaufgeboten nicht vollständig einzutreten. In den ersten zwei Septemberwochen demonstrierten wiederholt mehrere tausend Studenten gegen die Durchführung der Olympischen Spiele, gegen Polizeiunterdrückung und für die Freilassung der politischen Gefangenen. Von den nach ai-Berichten über 1000 politischen Gefangenen befindet sich ein Drittel seit 1958 wegen „staatsgefährdender Betätigung“ in Haft, ein anderes Drittel wegen Teilnahme an und Aufrufs zu Streiks und Demonstrationen der Gewerkschaften im letzten Jahr; fast 400 sind Studenten. — (sie)

Spanien: Kriegsdienstverweigerer kämpfen

Die Kriegsdienstverweigerer-Organisation MOC ruft dazu auf, das neue Kriegsdienstverweigerungsgesetz zu boykottieren. Das Gesetz sieht erstmals eine Ge-wissensprüfung vor, anerkennt politische Gründe nicht, schränkt Verweigerung auf die zwei Monate vor der Einberufung oder nach dem Militärdienst ein, bestraft Verweigerung während des Militärdienstes als Desertion. Der Zivildienst, der bisher nicht abgeleistet werden mußte, beträgt jetzt 18 Monate, bei Disziplinarstrafen 24 Monate (Wehrdienst: 12). Z.Zt. werden 31 Leute, die während des Militärdienstes verweigerten, als Deserteure gesucht. MOC ruft auf, durch Verweigerung während des

Militärdienstes die Zahl der „Deserteure“ zu erhöhen und ihre Verfolgung damit zu verunmöglichen. — (scc)

Peru: Protest gegen „Anti-Inflationsprogramm“

Tausende demonstrierten in den letzten Tagen gegen das „Anti-Inflationsprogramm“ der Regierung. Das Anfang September in Kraft getretene Programm sieht neben der Abwertung der Währung eine Erhöhung der Benzinpreise um 400% und der Lebensmittelpreise um 120% und die Einfrierung der so erhöhten Preise vor. Dagegen sollen die Löhne nur geringfügig erhöht und sodann ebenfalls eingefroren werden. Hauptanliegen des Programms ist die Ankurbelung des Exports. — (scc)

bis Freitag erheblich über dem monatlichen Durchschnittsverdienst liegt und sie nicht mehr auf die Arbeit an freien Samstagen angewiesen sind. Zudem forderten sie eine Herabsetzung des Rentenalters um fünf Jahre. Neben wirtschaftlichen Forderungen stand in vielen be-streikten Betrieben die Forderung nach Wiederzulassung der 1981 verbotenen Gewerkschaft „Sc“ im Vordergrund.

Die Streiks zeigen, daß ein Teil der Arbeiter, besonders die jüngeren, nicht gewillt ist, die Folgen der Wirtschaftsreform. Preiserhöhungen u.a. durch Kürzung der Subventionen für Grundnahrungsmittel, auf ihrem Rücken auszutragen — eine Wirtschaftsreform, die die polnische Regierung unter dem Druck der Imperialisten, bei denen die VR Polen inzwischen mit über 39 Mrd US-Dollar verschuldet ist, beschloß. Die Ende letzten Jahres eingeleitete zweite Etappe

der Reform war direkt durch eine Expertenkommission der Weltbank diktiert worden. Das Politbüro der PVAP verurteilte in einer Erklärung vom 24.8. zwar einerseits die Streiks, mußte andererseits aber seine tiefe Besorgnis über den „anhaltenden Mangel an verschiedenen Marktartikeln, über die Gefährdung der Existenzbedingungen einiger gesellschaftlicher Gruppen, über durch den Arbeitsaufwand nicht gerechtfertigte krasse Ungleichheiten der Einkünfte, aber auch über die Ergebnisse der Preis-Einkommenspolitik“ äußern. Das Hauptziel der Reform sei nicht erreicht worden, sondern Inflation und Verschlechterung der Versorgung mit Konsumgütern hätten zugenommen. Im ersten Halbjahr 88 sind die Preise für Waren um Dienstleistungen um 51% gestiegen, obwohl für das ganze Jahr nur 36% geplant waren. Bis Jahresende wird mit einer Inflation von 150% gerechnet. Die Versorgungsmängel beziehen sich nach

Todesschuß für Steinewerfer

Künftig sollen auch Steine aus palästinensischer Hand als „tödbringende Waffen“ angesehen werden, was bedeutet, daß Militär, Siedler und Zivilisten ohne Anruf scharf schießen können. Bisher war diese als „Selbstverteidigung“ und „Selbstschutzbestimmung“ beschönigte Maßnahme gegen palästinensische „Brandbombenwerfer und Heckenschützen“ beschränkt. Ministerpräsident Schamir forderte diese Verschärfung Ende August, nachdem er über das Jerusalemer Institut für strategische Forschungen in einer Meinungsumfrage 73% für ein noch härteres Vorgehen gegen den palästinensischen Aufstand erreichte. Im März hatte Rabin den jüdischen Siedlern offiziell erlaubt, scharf auf Araber zu schießen, „wenn ihr Leben unmittelbar bedroht“ sei, nachdem er im Januar das Militär angewiesen hatte, jeden palästinensischen Versuch, neue Demonstrationen zu organisieren, „mit Gewalt, Entschlossenheit und wenn nötig mit Schlägen“ zu verhindern. Den Einsatz von giftigem Nervengas in geschlossenen Räumen, gewöhnlich als „Tränengaseinsatz“ bezeichnet, an dem schon viele Menschen, insbesondere Säuglinge und Kleinkinder, gestorben sind, wird von der Armee nicht bestritten; beim Einsatz gegen Demonstranten würden nur „international zugelassene Gase“ benutzt. Durch das israelische Militär werden in der letzten Zeit gefälschte Flugblätter in Umlauf gebracht, die angeblich von der „Intifada-Leitung“ und anderen palästinensischen Organisationen unterzeichnet wurden. Die bürgerliche Presse spekulierte auch gleich über die Spaltung der Aufstandsführung. Trotz aller Unterdrückung ist der palästinensische Aufstand im neunten Monat ungebrochen. — (bar)

Angaben der polnischen Agentur „Interpress“ v.a. auf zeitweiliges Fehlen von Zucker, Fetterzeugnissen und Wurstwaren. Der freie Fleischmarkt dagegen funktioniere — allerdings zu hohen Preisen.

Gegen die Streiks ging die Regierung mit Polizeigewalt vor. Über die Stadt Jastrzębie wurde am 23.8. Ausgehverbot von 23 bis 5 Uhr verhängt, die streikenden Betriebe wurden von Polizei- und Armeeinheiten umstellt, 150 streikende Bergleute wurden gewaltsam von der Polizei vom Betriebsgelände geholt. In Szczecin übernahm das Militär den Bus- und Straßenbahnverkehr. Parallel zum Polizeieinsatz gegen die Streiks suchte Innenminister Czesław Kiszczak das Gespräch mit dem Vorsitzenden von Solidarność, Lech Wałęsa, und schlug einen Dialog mit Vertretern verschiedener Gesellschaftskreise und der Arbeiter vor, die Bildung einer „patriotischen Koalition aller Reformkräfte“.

Kanada: US-Freihandel als Wahlprüfstein?

In den USA wird das Freihandelsabkommen mit Kanada wohl fristgerecht vor Jahresende verabschiedet; das Finanzkomitee des Senats war einstimmig dafür, das Repräsentantenhaus stimmte mit 366 zu 40 zu; am Votum des Senats wird nicht gezweifelt. Anders in Kanada: Dort hat am 12. August die Schlußdebatte im Unterhaus begonnen; die beiden Oppositionsparteien ziehen die Auseinandersetzung in die Länge und wollen über den kanadischen Senat, wo die oppositionellen Liberalen die Mehrheit bilden, eine Verabschiedung vor den Wahlen verhindern. Sie wollen Premierminister Mulroney zwingen, mit dem Thema Freihandel in den Wahlkampf zu ziehen. Der Wahltermin muß bald festgesetzt werden. — (ael)

USA: Demonstrationen in 70 Städten

Am Montag, dem 5. September, beteiligten sich Hunderttausende von US-amerikanischen Gewerkschaftern am offiziellen Labour Day in 70 Städten an den gewerkschaftlichen Demonstrationen und Kundgebungen. Im Vordergrund der Gewerkschaftsaktionen standen Forderungen gegen den Abbau von Arbeitsplätzen und für den Ausbau der sozialen Sicherheit. Auf Kundgebungen solidarisierten sich die Gewerkschafter, insbesondere mit dem Kampf der über 10000 streikenden Beschäftigten der Atom-U-Boot-Werft von General Dynamics Corporation in Groton im Bundesstaat Connecticut. Die Mitglieder des Metallgewerkschaftsrates MTC und weiterer neun Gewerkschaften streiken für Lohnerhöhungen und Begrenzung der Teilzeitbeschäftigte. (Quelle: UZ, 7.9.88 — sie)

Der offizielle Gewerkschaftsbund OPZZ hatte zu den Streiks nicht aufgerufen, kritisiert aber schon lange die Lohn- und Preispolitik der Regierung. Auf der außerordentlichen ZK-Sitzung am 27./28.8. verlangte dann ihr Vorsitzender, Alfred Miodowicz, zugleich Mitglied des Politbüros, den Rücktritt der Regierung Messner, konnte sich damit aber nicht durchsetzen (Der OPZZ erhebt diese Forderung nach wie vor). Daneben gab es aber auch Forderungen nach schärfere Vorgehen gegen die streikenden Arbeiter. Als Kompromiß wurde schließlich der Vorschlag von Innenminister Kiszczak angenommen. Der katholischen Kirche, die ständig die Arbeiter zum Maßhalten und die Regierung zu politischen Reformen drängt, räumte das ZK eine „bedeutende Rolle“ als Vermittlerin ein.

Wałęsa hatte bereits am 22.8. seine Bereitschaft zu Verhandlungen angekündigt. Der Streik auf der Lenin-Werft in

Britische Postbeschäftigte streiken

Mehr als 100000 Beschäftigte bei der britischen Post streiken gegen Versuche der Post, die einheitliche Lohnstruktur aufzubrechen. Im Süden des Landes, in dem die Arbeitslosigkeit geringer ist, und sie schwieriger neue Leute findet, bot die Post neu eingestellten Briefträgern Zuschläge von 7,50 Pfund bis 20 Pfund (23 DM bis 62 DM) pro Woche. Im Dezember hatte sie die Zuschläge für

alle Beschäftigten von bis zu 50 Pfund in der Woche (etwa 155 DM) gerade abgeschafft und durch einen niedrigeren „Produktivitätszuschlag“ von ebenfalls 7,50 bis 20 Pfund (23 bis 62 DM) nach einem Jahr Betriebszugehörigkeit ersetzt. Die Gewerkschaft UCW verlangt Zuschläge für alle neu Eingestellten oder für keinen. Dafür streikten die Beschäftigten am 31. August. Mit zusätzlichen Aushilfskräften wollte die Post den Streik unterlaufen, daraufhin begann die Gewerkschaft den unbefristeten Streik. — (hef)



Ende August beendeten 30000 Metallarbeiter (außerhalb der Automobilindustrie) ihren zweiwöchigen Streik, nachdem die Kapitalisten ein Angebot unterbreitet hatten. Dieses beinhaltet: Rücknahme der rassistischen Lohnstufen und Diskriminierungen am Arbeitsplatz in den nächsten Jahren; im Austausch mit anderen Feiertagen können der 1. Mai und der 16. Juni, Jahrestag des Soweto-Aufstandes, als Feiertage begangen werden; Erhöhung des Mindestlohnes auf 3,02 Rand (ca. 2,70 DM) pro Stunde, die Gewerkschaften hatten ursprünglich einen Mindeststundenlohn von 3,21 Rand gefordert. Die Metallarbeitergewerkschaft NUMSA nahm das Angebot der Kapitalisten an. Über die Haltung von drei anderen Gewerkschaften liegen uns keine Informationen vor. Quelle: Rote Fahne, 27.08.88 — (sie)

Gdańsk kam nur gegen seinen Willen zu stande, und er betonte mehrfach auf Versammlungen, daß Polen keine Streiks, sondern Arbeit brauche. Als die Regierung seine Vermittlerrolle als Vorsitzendem von Solidarność in Anspruch nehmen wollte, kündigte er schließlich an, er werde den Streik aussetzen, falls eine Lösung in Sicht sei — ein Verhalten, daß ihm schwere Vorwürfe seitens des Streikkomites der Lenin-Werft einbrachte. Das Votum für Abbruch des Streiks kam dann auch nur mit knapper Mehrheit zustande. Zu Vorgesprächen zwischen Wałęsa und Innenminister Kiszczak über die geplanten „Gespräche am runden Tisch“ kam es unter Mitwirkung eines Bischofs und des Vorsitzenden von PRON schließlich am 31.8. — womit abgesehen von den Polizeieingriffen die Luft für die Streiks endgültig heraus war.

Während jetzt klar ist, daß die Forderung nach Wiederzulassung von Solidar-

ność Gegenstand der künftigen Verhandlungen sein wird, wurde nichts mehr hinsichtlich der wirtschaftlichen Forderungen der Streikenden bekanntgegeben. Es sieht also alles danach aus, daß die Interessen der Arbeiter weiterhin von der Regierung mit dem interessierten Segen der katholischen Kirche und unter Mitwirkung von Kräften wie Wałęsa kräftig unterdrückt werden sollen. Falls die Gewerkschaft Solidarność wieder zugelassen wird, ist schon jetzt abzusehen, daß es keine Interessenvertretung der Arbeiter wie 1980 sein wird, sondern eher ein Sammelbecken der politischen Opposition, in dem unter dem Aushängeschild der Arbeitervertrittung kapitalistisch orientierte Kreise v.a. aus der Intelligenz, wie sie aber auch Wałęsa selbst repräsentiert, das Sagen haben werden.

Quellenhinweis: Kieler Nachrichten, Weser-Kurier, Unsere Zeit, August-September 1988 — (brb)

Veröffentlichungen

Virchow's zaghalte Erben

1982 haben wenigstens 3000 Ärztinnen und Ärzte die „Frankfurter Erklärung“ unterschrieben, in der sie „jede Schulung und Fortbildung in Kriegsmedizin“ ablehnen und nur „eine einzige auf den Kriegsfall bezogene Prävention (Verhütung von Krankheiten, d. Red.)“ anerkennen, „nämlich die Verhütung des Krieges selbst mit allen Anstrengungen, zu denen ich meinen Teil beizusteuern entschlossen bin“ (S. 54). Diese Ärzte haben sich in bewußten Gegensatz zu den Ärztekammern gestellt, die die Ausbildung in Kriegsmedizin für alle Ärzte verbindlich einführen wollen. Laut Aussage des Geschäftsführers der Bundesärztekammer, Deneke, haben sie „Propaganda zugunsten der vom sowjetischen Imperialismus militant gerüsteten sozialistischen Internationale“ (ebd.) betrieben.

Die Ärztekammern sind Zwangsverbände, in denen jeder Arzt Mitglied sein muß; sie stellen die Berufsaufsicht und erheben Beiträge. Die Vorstände dieser Kammern werden gewählt, in der Regel herrscht eine „traditionelle Interessenskoalition“ führender Standespolitiker mit den konservativen Parteien und dem Kapital“ (S. 31). Seit 1974 wächst nun der organisierte Widerstand gegen eine solche Interessenskoalition, eigene „demokratische“ oder „oppositionelle“ Listen werden aufgestellt, gesundheitspolitische Forderungen wenden sich gegen Bevormundung der Patienten, einseitige „Apparatemedizin“, Kostendämpfung im Gesundheitswesen, Kriegsmedizin und Verharmlosung der Folgen der Atomenergie.

Über Stand und Entwicklung dieser Politik gibt das Buch „Ärzteopposition“ einen umfassenden Überblick, dazu eine Aufstellung der Kontaktadressen in den verschiedenen Bundesländern. Nach Einschätzung der Herausgeber greifen diese Ärzte „teils bewußt, teils aber auch unbewußt Traditionen auf, die seit Virchow und den achtundvierziger Revolutionären des vorigen Jahrhunderts vorhanden, in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts durch sich als Sozialisten begreifende Stadtärzte an der Seite der Arbeiterbewegung zu besonderer Wirksamkeit entfaltet, durch Reaktion und Faschismus aber verschüttet worden waren.“

Die „Ziele der „demokratischen Ärzte““ (S. 13) bleiben dagegen unklar und vertragen nicht einfach den Bezug auf historische Persönlichkeiten. Verschärfung der Ausbeutung, Steigerung der Arbeitshetze, Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit, Kostendämpfung im Gesundheitswesen, Abbau der staatlichen Gesundheits- und Sozialleistungen, das

sind einige der Probleme, mit denen die westdeutsche Arbeiterbewegung gegenwärtig konfrontiert ist. Schon jetzt zeichnet sich ab, welche Folgen diese Politik für Gesundheit und Lebenserwartung der Arbeiter haben wird. Da kann es kaum ausreichen, „eine ausgeglichene Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums (als) Voraussetzung für ein gesundes Leben“ (S. 13) zu fordern. „Ärztliches Handeln bekommt damit (zwar) zwangsläufig einen politischen Charakter, wenn es die Ursachen der Krankheitsentstehung aufdeckt“ (S. 14), kann aber politisch nur wenig bewirken, wenn es sich nicht klar gegen Kostendämpfung und Verschleiß der Arbeits- und Lebenskraft der Werktätigen richtet. So soll zwar die Arzt-Patient-Beziehung demokratisiert werden und „medizinisches“ Handeln ... ausschließlich vom Patienten und seiner Erkrankung und nicht von finanziellen Einflüssen (Privat- oder Kassenpatient, Labor- und Geräteauslastung) abhängig sein“. Welche Rechte die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung dafür benötigen, bleibt aber offen. Es wird eine Kritik der Schulmedizin geleistet, die noch im einzelnen zu untersuchen ist. Daß selbst diese dem einfachen AOK-Mitglied entzogen werden soll, entrückt der Betrachtung.

Politisch tritt der größte Teil der Ärzteopposition für Bündnisse mit fortschrittlichen, gewerkschaftlichen und



Ärzte verweigerten die Teilnahme an Zivilschutzübungen.

demokratischen Kräften ein. Wo sind die Grenzen? Aus den „Ärzten gegen Atomenergie“ und der Bewegung gegen die Kriegsmedizin entstand die bundesdeutsche Sektion der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges). Die hat 1988 ihre Kolleginnen und Kollegen aus den sozialistischen Ländern zum Konzert nach Berlin (gemeint ist West-Berlin) eingeladen. Da haben dann auch Oberbürgermeister und Bundespräsident die Schirmherrschaft übernommen.

Reihe Medizin aktuell, Jungjohann Verlag, 1987, 16.80 DM — (jüt)

„Leben ist Risiko Chemie ist Risiko“

Diesen makabren Spruch gab der Vorsitzende des Vorstandes der Bayer AG, Hermann-Josef Strenger, in einem Interview mit der „Welt“ vom 25. August im Zusammenhang mit dem 125jährigen Konzern-Jubiläum von sich. Ganz andre Schuldige und deren Verfolgung forderte Strenger in diesem Interview: „Ich fühle mich getroffen. Da werden wir als Mörder tituliert. Wir werden verbal zur Jagd und zum Abschuß freigegeben. Was ich mir wünsche — von den Journalisten, den Politikern und auch von der Bonner Regierungspolitik —, daß wir als Unternehmer in diesem Land fair behandelt werden.“ Die Bayer AG dreht den Spieß um und erklärt sich als von Kritikern verfolgt und unterdrückt. Diese Interview-Äußerung war wohl bedacht und wurde dann am Tag des Jubiläums veröffentlicht. Sie war eine Ankündigung, Kritik niederzumachen. Am gleichen Tag, am 25. August, übte die Fernsehsendung „Aktuelle Stunde“ im WDR III Kritik. Mit einer breit angelegten Kampagne reagierte die Bayer AG. In einer Betriebsgemeinschaft von Geschäftsleitung, Union der leitenden Angestellten und Gesamtbetriebsrat wurde eine Unterschriftensammlung gegen den Sender eingeleitet. Betriebsräte der „Liste für durchschaubare Betriebsratarbeit“ griffen in einem Flugblatt die Hetzkampagne an. — (jöd)

Keine Entschädigung für Nazi-verfolgte Ausländer

Auf ein wichtiges Problem der Ablehnung von Entschädigungsansprüchen durch den Faschismus verfolgter Ausländer weist der Historiker Ulrich Herbert in der Zeitschrift „Journal Geschichte“ hin: Die BRD hat an nichtjüdische, von den Faschisten verfolgten Ausländern nahezu keinerlei Entschädigung gezahlt. Von 77 Mrd. DM, die die BRD bis 1986 insgesamt an „Entschädigung“ und „Wiedergutmachung“ gezahlt hat, sind höchstens 6 Mrd. DM an Verfolgte gezahlt worden, die im Ausland leben. Darin sind auch enthalten die Wiedergutmachungszahlungen an Israel und die Jewish Claims Conference sowie die Zahlungen an den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen. Die restlichen 71 Mrd. DM sind an Leute gegangen, die eine „räumliche Beziehung“ zur Bundesrepublik bzw. zum „Deutschen Reich“ nachweisen konnten. Fast 85 Prozent aller Entschädigungsfordernisse, die von ehemaligen KZ- oder Gefängnis-Häftlingen aus von den Faschisten besetzten Gebieten gestellt worden sind, sind abgelehnt worden. Zu Beginn der fünfziger Jahre war für sie zunächst überhaupt keine Entschädigung vorgesehen gewesen, wenn sie nicht nachweisen konnten, daß sie aus „religiösen, rassischen, politischen

oder weltanschaulichen Gründen“ verfolgt wurden. Dann beschloß die Bundesregierung eine Regelung, nach der auch „nationale“ Verfolgung entschädigt werden sollte, die aber das ausdrückliche Ziel hatte, „den in Frage kommenden Personenkreis ... in engsten Grenzen“ zu halten. Die westdeutschen Gerichte argumentierten z.B. im Fall einer polnischen Frau, die von den Faschisten ins KZ eingeliefert wurde, weil sie in ihrer Wohnung Juden versteckte: Die Frau sei nicht aus „nationalen“ Gründen verfolgt worden, sondern weil sie sich gegen das geltende Recht gewandt habe. Der Anspruch auf Entschädigung wurde abgelehnt.

Ulrich Herbert, Die Lücken des bundesdeutschen Entschädigungsgesetzes, in: Journal Geschichte Nr. 1/88 — (uld)

TAZ pan-europäisch und nationalrevolutionär

Jetzt ist sie da, die deutsche Ausgabe von *Lettre International*, die seit 1984 in Frankreich herauskommt und den Bogen zwischen „Alternativen“ und Neuen Rechten spannt. Der Stern begrüßte sie mit einer Anzeige: „Willkommen im Land der Dichter und Denker“. Als deutscher Herausgeber gibt sich die TAZ-Redaktion her, das Heft wird jetzt vierteljährlich an Abonnenten, Kioske und Buchhandlungen vertrieben. In „Konkret“ 7/88 weist Thomas Neumann völlig zu Recht nach, daß sich die TAZ damit zum Handlanger von Nationalrevolutionären und Pan-Europäern machen läßt, rechtzeitig vor der Europawahl 1989. Nur ein paar Kostproben — alle aus Heft Nr. 1: Unter der Überschrift „Mitteleuropa. Geschichte und Anekdoten“ schreibt ein Josef K.: „Die historische Struktur Europas teilt sich in drei historische Zonen: In die Geschichtlichkeit des Westens, die absurde Geschichte Mitteleuropas und die Geschichtslosigkeit des Ostens ... Die weite russische Seele ist ein undifferenziertes Subjekt, das ... den Instinkten unterliegt.“ Diana Pinto unter der Überschrift „Transatlantische Strömungen und Gegenströmungen“: „Wie soll man einer Konstruktion Europa zustimmen, die ernstlich die Aufnahme der Türkei als vollgültiges Mitglied vorsieht, während Mitteleuropa fehlt?“ Für die BRD beklagt sie: Die „zerrissene nationale Identität und die Abgeschnittenheit von der eigenen Vergangenheit durch die Zäsur der Nazizeit“, wodurch „die Fragen der nationalen Identität dem demokratischen Räderwerk total (entglitten sind), um sich in den Poren historischer und strategischer Tabus festzusetzen.“

Eine feine Gesellschaft, in die sich die TAZ und mit ihr die westdeutschen Autoren Enzensberger, Jelinek, Theweleit u.a. begeben haben. Man wird die Sache nicht auf sich beruhen lassen können, sondern sich öffentlich damit auseinandersetzen müssen. — (ads)

DKP-Programmdebatte

„Gefährdungsgemeinschaft Menschheit“?

Die DKP-Führung hat auf ihrer 13. Parteivorstandstagung am 3./4.9. einen Entwurf „Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP“ verabschiedet. Das Papier bestätigt, daß die DKP in einer weitreichenden und komplizierten Programmdebatte steckt. Die Partei sei, führte Parteivorsitzender Herbert Mies aus, in eine „kritische Phase ihrer politisch-ideologischen und organisatorischen Entwicklung“ geraten, ihre Handlungsfähigkeit gehemmt durch „innere Differenzen und Konflikte in ideologisch-weltanschaulichen Grundfragen“. Unterstrichen wird diese Einschätzung durch die Tatsache, daß zur Tagung ein von sechs Vorstandsmitgliedern verfaßter Gegenentwurf vorlag. Ausgangspunkt des Papiers: Die Ursachen der Probleme der DKP seien in „Dogmatismus in der Theorie, Ökonomismus in der Politik, bürokratischen Zentralismus in der Organisation sowie in mangelnder Kompetenz der Parteiführung“ zu suchen. In seinem Referat sprach Mies erstmals von der Existenz zweier Linien in der DKP. Innerhalb der DKP wirkten Kräfte, die eine radikale Veränderung der Partei, ihres Programms, ihrer Theorie, ihrer Praxis und ihrer zentralen Führung wollten. Tatsächlich deutet der Verlauf der Diskussion auf der Vorstandstagung darauf hin, daß es in der DKP Positionen gibt, die einen Abschied von der Arbeiterklasse wollen. Am „Subjekt Menschheit“, nicht mehr an Arbeiterinteressen soll sich DKP-Politik orientieren, weil, so das Minderheitspa-

pier, die „Krise der Zivilisation die Menschheit zu einer Gefährdungsgemeinschaft“ zusammenführe. „Globale Probleme“ wie Atomwaffenkapazitäten und Umweltzerstörung verwischen Klassengegensätze. „Es gibt eben eine andere Prioritätensetzung für unseren politischen Kampf. Und das absolute Prinzip der Durchsetzung von Menschheitsinteressen ...“

Die Mehrheit im DKP-Parteivorstand hält dagegen daran fest, daß die „Orientierung auf die Arbeiterklasse“ als „Kernstück“ der Politik bewahrt werden müsse. Sie muß aber von einem schwierigen Ausgangspunkt argumentieren. Denn auch sie vertritt, daß das Ringen um Reformen, mit denen „die globalen Probleme entschärft und Gefahren für den Fortbestand der Menschheit abgewandt werden können“, zur „aktuellen Hauptaufgabe“ für Revolutionäre werden müsse; Der im Juni noch einhellig verabschiedete Entwurf „Bundesrepublik 2000“ will die DKP-Politik darauf einschränken, in der „kapitalistischen Klassengesellschaft“ BRD für einen „friedensorientierten und reformoffenen“ Entwicklungsweg zu wirken. Unwidersprochen ist das nicht geblieben. Mies wies in seinem Referat auf innerparteiliche Kritik von links hin, mit „Bundesrepublik 2000“ werde sich an einem reformistischen Entwicklungsweg orientiert.

Quellenhinweis: UZ-Eigenbeilagen v. 30.6. 7.9.. 8.9.. UZ v. 7.9. — (jüg)



In der DKP haben sich Positionen herausgebildet, die als Bezugspunkt der Politik eine „Gefährdungsgemeinschaft Menschheit“ sehen.

Dokumentiert: Lage und künftige Entwicklung der DKP

II. Umbruchperiode und neue Herausforderungen

Die bisher historisch einmalige Zusitzung der Frage von Krieg und Frieden ebenso wie die neuartige Herausbildung von potentiell menschheitsbedrohenden globalen Problemen wirft die Frage nach dem Charakter und den Möglichkeiten des weltrevolutionären Prozesses auf. Die Friedensfrage ist auf neue Art mit den globalen Problemen, wie Unterentwicklung, Schutz der Biosphäre, kultureller Unterdrückung, verflochten. Alle diese Probleme haben für sich genommen ein großes Gewicht, der Kampf um ihre Lösung aber ist zentral mit der Abrüstung verbunden. Diese neuen Entwicklungen stellen auch das Verhältnis von Klasseninteressen und Menschheitsinteressen auf die Tagesordnung.

Das zeitweilige Erstarken von Rechtskräften bei uns wie in allen imperialistischen Hauptländern läßt Zweifel aufkommen, ob der Klassengegner überhaupt zu schlagen sein wird. Das hängt mit der Erfahrung zusammen, daß sich der Kapitalismus anpassungsfähiger und zählebiger erwies, als wir lange Zeit angenommen hatten. Zugleich widerlegt die Entwicklung der Klassenkämpfe Prophezeiungen über einen „Abschied von der Arbeiterklasse“ sowie fatalistische Annahmen über eine Unabänderlichkeit der großkapitalistischen Strategien.

Die weltweit unter unterschiedlichsten sozialen Bedingungen verlaufende wissenschaftlich-technische Revolution wirft Grundfragen des gesellschaftlichen Fortschritts auf. Veränderungen in der Arbeiterklasse, insbesondere auch unseres Landes, röhren an die Frage nach der heutigen und zukünftigen Rolle dieser Klasse im Geschichtsprozeß. Änderungen der Produktivkräfte, in ihrem Gefolge der Sozialstruktur, Arbeits- und Lebensweise der werktätigen Bevölkerung in kapitalistischen Ländern beeinflussen die soziale Basis und Wirkungsmöglichkeiten der Arbeiterbewegung und auch unserer Partei. (...)

Die tiefgreifenden revolutionären Veränderungen in der Sowjetunion heben noch nicht den Umstand auf, daß Erscheinungen der Stagnation in Ländern des realen Sozialismus die Hinwendung vieler Menschen in kapitalistischen Ländern zu gesellschaftlichen Alternativen erschweren. (...)

Die DKP trägt mit ihrer im Entwurf „Bundesrepublik Deutschland 2000“ entwickelten Konzeption des Kampfes für eine friedensorientierte und demokratische Reformalternative den realen Bedingungen der Gegenwart Rechnung und orientiert auf die Entscheidungssituation der 90er Jahre. (...) Der qualitative Charakter dieser Weiterentwicklung muß deutlich gemacht werden. Der Kampf um die Reformalternative wird zum Hauptfeld des Kampfes um sozialen und demokratischen Fortschritt. Erst im Verlauf dieses Prozesses werden sich auch in der BRD die Kräfte weiterreichender Alternativen bis zu sozialistischen Umgestaltungen formieren. (...)

Parteiverständnis auf dem Prüfstand

Mit dieser Problematik steht auch die Konzeption unserer kommunistischen Partei auf dem Prüfstand. Auch die Diskussion über unsere Reformalternative geht bis an die Kernfrage: Gehen wir einen reformistischen oder einen revolutionären Weg? Darüber gehen die Meinungen auseinander. (...)

Bewahrt werden müssen die Orientierung auf die Arbeiterklasse als Kernstück unserer Politik und die grundlegenden Organisationsprinzipien einer revolutionären marxistischen

Partei der Arbeiterklasse. Das bleibt auch dann richtig, wenn wir erkennen müssen, daß in Auseinandersetzungen um die Entwicklung der Partei öfter zu Prinzipien erklärt wurde, was veränderbare Normen und Arbeitsmethoden sind. Um so mehr muß immer wieder der wesentliche Inhalt der grundlegenden Prinzipien unserer Partei verdeutlicht werden.

Das heißt: Die kommunistische Partei muß sich als revolutionäre Führungskraft der Arbeiterklasse entwickeln und stets vom Klassenstandpunkt und von Klasseninteressen ausgehen. (...)

Dieses Parteiverständnis findet seinen Rückhalt darin, daß in einer Situation, da die Menschheitsexistenz auf dem Spiele steht, gerade die Arbeiterklasse ihre historische Mission bewahren und auf den Kampf zur Lösung der heutigen Menschheitsfragen erweitern muß. Die Arbeiterklasse ist die erste und bisher einzige Klasse, die ihre Klasseninteressen mit Menschheitsinteressen verbinden kann, weil ihre geschichtliche Stellung darin besteht, daß sie sich selbst nur befreien kann, wenn sie zugleich die ganze Gesellschaft von Ausbeutung und Unterdrückung befreit. (...) Die Priorität der Frage von Krieg und Frieden heute verweist darauf, daß die Arbeiterklasse den Kampf um Frieden und Abrüstung zu ihrer vorrangigen Aufgabe machen muß. (...)

Unter den heutigen Bedingungen verbindet sich also das allgemein menschliche Interesse am Frieden noch enger mit der Rolle der Arbeiterklasse. Unter diesen Bedingungen braucht die Arbeiterklasse eine revolutionäre marxistische Partei. Auch die Erfahrungen der Arbeiterkämpfe in den letzten Jahren in unserem Lande stehen dafür, daß die DKP nur als einheitliche Kampforganisation ihre Rolle zur Geltung bringen kann. (...)

Unbestreitbar ist das derzeitige Prüfen und Suchen in der Partei davon bestimmt, daß die Kommunisten ihre Partei stärken und weiterentwickeln wollen.

Unübersehbar ist aber auch, daß dabei kontroverse Positionen vertreten werden, die nicht einfach miteinander zu vereinbaren sind.

Der Parteivorstand entwickelt in dieser Entschließung seine Ansichten, wie sich aus dem Erkennen und Überwinden subjektiver Mängel der Erneuerungsprozeß gestalten soll, den eine marxistische Partei immer dann bewußt und umfassend bewältigen muß, wenn sich die objektiven und subjektiven Bedingungen verändern.

Die wesentlichen Ursachen unserer gegenwärtigen Entwicklungsprobleme bestehen darin, daß wir uns — nachdem in den 70er und beginnenden 80er Jahren wichtige Erfolge erreicht wurden — einem tiefen Veränderungsprozeß stellen müssen. Dieser Veränderungsprozeß wirkt deshalb so tief und wirkt deshalb so schwierige Fragen auf, weil die Menschheit mit einer beschleunigten Zusitzung globaler Probleme konfrontiert ist, wodurch erstmals ihre Existenz überhaupt auf dem Spiele steht, weil dies zusammenfällt mit einer revolutionären Umgestaltung in der Sowjetunion und weil sich damit für die einzelnen Kommunistinnen und Kommunisten, für die Organisationen und Leitungen der DKP Probleme stellen, die nur in einem längeren Prozeß solidarisch und kollektiv zu bewältigen sind.

Kontrovers dazu gibt es Auffassungen, die beispielsweise in Dogmatismus in der Theorie, Ökonomismus in der Politik, bürokratischem Zentralismus in der Organisation sowie in mangelnder Kompetenz der Parteiführung die Ursache und das Wesen unserer Parteiprobleme sehen.

Über die unterschiedlichen Ansichten muß in der Parteidiskussion offen gestritten, sie müssen bis zum Finden der richtigen Entscheidung ausgetragen werden. (...)

Regionale Demonstration gegen IWF und Weltbank

Stuttgart. Etwa 2000 bis 2500 beteiligen sich an der Demonstration am 10.9. Die Forderungen des von zahlreichen Organisationen und Komitees unterstützten Aufrufs waren: „Streichung der Schulden — wenn sie von der betroffenen Bevölkerung gefordert wird! Solidarität mit den Befreiungsbewegungen! Verhindert den Kongress! Beteiligt Euch an der Demonstration in Berlin!“ In Kundgebungsbeiträgen wurde vor allem die IWF-Politik gegenüber Chile und der Türkei sowie die besondere Unterdrückung der Frauen in der „Dritten Welt“ angegriffen. Eine Grußbotschaft richtete sich an die gleichzeitig stattfindende Demonstration gegen §-218-Prozesse in Memmingen. Eine Rednerin berichtete über die Durchsuchung von mindestens 20 Wohnungen und eine Festnahme im Raum Stuttgart nach § 129a wenige Tage zuvor; ein Zusammenhang zu den Aktionen gegen IWF und Weltbank ist offensichtlich. Die Demonstration war von massivem Polizeiaufgebot flankiert, am Aufstellungsort und in dessen Umgebung wurden Taschen von Teilnehmern und Passanten kontrolliert. — (evc)

Tag der Heimat: Neue nationale Aufgabe winkt

Westberlin. Hauptredner auf der zentralen Veranstaltung zum 39. Tag der Heimat in Westberlin war Strauß. Die „Spätaussiedler“ aus Osteuropa seien Deutsche, die unter Deutschen leben wollten, teilte er den zumeist über 60jährigen Frühaussiedlern, die seine Kulisse bildeten, mit. In den Ostblockländern habe sich die Lage in den letzten Jahren verschlechtert. Die „Spätaussiedler“ sollen offensichtlich in Teilnehmer und Opfer einer fünfzigjährigen Vertreibung verwandelt werden. Genau unterscheidet Strauß deshalb auch zwischen Aussiedlern und Asylanten. Bei den Asylanten handele es sich um eine humanitäre Frage. Sie haben also keine Chance. Die Spätaussiedler hingegen ringen um ihre Identität. Es ist eine nationale Frage und größte Anstrengung geboten. Sie sind eben keine „Asylanten aus fremden oder exotischen Ländern“. Der Auftrag der Politiker sei es, die Verhältnisse in Europa so zu gestalten, daß alle Menschen in ihrer angestammten Heimat unter menschenwürdigen Bedingungen leben könnten. Die angestammte Heimat der Deutschen steckte der Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen ab. Dazu gehörten: Die DDR, Ober- und Niederschlesien, Ost- und Westpreußen, Pommern, das Sudetenland, die Rußlanddeutschen, die Banater Schwaben, Siebenbürger Sachsen und die anderen deutschen Volksgruppen in Ost- und Südosteuropa. — (chk)



Stukenbrock (Kreis Gütersloh): Am 3.9. beteiligten sich 4000 an der alljährlichen Mahn- und Gedenkveranstaltung auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof. Auf dem Friedhofsgelände sind 65000 von den Nazis ermordete sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsverschleppte aus vielen Ländern Europas beigesetzt. U.a. sprach ein Vertreter des Komitees der sowjetischen Kriegsveteranen. — (gba)

CDU, FDP und SPD stützen Ostpreußentreffen

Göttingen. Bei Teilnahme von Militärförmationen von Bundeswehr, der USA, Frankreichs und Belgiens fand am 3./4.9. das Treffen der Ostpreußischen Landsmannschaft mit 800 Leuten statt. Staatssekretär Priesnitz nannte es eine tägliche Aufgabe, die „Not der Teilung“ in Deutschland und Europa zu lindern, ein vereintes Europa zu fördern. Der Sprecher der „Ostpreußen“ forderte „mutige und tapfere Soldaten, die bis zur Hingabe ihres Lebens bereit sind, ihre freie Welt zu verteidigen“. Gegen diese Ansammlung beinharter Militäristen und Revanchisten wurde eine antifaschistische Woche von Autonomen, IG Metall, DKP, Grünen und linken Unigruppen mit z.T. gut besuchten Veranstaltungen durchgeführt, eine Demonstration mit 300 Teilnehmern fand statt. Die Grün-Alternative Liste hatte im Stadtrat den Antrag gestellt, keine Vertreter der Stadt mehr zu entsenden. CDU, FDP und SPD lehnten ab. — (kek)

Freilassung der Kurdinnen und Kurden

Bielefeld. Antifa-Plenum im Arbeiterjugendzentrum, Rote Hilfe, VSP, MLPD, Volksfront, Feyka-Kurdistan, Union der patriotischen Frauen Kurdistans und BWK haben ein örtliches Flugblatt herausgegeben. „In der JVA Bielefeld: Wegen Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes in Isolationshaft.“ Es enthüllt die Haftbedingungen von Y. Gedik, die Verfolgung von kurdischen Patrioten in der BRD und ruft zur Solidarität mit den Gefangenen auf: „Schluß mit der Verfolgung! Sofortige Freilassung der 13 inhaftierten Kurdinnen und Kurden! Anerkennung als politische Flüchtlinge!“ Das Flugblatt ist das Er-

gebnis mehrmaliger Besprechungen. Die Einigkeit bezieht sich auf Protest gegen die staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen. Selbst darauf konnten sich der grüne Kreisvorstand und der Flüchtlingsrat nicht einlassen, weil „keine kritische Position zur PKK“ enthalten sei. — (stb)

Das Anliegen der Sprengel-Besetzer wurde unterstützt

Hannover. Trotz wochenlanger massiver Hetze der bürgerlichen Presse wurde das Anliegen der Besetzer des Sprengelgeländes — Erhaltung der Gebäude als preiswerte Wohnungen mit Kinderräumen und ausländischem Kulturzentrum — auf der Demonstration am 23.7. von 700 Menschen unterstützt. Daß die geplante Gegendemonstration keine Unterstützung fand und abgesagt werden mußte, zeigt, daß das Thema Räumung für die Mehrheit der Nordstadtbewohner gar keins ist. Um was es tatsächlich bei denjenigen geht, die die Räumung fordern, macht die Auffassung der CDU deutlich, die nach „rechtsstaatlichen“ Verhältnissen auf dem Gelände und im Stadtteil schreit. Tatsächlich sind die Mieten in der Nordstadt zwischen 1980 und 1985 um 33% gestiegen, mit 18% ausländischen Stadtteilbewohnern hat sie einen doppelt so hohen Anteil als andere Stadtteile, hinter Linden ist sie der Stadtteil mit den niedrigsten Durchschnittseinkommen. Nach der Besetzung ging die Stadtverwaltung mit Knebelverträgen, Spaltung in Friedliche und Randalierer und brutaler Polizeigewalt vor. 3000 Obdachlose und 46000 Arbeitslose in Hannover verlassen die Reaktion zur gezielten Unterdrückung von Ansprüchen. Angesichts der Wohnungspolitik der Stadt könnte das Beispiel Sprengel schließlich Schule machen. — (hee/mal, AGK)

Republikaner

Keine Kandidatur in Westberlin

Klar ist jetzt, daß die „Republikaner“ (REP) zu den Abgeordnetenhauswahlen im nächsten Jahre kandidieren wollen. Darüber hatten sie zunächst intern Streit, mit dem Ergebnis, daß vor zwei Monaten drei Mitglieder des Landesvorstandes, z.T. in Funktionen beim Bundesvorstand gewählt, ausgetreten sind. Schon im Mai begann das „Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus“, das sich anlässlich der Antirassismuskonferenz in Stockholm gegründet hatte, in Absprache mit anderen antifaschistischen Kräften die Arbeit auf eine Verhinderung der Kandidatur der REP zu konzentrieren. Einige Aktionen gegen

öffentlicht. Überhaupt halten die REP Westberlin angesichts des antifaschistischen Widerstandes für ein schwieriges Territorium. Sie wollen sich bieder geben und sich gegen Faschisten abgrenzen, Aktionen und Publikationen, die beweisen, daß sie letztendlich doch Faschisten sind, passen ihnen überhaupt nicht. Gerade solche Tätigkeiten des Bündnisses haben dazu geführt, daß die Kandidatur der REP auch in den öffentlichen Medien auftaucht.

Aus CDU-Kreisen wird laut, — viele REP kommen von da —, man solle sie doch ruhig die Wahlschlappe einstecken lassen, die allerdings in Westberlin auf-



700 demonstrieren an der Trabrennbahn gegen den „Ball der Republikaner“.

die REP wurden durchgeführt, wie z.B. eine Demonstration gegen den „Ball der Republikaner“ (s. Bild). Zahlreiche antifaschistische Verbände und Zusammenschlüsse haben dann ein Flugblatt in einer Auflage von 35000 herausgegeben gegen die REP, das mittlerweile schon vergriffen ist, zu den Unterzeichnern gehören Autonome, VVN/VdA, Aktion Sühnezeichen, viele Schülergruppen, KB, Jusos, Asten, SJV, Volksfront, AL, Regionalbüro der AL-Abgeordneten im Bundestag, Künstler für den Frieden und viele andere mehr. Die wirklich aktive Mitarbeit liegt derzeit aber bei den Autonomen, VVN/VdA, Volksfront und antifaschistischen Schüler- und Bezirksgruppen.

Erreicht worden ist bisher, daß die Kandidatur der REP allmählich öffentlich problematisiert wird. So stehen gegenwärtig drei Antifaschisten wegen schwerer Körperverletzung unter Anklage anlässlich einer erfolgreichen Aktion am 17. Juni 87 vor dem Reichstag. Gegen ihre Prozeßerklärung haben die REP postwendend eine Gegenerklärung ver-

grund der sonst konkurrenzlosen Lage im rechten Spektrum gar nicht gewußt ist. Einige SPD-Kreise liebäugeln mit dem Stimmenraub der REP bei der CDU, Teile der SEW, die sich am Bündnis bisher nicht beteiligt, fürchten eine Aufwertung der REP durch Maßnahmen gegen sie.

Im Bündnis selbst ist Konsens, gegen das Auftreten der REP zunächst mit Gegenpropaganda zu agieren, was sich in einer Aktion kürzlich sehr bewährt hat. Über 100 Antifaschisten umlagerten einen Stand der REP bei einem kommerziellen Straßenfest, Polizei stellte sich dazwischen. Die REP waren vom Publikum isoliert und verließen freiwillig nach kurzer Zeit den Platz.

Das Bündnis wird jetzt eine Broschüre gegen die REP herausgeben und entlang der Themen eine Veranstaltungsreihe durchführen. Themen sollen sein: Rassismus und Ausländerpolitik, Frauen- und Familienpolitik, Deutschland- und Europapolitik, Volksgemeinschaft/Betriebsgemeinschaft und Elite, Führer- und Staat. Referentenbewerbungen al-

ler Organisationen dazu sollen möglich sein, ob diese allerdings wahrgenommen werden, steht noch aus und damit die geplante Reihe.

Darüberhinaus werden vom Bündnis rechtliche Schritte gegen die REP erwogen. Das ist nicht einfach, es fehlt an den notwendigen Rechtsmitteln. Die westlichen Alliierten könnten mit einem Schreiben zur Einhaltung des Potsdamer Abkommens und Kontrollratsbeschlüssen aufgefordert werden, was dabei allerdings in welcher Zeit herauskommt, ist nicht mehr beeinflußbar. Hinzu kommt die Problematik, ob man sich an die westlichen Alliierten mit solch einem Anliegen wenden soll, da die Bestimmungen der westlichen Alliierten häufig nicht einfach fortschrittlich sind. So ist das erneute Verbot für die NPD, zu den Wahlen zu kandidieren, die übrigens nie inhaltlich begründet ist, nach Aussagen der Alliierten wegen ihrer eigenen Sicherheitsinteressen erfolgt. Ein Parteienverbot der REP aufgrund von Verfassungsbestimmungen ist auch nicht möglich, weil es in Westberlin nämlich gar keine Instanz wie das Bundesverfassungsgericht gibt, Vereine kann der Senat verbieten, Parteien nicht. Auf die Wahlausschüsse ist es nur möglich, politisch einzuwirken. Ob dort aber die Vertreter von SPD und AL gegen eine Kandidatur stimmen werden, ist noch nicht entschieden. — (gug)

Anti-IWF-Kampagne Straßenfest und Demonstration

München. Das Anti-IWF-Koordinationsgremium in München hat als örtliche öffentliche Höhepunkte der Anti-IWF-Kampagne am 10. September ein Straßenfest im Westend (Stadtteil mit dem höchsten Ausländeranteil in München) organisiert und ruft für den 16. September zu einer Demonstration in München auf. Im Aufruf zur Demonstration wird als zentrale Forderung gefordert: Schuldentziehung sofort! und „Wir rufen auf zu einer Demonstration gegen die Politik der deutschen Banken und Konzerne!“ Bisherige Unterstützer: Zentrum für Entwicklung und Frieden e.V., Nicaragua-Komitee München, die ASten der TU und der staatlichen Fachhochschule sowie das AStA-Frauenreferat der Universität, die VSP, der Kommunistische Hochschulbund, der Sozialistische Hochschulbund, Peripherie Aktionszentrum Dritte Welt e.V., Pax-Christi, Nord-Süd-Arbeitskreis, Kirche von Unten, M.A.F.i.A. Bestimmt ist diese Liste aufgrund der Sommerpause noch nicht vollständig, so hat z.B. der Münchner Flüchtlingsrat auf seinem letzten Treffen beschlossen, die Demonstration zu unterstützen.

Das gut besuchte Straßenfest am 10.

September wurde v.a. durch Autonome getragen. Infostände und eine Stelltafeln informierten u.a. über die Situation der Kurden in Iran und Irak, und eine Ausstellung über die Machenschaften des IWF gegenüber den Ländern der „3. Welt“. Die kurdische Musikgruppe Bumerang spielte, in Redebeiträgen wurde auf die IWF-Kampagne allgemein eingegangen und auf die untragbare Situation von Flüchtlingen aus der 3. Welt in Bayern.

Ein Kurde aus dem Irak schilderte die verzweifelte Lage seines Volkes, da der Völkermord in Iran und Irak nach dem Ende des Golfkrieges eher verstärkt weitergeführt wird. Kurdische Organisationen planen deshalb jetzt eine Demonstration in Genf, am Ort der Waffenstillstandsverhandlungen.

Die Kriminalisierung der Anti-IWF-Kampagne bundesweit war auch bei dem Münchner Straßenfest zu spüren. Zivile und Uniformierte umlagerten den Platz, u.a. wurde festgestellt, daß eine Broschüre auf einem Stand nicht presserechtlich gekennzeichnet war. Obwohl das Fest genehmigt war, wurden die Veranstalter nach ca. einer Stunde gezwungen, die Anlage leiser zu stellen, gegen Ende des Festes wurde ein Schlagzeug beschlagnahmt. Gauweilers Sondertruppe USK stand um die Ecke, fand aber wohl keinen „Anlaß“ einzugreifen.

— (isc)

„Unsere Luftwaffe“

Widerstand gegen Militärpropaganda

Heilbronn. Mit einem „herzlichen Grüß Gott und Guten Morgen“ begrüßte Oberbürgermeister Weinmann (CDU) die von ihm eingeladene Bundeswehrausstellung auf dem Festplatz inmitten der Stadt. „Ist dies nicht eine Brüskierung von Gemeinderatsbeschlüssen, die sich gegen Militäreinrichtungen wie Waldheide und andere Kasernenanlagen richteten? Betrachtet die Stadtverwaltung die Propagierung von Militär- und Waffenfaszination als kommunale Aufgabe?“ Diesen und anderen Fragen, die die Alternative Linke Liste aufwarf, brauchte er sich nicht zu stellen. Auch konnte er in Zusammenarbeit mit der reaktionären Lokalpresse eine Beschlusfassung des Gemeinderates wie in Künzelsau (Hohenlohe) verhindern. Dort hat der Stadtrat mit dem Hinweis auf den Tiefflugterror einstimmig die Durchführung dieser Ausstellung erfolgreich abgelehnt.

Obwohl sich in Heilbronn bereits rechtzeitig eine breite Aktionseinheit unter der Forderung „Keine Luftwaffenschau weder in Heilbronn noch anderswo“ bildete, konnte diese Schau nicht verhindert werden. Dafür gelang es, eine permanente Gegenagitation vor dem

Ausstellungsgelände zu organisieren, an der sich vor allem DKP, GEW und das Heilbronner Friedensbüro FRIDA beteiligten. Dabei wurden während der fünf Tage allein von der GEW 5000 Flugblätter an die nach Bundeswehrangaben 30000 Teilnehmer zählenden Besucher verteilt. In gleicher Auflage kam ein gemeinsames Flugblatt der „Aktionsgemeinschaft gegen die Luftwaffenschau“ und des „Koordinationsausschusses der Heilbronner Friedensgruppen“ unter die Leute, in dem auf eine Demonstration mobilisiert wurde. Darin wurde unter anderem die Verbindung von Aufrüstung und Sozialabbau hergestellt sowie gegen die Ausdehnung des Zuständigkeitsbereiches der Bundeswehr argumentiert, unter dem Stichwort: „Euer Heer, Eure Marine, Eure Luftwaffe — ohne uns!“

Bereits im Vorfeld mobilisierten DKP („Luftkampf über Heilbronn“) und MLPD („Luftwaffenschau? Kriegswaffen- und Propagandaschau!!“) in ihren unregelmäßig erscheinenden Stadtzeitungen auf die Demonstration. „Waffenschau im Sommer, Manöver im Herbst: Kriegsvorbereitung auf kommunaler Ebene?“ lautete der Artikel im Kommunalen ALLtag der ALL. Dort wurde auf die Beteiligung der Stadtverwaltung Heilbronn an Cimex/Wintex-Übungen sowohl 1983 wie auch aktuell 1988 hingewiesen. Selbst der Kreisverband der Grünen erschien mit einem eigenem Flugblatt, in dem vor allem die Belästigung und Gefahren durch Tiefflugübungen angeprangert wurden: „Wir wissen, daß Tiefflüge nichts mit Verteidigung zu tun haben, sondern ein Teil eines Angriffskonzeptes sind auf die sogenannten ‚tiefen‘ Räume des Gegners.“ Die SPD mobilisierte nicht auf die Demonstration, sondern forderte zum Boykott der Luftwaffenschau auf. Trotzdem war die Demonstration am 27.8. (ein Tag vor dem Unglück in Ramstein) mit ca. 700 Teilnehmern ein Erfolg. Nach der Abschlußkundgebung vor dem Ausstellungsgelände wurde von ca. 50 Menschen das Versammlungsverbot auf dem „Militärischen Sicherheitsbereich“ durch eine kurze Protestaktion aufgehoben. — (jom)

Continental AG

Sparmaßnahmen durchgesetzt

Hannover. Vor zwei Wochen wurde der Kompromiß zu dem „Horrorcatalog“ unterschrieben. In seinem 15-Punkte-Programm vom März diesen Jahres hat der Vorstand viel gefordert und mit der Einstellung oder Verlagerung von Teilen der Produktion gedroht (vgl. PB 9/88). Folgendes hat er damit in einem sogenannten Kompromiß durchgesetzt:

— Die Vorgabezeiten für die Akkordlöhner werden pauschal um weitere 2% ge-

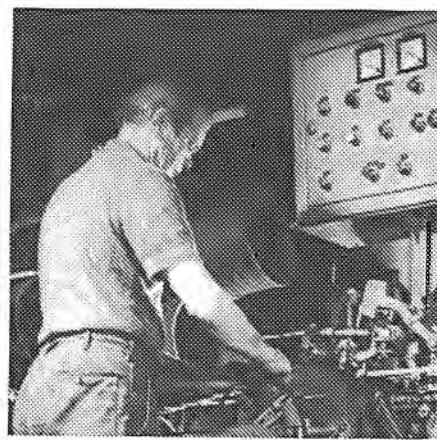
kürzt (nach 5% Kürzung bereits 1987).

— Die Nachschicht, bisher nur 6 1/2 Stunden, wird auf 8 Stunden verlängert; eine Stunde zusätzliche Bezahlung wird ersatzlos gestrichen.

— Die Arbeitszeitverkürzung im nächsten Jahr wird mit sechs Minuten zur Hälfte für Arbeiter und Angestellte mit (bisher faktisch bezahlten) Pausen verrechnet, nur für die andere Hälfte gibt es drei freie Tage im Jahr.

— Das Arbeitsplatzsicherungsabkommen, das älteren Arbeitern weitgehend den Effektivlohn sicherte, wird außer Kraft gesetzt.

— Es muß vom Betriebsrat und Geschäftsleitung gemeinsam eine Rahmenbetriebsvereinbarung ausgearbeitet werden, die auch für die Continental AG die Samstags- oder auch Sonntagsarbeit re-



Die Akkordarbeiter in Drei-Schicht sind am stärksten betroffen.

gelt.

Nicht durchgesetzt hat der Vorstand die vorzeitige Umstellung und das heißt Senkung der Akkordentlohnung auf REFA (geplant für den 1.1.90), das weitere Absenken der Löhne für neueingesetzte Arbeiter (sie erhalten bereits 5% weniger), die Einführung der regelmäßigen Samstagsarbeit als Ergänzung der verkürzten Nachtarbeit. Aber was nützt letzteres schon, wenn gleichzeitig mit Hilfe der Rahmenbetriebsvereinbarung fast jederzeit Wochenendarbeit beschlossen werden kann?

Arbeitsdirektor Kauth sieht völlig richtig den Schwerpunkt der Maßnahmen, die bereits zum 1.10.88 umgesetzt werden sollen, in einer „Steigerung der Leistungsanforderung“ und einer „Personalkostenbegrenzung“. Regelmäßig berichtet die bürgerliche Presse, daß die Gewinne der Continental steigen, die diesjährige Dividende bei 14% liegt, der Umsatz in der ersten Jahreshälfte um über 8% über dem Vorjahr liegt, der Konzern expandiert. Auf diesen Widerspruch hingewiesen, antwortet Arbeitsdirektor Kauth in der Werkszeitung fast zynisch, daß man in guten Zeiten für schlechte vorsorgen muß und es nur darum geht, Arbeitsplätze zu erhalten und zu sichern! — (gea)

Interview mit brasilianischen Gewerkschaftsvertretern

Bosch verfolgt Gewerkschafter und setzt Spitzel ein

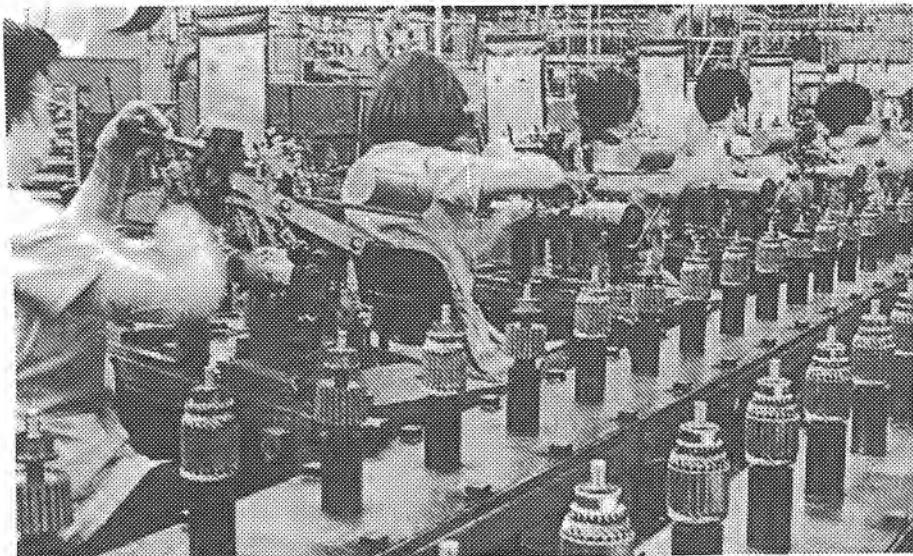
Konzerne wie Bosch lassen nichts unversucht, Investitionen in hochverschuldeten Ländern wie Brasilien als positiven Beitrag zur Entwicklung des Landes anzupreisen. Korrekte Gegeninformation ist unbedingt wichtig. Gewerkschaftsvertreter der brasilianischen Metall-Gewerkschaften von Campinas, São Bernardo und Manaus sprachen Ende August im Raum Stuttgart und Mannheim auf mehreren Veranstaltungen und gaben den Politischen Berichten das folgende Interview. — (ros)

Wie ist der Lebensstandard der brasiliensischen Arbeiter?

viele Arbeiter in Elendsvierteln (Favelas) leben müssen, zum Beispiel in Manaus im Amazonasgebiet sind es 75% der Arbeiter, in Campinas bei São Paulo circa 20%.

Wie sind die Arbeitsbelastungen im Produktionsprozeß?

Die Arbeitsbelastung ist sehr hoch. Die Arbeitstakte werden immer kürzer, Taubheit, Wirbelsäulenschäden und psychische Probleme treten gehäuft auf. Viele gehen zur Arbeit, obwohl sie krank sind. Brasilien steht mit Arbeitsunfällen weltweit an erster Stelle. Bei Bosch in Manaus in Amazonien gibt es 1400 Arbeiter, 80% davon sind Frauen.



Arbeiterinnen montieren bei Bosch in Campinas Anker für die Anlasser. 75% von ihnen haben Wirbelsäulenschäden. Jede dritte verläßt jährlich den Betrieb.

In Campinas bei São Paulo haben heute mehrere Betriebe die 40-Stundenwoche, vor dem Streik von 1985 wurde noch 48 Stunden gearbeitet. Bosch hat in der Region Campinas eine wöchentliche Arbeitszeit von 44 Stunden, aber die Mehrheit der Arbeiter arbeitet mit Überstunden länger. Bei Bosch in Campinas wird auch im Dreischichtbetrieb gearbeitet. Eine Anzahl von Firmen in Brasilien geht auf den Vier-Schichtbetrieb über, um die Maschinen am Wochenende laufen zu lassen. Ein Problem ist, daß die Arbeiter Überstunden machen müssen, weil sie sehr wenig verdienen. Die Metallarbeiter in der Region São Paulo haben einen Durchschnittslohn von 650 DM im Monat. Die Inflation beträgt 20 bis 24% im Monat(!). Eine vierköpfige Familie braucht für Grundnahrungsmittel und Miete eine Summe, für die der durchschnittliche Lohn nicht mehr ausreicht.

Folge der niedrigen Löhne ist, daß

Die meisten von ihnen arbeiten am Fließband, 75% von ihnen haben Wirbelsäulenschäden. Das Essen in der Bosch-Kantine ist sehr schlecht. Die Wegzeiten für die Arbeiter sind sehr lang. Die Fluktuationsrate in den Bosch-Werken liegt bei 30% bis 35%, im Schnitt verläßt jährlich jeder dritte Bosch-Beschäftigte die Firma.

Welche gewerkschaftlichen Ziele verfolgt ihr?

Wir wollen Fabrikkommissionen (entspricht ungefähr Betriebsräten) einrichten, die Arbeitszeit verkürzen, die Überstundenarbeit beenden, höhere Löhne durchsetzen, die Arbeitsbedingungen verbessern und die Arbeitsplätze sichern. Die brasilianische Gesetzgebung verbietet Bildung von Streikfonds, die Organisierung politischer Streiks und die Einrichtung von Betriebsräten. Aber in verschiedenen Betrieben wurde für die Einrichtung von Betriebsräten gestreikt — mit Erfolg. Heute gibt es in 18 größeren

Betrieben Betriebsräte, zum Beispiel bei Mercedes-Benz in São Bernardo. Es ist aber nur der Vorsitzende freigestellt. Bei Mercedes-Benz in Campinas gibt es keinen Betriebsrat, ebensowenig in den Bosch-Betrieben. Wer es bei Bosch wagts, sich gewerkschaftlich zu betätigen, der fliegt aus dem Betrieb raus.

Wie betreibt Bosch Gewerkschaftsunterdrückung?

Bosch ist eine der wenigen Firmen in Brasilien, die keine Gewerkschaftsarbeit zulassen. Es gibt Spitzel im Werk und in den Wohngebieten, die Kontakte der Arbeiter mit der Gewerkschaft den Meistern melden. Heute traut sich kein Arbeiter mehr, sich für die Gewerkschaftswahlen in Campinas als Kandidat aufzustellen zu lassen. Alle Versuche der Gewerkschaft CUT, bei Bosch Gewerkschaftsgruppen aufzubauen, werden verfolgt. Die mit Pistolen ausgerüsteten Werksschützer kontrollieren die Arbeiter in den Kantinen. Sie kontrollieren, wie lange die Arbeiter auf den Toiletten bleiben. Ständig patrouillieren sie in den Abteilungen. Deshalb gibt es bei Bosch nur geheime Gewerkschaftsarbeit, Untergrundarbeit.

Gibt es eine offene Zusammenarbeit der Konzerne mit der Regierung?

Bosch hat im Arbeitgeberverband in São Paulo größten Einfluß, da die Firma größter Zulieferer für die Autoindustrie ist. Der Arbeitgeberverband (FIESP) sorgt dafür, daß bestimmte Gesetze im Parlament nicht durchkommen. So sollte in der Verfassung geregelt sein, daß für Computer Importbeschränkungen gelten. Der Arbeitgeberverband FIESP machte Druck dagegen. Oder ein anderes Beispiel: Bis 1968 gab es in Brasilien eine gewisse Arbeitsplatzgarantie. Die Multis haben die Abschaffung des Gesetzes verlangt und dies auch durchgesetzt.

Dienen die Investitionen der Multis der Entwicklung Brasiliens?

Die multinationalen Konzerne entwickeln das Land nicht. Die Auto-Industrie wird so stark bevorzugt, und das war falsch von Anfang an. Was wir brauchen, das sind Traktoren und Maschinen für die Landwirtschaft, das wird kaum gefertigt. Das Land braucht keine Autos, sondern Nahrungsmittel.

Die Arbeiter werden kaum ausgebildet. In den Betrieben der multinationalen Konzerne hat nur eine Minderheit von 10% eine Facharbeiterausbildung, und eine Lehrstelle bekommen meist nur Söhne von Höhergestellten wie Meistern.

Was erwartet ihr von der westdeutschen Arbeiterbewegung an Unterstützung?

Wir wollen, daß die westdeutschen Arbeiter uns helfen, Gegeninformation zu betreiben. Es soll informiert werden, wie wir leben und arbeiten, um die Falschinformationen zum Beispiel von Bosch zu zerstören. Wir wollen die Zusammenarbeit fördern und Bewegungen starten, um öffentlich zu machen, wie die Situation in Brasilien ist.

Pflegenotstand

Therapie: Soziales Jahr

Hamburg. Keine Zeitung und kein Sender, die nicht Schwester Barbara und die Oberin, den Sozialsenator und die Krankenkasse zum Thema interviewt und den Alltag auf der Station XY geschildert hätten. Obwohl die Mängel seit Jahren bekannt sind und die Studien über die Fluktuation in den Pflegeberufen so alt sind, wie die Forderung nach mehr Planstellen in den Krankenhäusern, ist der sogenannte „Pflegenotstand“ ganz plötzlich in aller Munde.

Warum so viele Krankenschwestern so schnell aus- und umsteigen, ist zumal für die Leser dieser Zeitschrift kein Geheimnis: Schwere körperliche Arbeit plus Nacht- und Schichtarbeit plus Überstunden, und das für eine Bezahlung, von der man keine Familie ernähren kann. Das hält keiner auf die Dauer aus, und so rettet sich wer kann.

Die ernsthafteste und dauerhafteste Abhilfe läge auf der Hand: ein Lohn, von dem man eine Familie ernähren kann, kostenlose Betriebskindergärten, die sich nach den Schichtzeiten richten; eine Schichtbesetzung, die Arbeitsschutz, Abkehr von der Funktionspflege ebenso ermöglicht wie Ausbildung und Fortbildung auf Kosten des Arbeitsgebers usw.usf.

Diese Maßnahmen hätten den Vorteil, daß sie den „Pflegenotstand“ schnell beheben würden (viele ausgebildete Krankenschwestern würden in den Beruf zurückkehren), sie haben den Nachteil, daß sie etwas kosten und nur durch Kampfmaßnahmen durchgesetzt werden könnten, mit denen Krankenhäuser nur wenig Erfahrung haben. Der Reaktion ist es gelungen, der Bewegung im Gesundheitswesen Niederlagen zu verpassen und alles, was im Krankenhaus getan oder gelassen wird, auf eine schlichte Kostenfrage zu reduzieren. So betrachtet, gibt „Pflegenotstand“ einen Sinn. Im Interview mit dem „Stern“ fordert Westberlins Sozialsenator Fink z.B. „eine neue Kultur des Helfens“ dergestalt, daß „wir Humanität nicht nur an diejenigen delegieren, die dafür bezahlt werden“, sondern an „Familie, Freunde und Nachbarn“.

Arbeitskraft muß her, die überhaupt nicht oder schlecht bezahlt wird; z.B. Mädchen im „Freiwilligen Sozialen Jahr“, arbeitslose Mediziner in der „Warteschleife Krankenpflege“, Zivildienstleistende und kurz ausgebildete Hilfskräfte als Handlanger für die Schwestern. Mehr Auszubildende sollen den „Nachschub“ sichern und durch Anrechnung auf den Stellenplan als billige Arbeitskräfte fungieren. Die Zahl der Ausbilder wird dadurch gesenkt und die Ausbildung verschlechtert.

Gegen diese Vorhaben hat auch die



Mit zu vielen Hilfskräften ist eine fachgerechte Pflege gefährdet.

ÖTV nicht viel zu bieten. Sie fordert eine bessere Eingruppierung der Krankenschwestern, die ohne Kampfmaßnahmen nicht so ausfallen wird, daß die Krankenschwestern im Beruf bleiben, sondern eher Differenzierung und Hierarchie fördert. Sicher kritisiert die ÖTV an anderer Stelle die Strukturreform und die Krankenhausfinanzierung, stellt aber nicht den Zusammenhang zum „Pflegenotstand“ her, sondern fordert die Arbeitgeber zu einer „Gemeinschaftsoffensive“ auf. Ohne Kritik an der geplanten Leistungseinschränkung im öffentlichen Gesundheitswesen wird diese Offensive in der vermehrten Beschäftigung von möglichst billigen Hilfskräften enden. — (flm, Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik)

Arbeitszeitverkürzung

Gegen Pausen- zwangsverlängerung

Stuttgart. Die baden-württembergische Landesregierung hat den vom Kabinett einstimmig beschlossenen Verordnungsentwurf zur Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung für Landesbeamte über eine verlängerte Mittagspause an die Gewerkschaften und Berufsverbände weitergeleitet, die bis Ende Oktober dazu Stellung nehmen können.

Gegen eine verlängerte Mittagspause und für uneingeschränkte Mitbestimmung der Personalräte bei der Arbeitszeitverkürzung führt die ÖTV Bezirk Baden-Württemberg eine Unterschriftenaktion unter den Landesbediensteten bis zum 15. September durch. Am 6. September — zwei Tage vor einer Landtagsdebatte zu diesem Thema — lud die ÖTV zu einer Protestversammlung nach Stuttgart ein, die etwa 250 Gewerkschaftsmitglieder besuchten. Der Hauptreferent, ÖTV-Landesvorsitzender Hans-Jürgen Arndt, bezeichnete das Vorgehen Lothar Späths als „autoritären Staatsstil“, der „böse Erinnerungen an

feudal-staatliche Prinzipien wachgerufen“ habe. Er forderte die Landesregierung auf, das Beteiligungsverfahren öffentlich abzuhalten. Die beabsichtigte Übertragung der Änderung der Arbeitszeitordnung der Beamten auf Arbeiter und Angestellten hält die ÖTV für rechtswidrig wegen der geltenden Tarifbestimmungen über die Arbeitszeit der Angestellten und Arbeiter in den Manteltarifverträgen; Hans-Jürgen Arndt verlangte das uneingeschränkte Mitbestimmungsrecht für die Personalvertretungen.

Er warf der Landesregierung ferner vor: „Baden-Württemberg handelt eindeutig vertragswidrig. Wir haben Arbeitszeitverkürzung vereinbart und keine Verlängerung der Mittagspause.“ Es ist jedoch ein großer Mangel des Tarifvertrags, daß er keinerlei Festlegungen enthält, wie die einstündige Arbeitszeitverkürzung erfolgen soll.

Ziemlich hilflos wirkten seine moralischen Appelle an die Landesregierung, die mehr als 200 Millionen DM Einsparungen im Landshaushalt — allein 1988 aufgrund der niedrigen Tariferhöhungen — für Stellenschaffungen zu verwenden. Denn darüber gibt es lediglich eine Empfehlung der Schlüchter, „die Chancen der Arbeitsuchenden auch im öffentlichen Dienst zu verbessern“. Unwürdig ist Arndts Anbiederung: „Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben bewußt auf eine kräftige Einkommenssteigerung verzichtet, damit diese Mittel für die Schaffung neuer Arbeitsplätze bereitstehen. Jetzt sollen sie um Hunderte von Millionen betrogen werden.“ Er kann damit nicht die zahlreiche und herbe Kritik von ÖTV-Mitgliedern an den zu niedrigen Einkommenserhöhungen und der langen Laufzeit vergessen machen.

Bei der Landtagsdebatte am 8.9. konnte sich Späth aller Vorwürfe erwehren mit der Behauptung, den Tarifvertrag auf Punkt und Komma einzuhalten. Stellen sollen in Schichtdienstbereichen geschaffen werden, insbesondere bei der Polizei (plus 600 Stellen) und im Strafvollzug (plus 80 Stellen). — (evo)



Späth will die Mittagspause verlängern. Dagegen hieß es auf der Protestversammlung: „Wir pfeifen aufs Tischgebet. wir wollen früher heim.“

Kommunalpolitik

Kommunalpolitisches Bündnis in Braunschweig festigt sich

In Braunschweig haben sich seit ca. einem Jahr die kommunalpolitischen Auseinandersetzungen erheblich zugespitzt. Gründe: 1. ungehemmte Förderung der örtlichen Kapitalisten für die Expansion auf den Weltmarkt, z.B. erhält Commodore 1988 für die Umsetzung des Betriebes in Braunschweig bei gleicher Beschäftigtenzahl 1,2 Mio. DM von der Stadt und 6 Mio. DM vom Land geschenkt zur „Sicherung der Arbeitsplätze“. Wegen der überdurchschnittlichen Exportquote der braunschweiger Kapitalisten wird insbesondere die „Konkurrenz“ im Rahmen der EG angeführt.

2. soll neben der wachsenden Belastung durch Steuern, Gebühren und Tarife nun endlich die Beseitigung unverzichtbarer kommunaler Leistungen für die arbeitenden Klassen erzwungen werden. Die CDU-Braunschweig hält deshalb das soziale Netz nur insoweit für richtig, „solange auch nur für wirklich sozial Schwache gezahlt wird. Leider zeigen Kontrollen, daß es auch ‚Schnorrer‘ gibt, die, ohne Not zu leiden, hier von partizipieren wollen.“ (Haushaltrede vom 19.10.87) Daß sie selbst die unterste Elendsschicht nicht zu den schutzwürdigen „sozial Schwachen“ zählt, machte sie daran deutlich, daß für diese Elendsquartiere 1988 die „Mieten“ durch einstimmigen Ratsbeschuß um 20% angehoben wurden. Mit anderen Worten, die kommunalen Leistungen sollen grundsätzlich auf „Verschwendungen“ überprüft werden. Soziale Schranken gibt es nicht. Diesen Wink hatte der Oberstadtdirektor (SPD) verstanden: „Es ist die Frage, was sein wird, wenn alle besorgten Appelle an den politischen Bereich und an den Gesetzgeber ungehört bleiben. Dann müssen rücksichtslos städtische Einrichtungen, Bäder, Schulen, Turnhallen und anderes mehr geschlossen werden ... Ich werde veranlassen, daß die Arbeitsgruppe Aufgabenüberprüfung in einem erneuten Anlauf auch in die kommunale Substanz gehende einschneidende Vorschläge unterbreitet. Was wir auf alle Fälle tun müssen, ist fortzufahren in unserem Bemühen um die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und um den Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in unserer Stadt, um so aus eigener Kraft wenigstens langfristig zu einer Verbesserung der Einnahmesituation zu kommen.“ (Haushaltrede vom 19.10.87) Also: Beseitigung elementarer kommunaler Versorgungsleistungen für die arbeitenden Klassen zugunsten der Kapitalexansion

In der Tat soll die Haushaltsunter-

deckung von 26 Mio. DM 1987 auf 176 Mio. DM 1991 ansteigen. Diese finanziellen Probleme der Stadt in Zeiten der Hochkonjunktur sind gezieltes Ergebnis und Propagandamittel der Politik von CDU, FDP und SPD auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, um den o.g. Leistungsabbau durchzusetzen. Senkung der „konsumptiven Aufgaben“ nennt das der Finanzplanungsrat, der die Richtung der Finanzpolitik der Gebietskörperschaften bestimmt. Ohne die fi-

Ausgaben für das dem Haushaltsjahr folgende Jahr gefordert. (BZ, 4.6.75) 1983 wurden durch die Bezirksregierung wiederum die Verpflichtungsermächtigungen gekürzt, aber zusätzlich für die mittelfristige Finanzplanung (die nächsten 4 Jahre) Ausgabensenkungen durch Rationalisierungen, Verlagerung von Aufgaben in den privaten Bereich sowie der Wegfall von Aufgaben gefordert. (BZ, 9.6.83) Nun werden 1988 unmittelbare Direktiven für den Verwaltungshaushalt

Struktur der Gewerbesteuerzahler in Braunschweig

| Soll der Vorauszahlungen in DM von | Anzahl der Betriebe bis | Anzahl der Betriebe mit Vorauszahlungen | | Soll der Vorauszahlungen in Mio. DM | |
|------------------------------------|-------------------------|---|------|-------------------------------------|--------|
| | | 1985 | 1987 | 1985 | 1987 |
| 1 | 5000 | 1273 | 1274 | 2,4 | 2,5 |
| 5000 | 20000 | 783 | 842 | 8,2 | 8,7 |
| 20000 | 100000 | 415 | 397 | 17,3 | 16,9 |
| über | 100000 | 112 | 111 | 77,4 | 61,6 |
| (davon | über 1 Mio.) | (15) | (11) | (54,4) | (36,4) |
| Insgesamt | | 2583 | 2624 | 105,3 | 89,7 |

Die Masse der zahlenden Betriebe zahlt nicht mehr Gewerbesteuer wie ein einzelner Arbeiter Lohnsteuer.

nanzpolitisch wirksamen gesetzgeberischen Eingriffe seit 1975 wäre die Stadt heute schuldenfrei (Schuldenstand ca. 600 Mio. DM), z.B. 163 Mio. DM Verlust seit 1975 allein durch Steuererleichterungen bei der Gewerbesteuer (ohne Lohnsummensteuerabschaffung).

„Selbstverwaltung heißt, in eigener Verantwortung mit dem vorhandenen Geld die erforderlichen Dinge zu erledigen,“ tönnte die FDP, deshalb sei „die bittere Wahrheit der leeren Kasse ... nur in einer Verminderung der Ausgaben zu suchen.“ Getreu diesem Motto haben CDU und SPD den Haushalt 1988 gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung durchgezogen, nachdem die Bezirksregierung als Arm der CDU-Landesregierung diese Richtung ausdrücklich gefordert hatte. Erstmals hatte die Bezirksregierung nämlich Einsparungen ausschließlich im Verwaltungshaushalt, der die Personalkosten, Sozialleistungen und die sog. freiwilligen Leistungen beinhaltet, gefordert. 1975 hatte die Bezirksregierung eine Begrenzung der Verpflichtungsermächtigungen, also der

ausgegeben. Da diese Direktiven der Bezirksregierung durchaus dem politischen Vorhaben von CDU und SPD entsprechen, setzten diese den Direktiven keinen Widerstand entgegen, wie z.B. in Oldenburg, wo der Oberstadtdirektor sich nicht den Anweisungen der Bezirksregierung gebeugt hat und trotz Auflagen die Auszahlung von z.B. den sog. freiwilligen Leistungen nicht gestoppt hat. Die SPD hat in Braunschweig zur Durchsetzung dieser reaktionären Politik ein Bündnis mit der CDU für die nächsten Jahre gebildet, obwohl sie auch mit den Grünen eine rechnerische Mehrheit hätte. (vgl. dazu den Kasten: Haushalt 89)

Gegen diese Politik wächst der Widerstand. Es hat sich eine Initiative gegen Haushaltskürzungen gebildet, die bisher im Juni und August Protestkundgebungen durchgeführt hat und zur Einbringung des Haushalts 1989 am 18.10. eine Demonstration durchführen will. Die ÖTV hat gegen die „Rasenmäherpolitik“ gegenüber den Beschäftigten bei der Stadt protestiert. Daraufhin wurde diffe-

renziert und „sachgerecht“ weitergekürzt. Die Kommunalpolitische Konferenz hat am 25.8. ihre 3. Tagung durchgeführt, um den Widerstand politisch zu stärken. Die Konferenz versteht sich als kommunalpolitisches Oppositionsbündnis, in welchem die DKP, (ein Teil) der Grünen, die Demokratischen Sozialisten, der BWK, die AfK und verschiedene Initiativen mitarbeiten. Die autonomen und anarchistischen Kräfte sind nicht beteiligt. Es soll versucht werden, regelmäßig ein kommunalpolitisches Nachrichtenblatt zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten herauszugeben. Auf der Konferenz wurde ein Protestbrief an die Ratsfraktionen verabschiedet, in welchem u.a. eine 15%ige Gewerbesteuererhöhung, die Einbehaltung der Gewerbesteuerumlage, die an das Land gezahlt wird, und ein Hearing gegen Leistungssabbau und Verelendung gefordert wird. Diese Forderungen wurden entwickelt, um die politischen Positionen von CDU und SPD auch praktisch anzugreifen. Gegen die Politik der Verelendung eines wachsenden Teils der

Bevölkerung, gegen die Ausgrenzung von öffentlichen Leistungen z.B. durch Gebührenerhöhungen, gegen die Überlastung von Beschäftigten z.B. durch Stellenabbau und gegen die Kürzung von unverzichtbaren kommunalen Leistungen z.B. durch Kürzung der Zuschüsse an Einrichtungen soll das Hearing die Betroffenen und deren Organe und Institutionen mobilisieren. Außerdem soll aufgezeigt werden, wo schon jetzt unvertretbare Versorgungsdefizite bestehen. Gegen die Volksgemeinschaftsideo logie, „die Stadt“ sei Opfer der Eingriffe durch Bund und Land und müsse sich diesem Diktat fügen, soll einerseits die Forderung nach einer begrenzten Gewerbesteuererhöhung von 15% (ca. 17 Mio. DM Mehreinnahmen) dienen, die einen städtischen Finanzspielraum auch mit den Kürzungen von Bund und Land aufzeigt. Außerdem müssen bei der Gewerbesteuererhöhung sinnvollerweise gerade die Großkonzerne am meisten zahlen, da für sie das kommunale Leistungsangebot bereitgehalten wird. Andererseits soll die Einbehaltung der Ge-

werbesteuerumlage gegen die fruchtlosen Appelle insbesondere der SPD an die Landes- und Bundesregierung nach mehr Finanzmitteln für die Kommunen entsprechenden Forderungen auch praktisch Nachdruck verleihen. Darüberhinaus sollen Beschlüsse in die Ratssitzungen eingebracht werden, u.a. gegen die Abschaffung der Gewerbesteuer. Schließlich sollen die immer weitergehenden Eingriffe der Bezirksregierung zurückgewiesen werden.

In den letzten Monaten ist insbesondere die DKP stärker in die kommunalpolitische Arbeit eingestiegen. Differenzen gab es besonders in Hinblick auf die Beurteilung der SPD, die „Schaffung von Arbeitsplätzen“, auf den neuen Slogan „Braunschweig - Drehscheibe zwischen Ost und West“ und inwieweit massive Forderungen an den Rat zu richten sind, um der Volksgemeinschaftsideo logie entgegenzutreten. Dennoch konnte mit dem Brief ein vertretbarer Kompromiß gefunden werden. Einigung besteht darin, die Gewerkschaften gegen die reaktionäre Kommunalpolitik von CDU und SPD zu gewinnen. — (iss)

Haushaltsentwurf 1989 Gewerbesteuerforderung

Nach dem Haushaltspunkt der Verwaltung sind für 1989 geplant: Erhöhung der Getränkesteuer um 10%, Fahrpreiserhöhungen um 10%, Badepreiserhöhungen um bis zu 14%, Kitaentgelte (nochmal) um 10%, Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen um 20% beim Frauenhaus, bei Jugendverbänden, ausländischen Arbeitnehmern, Wohlfahrtsverbänden u.a., bei Lehrmitteln (nach 10% 1988) um 50% (!), bei der Erwachsenenbildung um 10% uam. Die Personalkosten sollen bei der Stadt nach 3,5 Mio. DM 1988 nun nochmal um 0,5 Mio. DM gekürzt werden, obwohl durch den niedrigen Tarifabschluß 1989 über 4 Mio. DM eingespart werden. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Aufgabenüberprüfung liegen noch nicht vor. Sie sollen in einigen Monaten zusätzlich eingebracht und durchgesetzt werden. Laut Anweisung durch den Oberstadtdirektor sollen Einsparvorschläge von rund 20 Mio. DM jährlich gemacht werden. Diese Maßnahmen treffen um so härter, da z.B. die Personalkostenanteil am Verwaltungshaushalt durch Stellenkürzungen und Rationalisierungen seit Mitte der 70er Jahre schon von 40% auf 29% (1988) gedrückt wurde (1989 auf 28%), Steuern, Gebühren und Entgelte und die meisten Zuschüsse schon 1982 um 20% gekürzt und danach preisbereinigt weiter gesenkt wurden.

Wegen der „Ausgewogenheit“ soll nach dem Verwaltungsvorschlag 1989 auch die Gewerbesteuer um ganze

2,5% erhöht werden, nachdem sie 1988 um 1,28% erhöht wurde. Der Anteil des Gewerbesteueraufkommens am Gesamthaushalt ist in Braunschweig von ca. 35% (1960), 25% (1970), 18% (1980) auf 11% (1986) gefallen. 1980 mußten die Gewerbebetriebe 132 Mio. DM Gewerbesteuer zahlen, 1987 nur 100 Mio. DM und 1988 werden es voraussichtlich 117 Mio. DM sein. Die Entlastung durch Bundesbeschlüsse beträgt gegenüber 1975 ca. 30 Mio. DM pro Jahr. Die Rücknahme dieser Entlastung durch eine entsprechende Erhöhung des Hebesatzes würde eine Erhöhung um 25% bis 30% erfordern, d.h. eine Erhöhung des Hebesatzes von derzeit 395% auf ca. 520%. Durch die Forderung der Konferenz

nach 15%iger Anhebung würde nur das absolute Gewerbesteueraufkommen von 1980 wieder erreicht. Da nur 1/4 aller registrierten Betriebe überhaupt Gewerbesteuer zahlen und nur 1% der registrierten Betriebe, nämlich 111, über 73% des gesamten Gewerbesteueraufkommens tragen, trifft die Erhöhung die richtigen. Diese 111 Betriebe sind mit überwiegend mehr als 50 Beschäftigten schon keine Handwerksbetriebe mehr, sondern Industriebetriebe. Schließlich zahlen die 15 größten Betriebe allein etwa die Hälfte der Gewerbesteuer. (vgl. Tabelle)

Eines der Hauptargumente von Seiten der Kapitalisten gegen die Erhöhung der Gewerbesteuer ist die angeblich unzumutbare Belastung durch die Gewerbesteuer. Wir haben als Beispiel die Stadtwerke Braunschweig gewählt, um die „Belastung“ durch die Gewerbesteuer zu ermitteln. Die Stadtwerke haben 1983 einen Gewinn von 20 Mio. DM ausgewiesen und dafür vorher Gewerbesteuer in Höhe von 2,57 Mio. DM gezahlt, hatten also eine Steuerbelastung aus der Gewerbesteuer von 11,5% auf den ausgewiesenen Gewinn. Damit liegt die Gewerbesteuerbelastung weit unter der Lohnsteuerbelastung für Arbeiter und Angestellte. Während die Steuerprogression jährlich zu einer mehrprozentigen Höherbelastung für den Arbeiter führt, gilt dies für die Großunternehmen in Bezug auf die Gewerbesteuer nicht. Selbst eine 15%ige Erhöhung würde somit die Steuerbelastungsquote für die Stadtwerke nur um 1,3% auf 12,8% erhöhen.



Mit der Verelendung wachsen die kommunalen Versorgungsaufgaben.

VW: Proteste gegen Verlagerung

Hannover. Der VW-Konzern will alle Bereiche des Nutzfahrzeugbaus in Hannover konzentrieren. Die Vertriebsabteilung wird von Wolfsburg nach Hannover verlagert, die 100 Beschäftigten sollen mit umziehen. Diese legten aus Protest am 31.8. für eine Stunde die Arbeit nieder. Dagegen prägt der Konzern *Standortbewußtsein* — Betriebsrat Mander (Wolfsburg): „Die Argumente der Betriebsleitung erscheinen uns nicht stichhaltig.“ Betriebsrat Wimpert (Hannover): „Wir fordern den Vertrieb seit Jahren.“ — (rog/mal, AGM)

Reha-Streik: Tarifvertrag!

Bad Honnef. Die ÖTV-Kreisverwaltung Siegburg gab am 2.9.88 eine Pressemitteilung zum Streik in der Reha-Zentrum Hohenhonnef GmbH heraus: „... in der Nacht vom 1. auf den 2. September 1988 wurden die Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages für die Beschäftigten der Reha-Zentrum Hohenhonnef GmbH vorerst abgeschlossen. Beide Parteien haben vereinbart, nach

Durch die Einführung eines Schiffs-Zweitregisters in der Bundesrepublik wollen die Regierungsparteien ermöglichen, daß ausländische Seeleute zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Heimatländer auf bundesdeutschen Schiffen beschäftigt werden. Diese Seeleute erhalten dann nur noch 30 bis 40 Prozent des derzeitigen Lohns der Manschaftsangehörigen. Damit wären die Löhne auf das Niveau gedrückt, wie es die Reeder durch Ausflaggen in Billiglohnländer erreichen. Bild: Protest gegen diese Pläne. — (gba)



einer am 15.9.1988 ablaufenden Erklärungsfrist den Tarifvertrag zu unterschreiben. Wir sind mit dem Verlauf der Verhandlungen zufrieden und werden unseren Mitgliedern empfehlen, das Verhandlungsergebnis in der für die nächste Woche angesetzten Urabstimmung anzunehmen. ...“

Beschlossen wurden ein Manteltarifvertrag und ein Rationalisierungsschutztarifvertrag. Ein Vergütungstarif muß noch vereinbart werden, gemeinsam festgelegt ist aber, daß die Vergütung dem Bundesangestelltentarif im kommunalen Bereich gleichkommen soll. — (gba)



Am 4.9. demonstrierten mehrere hunderttausend Menschen — einige Zeitungen sprechen von bis zu 400000 — in der chilenischen Hauptstadt Santiago gegen die Diktatur, gegen die erneute Kandidatur Pinochets und für das „Nein“ beim sogenannten Plebisit am 5.10. Aufgerufen hatten fast alle oppositionellen Parteien und die Gewerkschaften. Obgleich die chileische Diktatur vor der Weltöffentlichkeit verkündet hatte, Demonstrationen zuzulassen, griffen Polizei- und Militäreinheiten mit Wasserwerfern und Tränengas die Demonstration an. Über 260 Demonstranten wurden verhaftet, fünf schwer verletzt. Auch in anderen Städten Chiles fanden Demonstrationen statt, z.B. in Arica trotz Verbots durch den Bürgermeister. — (sie)

Siemens-Hofmannstr. reduziert Belegschaft

München. In der IG-Metall-Zeitung vom 2. September wird auf der Lokalseite der Verwaltungsstelle München darüber berichtet, daß die Betriebsleitung am Siemens-Standort Hofmannstr. — bestens bekannt durch die Bespitzelung der Beschäftigten bei Einstellungen und Versetzungen — im nächsten Jahr 1100 Arbeiter und Angestellte aus dem Bereich Entwicklung von Fernsprechendgeräten entlassen und diesen Bereich nach Nordrhein-Westfalen verlagern will. Der Betriebsrat verlangt dagegen Maßnahmen zur Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen. — (dil)

IG Metall Essen: Gegen Blüms Arbeitszeitgesetz

Essen. Auf Antrag des Vertrauenskörpers von Krupp Widia hat die Vertreterversammlung der IGM am 6.9. einstimmig einen Brief an Bundesarbeitsminister Blüm verabschiedet, in dem sie gegen den Regierungsentwurf zum Arbeitszeitgesetz protestiert. Die Vertreter wenden sich gegen die Einführung von Nachtarbeit für Arbeiterrinnen, gegen die Ausweitung der Sonntagsarbeit und gegen die geplanten Mehrarbeitsregelungen. Abschließend heißt es: „Wir fordern Sie auf, den Gesetzentwurf zurückzuziehen und den Forderungen der DGB-Gewerkschaften zur Arbeitszeit nachzukommen: Die Nachtarbeit muß für alle eingeschränkt und nicht aus-

gedehnt werden! Samstag darf kein Regelarbeitstag sein! Das Sonntagsarbeitsverbot muß beibehalten werden! Die gesetzliche tägliche Arbeitszeit muß auf 8, die wöchentliche auf 40 Stunden beschränkt werden!“ — (wof)

Sonntagsarbeit: Aufruf zum Widerstand

Stuttgart. Die Dekanatskonferenz des katholischen Dekanats Bad Cannstatt führte im SEL-Kabelwerk in Stuttgart-Zuffenhausen Gespräche über die Einführung der Sonntagsarbeit in der Glasfaserproduktion. Der zuständige Dekan gab folgende Erklärung ab: „Wir haben den Eindruck, daß vornehmlich wirtschaftliche Gesichtspunkte zum Antrag auf Ausnahmegenehmigung vom Verbot der Sonntagsarbeit durch die SEL-Geschäftsleitung geführt haben. Solange dieser Eindruck nicht eindeutig widerlegt ist, widersprechen wir der Einführung der Kontischicht bei SEL, wie bei IBM.“ — (ros)

ÖTV gegen Aids-Zwangstests

Stuttgart. Die ÖTV lehnt Aids-Zwangstests bei Krankenhausbeschäftigen in Bereichen mit erhöhter Infektion ab. Die Tests böten keinen praktischen Schutz und gaukelten als „Momentaufnahme“ den Testpersonen bei negativen Ergebnis eine Scheinsicherheit vor. Statt dessen fordert die ÖTV sachgerechte Aufklärung und das Bereitstellen ausreichender Schutzkleidung und -mittel. — (gba)

Zentrale Erfassungsstelle

Auflösung ist überfällig! — Stadtrat wäre dafür.

Die „Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter“ wurde im November 1961 eingerichtet, um „in Ostberlin und in der SBZ begangene Gewaltakte festzuhalten und dafür Sorge zu tragen, daß sie zu gegebener Zeit gesühnt werden können“ (siehe Dokument). Zu Recht betrachtet die Regierung der DDR die Erfassungsstelle als „völkerrechtswidrige Einrichtung, die unter Zugrundelegung der Alleinvertretungsanmaßung der westdeutschen Bundesrepublik und der Ausdehnung der westdeutschen Gerichtshoheit Bürger der Deutschen Demokratischen Republik wegen der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Staatsbürgerrechte widerrechtlich verfolgt“ (aus: Informationspapier der Zentralen Erfassungsstelle). Bis Mitte 1988 wurden u. a. 4363 „Tötungshandlungen“ und 27048 „Verurteilungen aus politischen Gründen“ registriert.

— Mitten im „Sommerloch“ brachte eine erfreuliche Nachricht die Reaktionäre zum Schäumen: Der Rat der Stadt Salzgitter habe in einem Kommuniqué anlässlich der geplanten Partnerschaft mit der Stadt Gotha (DDR) die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle gefordert. Der Staatssekretär im „innerdeutschen Ministerium“, Ottfried Hennig (CDU): „Es ist eine Entscheidung, die nicht im Interesse der Deutschen liegt. Sie ist vom Kleingeist des Wandels durch Anpassung geprägt. Es darf im grundsätzlichen keine Nachgiebigkeit geben. Wenn sich jemand wandeln muß, wenn sich jemand annähern muß, dann ist es das Regime ‚drüben‘.“ Das reaktionäre Blatt „Die Welt“ kommentiert in der gleichen Ausgabe (1.8.88): „Die Begründungen dafür aus Salzgitter klingen abenteuerlich. Einerseits wurde beteuert, man habe der Forderung aus Gotha in dem Wissen zugestimmt, daß man für die Erfassungsstelle ohnehin nicht zuständig sei. Eine andere Begründung lautete, Salzgitter wolle ‚Außenpolitik von unten‘ betreiben. So plump hat noch niemand Grundsatzpositionen aufgegeben. Die CDU sollte sich aufraffen, zu diesem unwürdigen Spiel Stellung zu beziehen, und im Rat gegen eine so gestaltete Partnerschaft stimmen. Und die Aufsichtsbehörde sollte durchgreifen. Neben-, Außenpolitik“ der SPD gegenüber einem Gebiet, das für uns kein Ausland ist — den Anfängen muß gewehrt werden.“

Die Bezirksregierung Braunschweig erklärt Anfang August in Absprache mit der CDU-Landesregierung, daß die „Zentrale Erfassungsstelle“ nicht zum Wirkungskreis der Stadtverwaltung gehöre. Der Regierungspräsident beabsichtige, den Vertrag für „rechtswidrig“ zu erklären, wenn er am 21. September 1988 in Salzgitter in Anwesenheit einer Gotha-Delegation im Rahmen einer Sondersitzung des Rates unterzeichnet werden sollte.

Obwohl die SPD-Ratsfraktion sofort ankündigt, sie wolle alle rechtlichen Schritte gegen eine etwaige Beanstandung unternehmen, geraten die Stadt Salzgitter und die SPD-Ratsmehrheit deutlich unter Druck. Die Stadt weist noch einmal darauf hin, daß die Partner des Städtevertrags an keiner Stelle die Forderung nach Auflösung der Erfassungsstelle erhoben hätten. Es heiße in der strittigen Passage lediglich: „Beide Seiten treten für die Fortsetzung des Entspannungsprozesses ein; in diesem Zusammenhang wäre auch die Auflösung der ‚Zentralen Erfassungsstelle‘ ein weiterer Schritt zur allgemeinen Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen. (...) Die Stadtverordnetenversammlung Gotha begrüßt und unterstützt den vom Rat der Stadt Salzgitter gefaßten Beschuß zur Erfassungsstelle.“

Die hier angesprochene Resolution sei gefaßt worden, als noch kein DDR-Partner für Salzgitter in Sicht gewesen sei, nämlich im August 1987 (siehe Dokument).

Erst am 26.2.1988 habe die Stadt Salzgitter ein Schreiben des Leiters der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn erhalten

ten, in dem mitgeteilt wurde, daß sich Gotha für eine Partnerschaft mit Salzgitter interessiere.

— Inzwischen hat der Stadtrat am 31. August in einem kurzfristig gesplitteten Ratsbeschuß zwar mit den Stimmen der CDU-Fraktion einstimmig die Partnerschaft mit Gotha beschlossen, der am 8. Juli 1988 in Gotha paraphierte Text einschließlich Protokollnotiz wurde allerdings nur mit den Stimmen der SPD und des Ratsmitglieds der Grünen angenommen. Und trotz einer bereits ausgearbeiteten Erklärung, die der Oberbürgermeister anlässlich der Ratifizierung abgeben will, die der Landes- und Bezirksregierung stark entgegenkommt, muß weiterhin mit der förmlichen Beanstandung durch die Kommunalaufticht gerechnet werden.

— Die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle ist eine der „Geraer Forderungen“, die der Staatsratsvorsitzende Honecker 1980 seitens der DDR als Bedingung für eine Normalisierung der Beziehungen zur BRD erhoben hat. Es ist günstig, wenn die Stadt Gotha diese in Zusammenhang mit der Städtepartnerschaft vertritt. Der Beschuß des Stadtrats von Salzgitter ist trotz der Einbettung in die „Entspannungspolitik“ nützlich, da die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle ohne Vorleistungen der DDR angestrebt wird — wenn auch mit allerlei Folgehoffnungen. Nicht umsonst steht seitens der Bundes- und Landes-SPD sowie der SPD-geführten Bundesländer und Stadtstaaten anscheinend kaum jemand der SPD Salzgitter zur Seite (durch Einstellung von Zahlungen ist die Arbeit der Erfassungsstelle nicht zu gefährden). Die politische Opposition in Niedersachsen wird sich in Hinblick auf die Landtagswahlen 1990 etwas einfallen lassen müssen. — (mio)

Resolution des Rats der Stadt Salzgitter, Aug. 1988

„Der Rat der Stadt Salzgitter unterstützt die Bemühungen um die Fortentwicklung der Friedens- und Entspannungspolitik. Er sieht den Besuch des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker als eine gute Gelegenheit an, weitere Erleichterungen für die Menschen in beiden deutschen Staaten zu erreichen. Die Stadt Salzgitter möchte durch eine Partnerschaft mit einer Stadt in der DDR dazu beitragen. Der Rat der Stadt Salzgitter bedauert, daß es nicht zu einem Einvernehmen der Bundesländer über die Zukunft der Zentralen Erfassungsstelle gekommen ist. Er würde es begrüßen, wenn diese Behörde aufgelöst würde. Allerdings verbindet er damit die Erwartung, daß auch die DDR ihrerseits den Entspannungsprozeß fortsetzt.“

Erlaß des nds. Justizministers zur „Erfassungsstelle“

„Errichtung einer Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen“ (AV d. Nds. MdJ v. 15.11.1961 — 4010 III A 2. a 6 — 602/61; Nds. Rpfl. S. 263)

1. Die Justizminister und -senatoren der Bundesrepublik sind in ihrer Sitzung vom 25. - 27.10.1961 übereingekommen, bei einer Staatsanwaltschaft der Bundesrepublik eine Stelle zu schaffen, deren Aufgabe es ist, die im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen der letzten Monate in Ostberlin und in der SBZ begangenen Gewaltakte festzuhalten und dafür Sorge zu tragen, daß sie zu gegebener Zeit gesühnt werden können. Das Land Niedersachsen ist gebeten worden, eine solche Stelle einzurichten. (...)

3. Die Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen wird der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht Braunschweig angegliedert ...

4. Aufgabe der Z. E. ist es, die im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen der letzten Monate, insbesondere seit dem 13.8.1961 in Ostberlin und der SBZ begangenen Gewaltakte, für deren Verfolgung keine örtliche Zuständigkeit in der Bundesrepublik und Westberlin besteht, zu erfassen, das darüber vorhandene Material zu sammeln und die zugänglichen Beweise — soweit erforderlich — zu sichern.

5. Soweit bei der Z. E. Vorgänge anhängig werden, für die eine örtliche Zuständigkeit (...) gegeben ist oder sich später ergibt, werden die Vorgänge an die zuständige Staatsanwaltschaft abgegeben ...“

Ausstellung

Kinderbücher aus fünf Jahrhunderten

Die Ausstellung „Die Bildwelt im Kinderbuch“ in Köln wird bis zum 11. September gezeigt. Es ist zu wünschen, daß sie später auch in anderen Städten zu sehen ist.

Die Vorläufer der Kinderbücher waren ABC-Tafeln, durch die die Kinder die Bibel lesen lernen sollten. Nach und nach wurden sie mit Bildern versehen, damit die Kinder sich die einzelnen Buchstaben leichter merken konnten. Neben dem A fanden sie also das Bild eines Affen. So entstanden die ersten Fibeln. Sonstiger Lesestoff für Kinder war selten. Sie bekamen Texte, die eigentlich für Erwachsene waren. Aus Fabeln sollten sie lernen, wie man sich im Leben richtig verhält, was gut und was schlecht ist. Zusammen mit Geschichten, in denen Tiere sich wie Menschen verhalten, erhielten sie eine ausdrückliche Belehrung, was sie tun und lassen sollten. Die beiden Abbildungen unten rechts zeigen einen mittelalterlichen Holzschnitt von Äsop, einem griechischen Sklaven, der die erste bekannte Fabelsammlung veranstaltete, weiter eine Illustration zu der Geschichte vom Fuchs und dem Raben. Der Fuchs schmeichelt dem

Raben wegen seiner schönen Stimme und erreicht, daß dieser einen Käse fallen läßt.

Das erste Buch, das mit Absicht für Kinder geschaffen wurde, war der „Orbis pictus sensualium“ von Johann Amos Comenius. Der Titel wurde von ihm übersetzt als „Die sichtbare Welt“. Das Buch erschien vor 330 Jahren und enthielt in deutscher und lateinischer Sprache Erklärungen zu Abbildungen von Pflanzen, Tieren, Gebräuchen, Wissenschaften, Techniken und Sitten der Menschen. Die Abbildung unten links zeigt einen Lehrer mit seinem Schüler, den er mit Gott lehren will, klug zu sein. Die Abbildung auf der folgenden Seite oben stammt ebenfalls aus diesem Buch und zeigt Kinderspiele, die zum großen Teil heute noch gespielt werden.

Ein Verdienst der Ausstellung ist, daß sie viele Bücher in zahlreichen Ausgaben mit unterschiedlichen Illustrationen zeigt, die zum Vergleichen einladen. Zum Teil kann man Bücher aus verschiedenen Ländern ansehen. Man gewinnt den Eindruck, daß wirklich lustige Kinderbücher mit respektlosen Illustrationen früh und vielfältig nur in

England gemacht wurden.

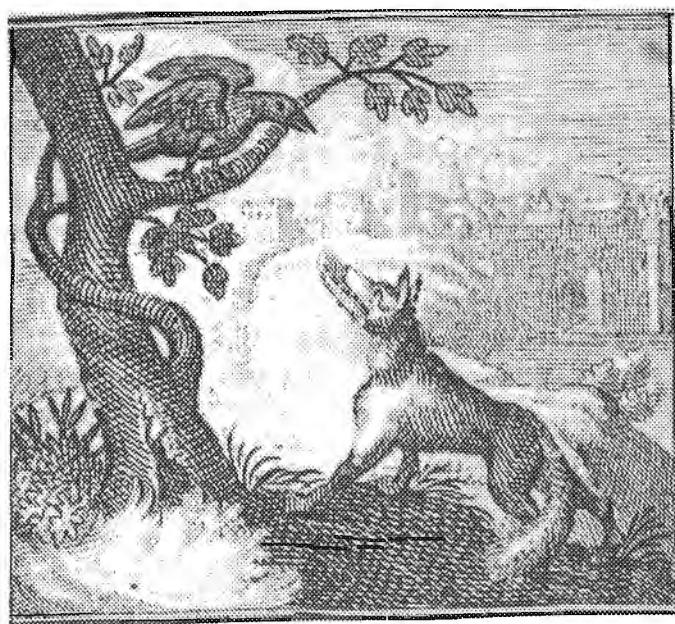
Viel Platz ist den Abenteuerbüchern gewidmet, die zunächst für Knaben geschrieben wurden. Die für passend gehaltene Literatur für Mädchen ist ebenfalls dokumentiert. Sie beweist eindrucksvoll, daß eine unterschiedliche Erziehung und Zurichtung für gesellschaftliche Aufgaben mit Hilfe des Lestoffs gefördert werden sollte. Breit belegt sind auch die Werke, durch die Kinder und Heranwachsende religiös beeinflußt werden sollten und ihre Moralvorstellungen auf den Rahmen des christlich Zulässigen beschränkt und festgelegt werden sollten und sollen.

Aus der neueren Zeit sind hervorzuheben Kinderbücher aus der Zeit des Faschismus, die die Kinder direkt für die Kriegsziele der deutschen Imperialisten einnehmen sollten. Man findet Titel wie „Vater zieht ins Feld“. Einfluß auf die Auffassungen der Kinder und Jugendlichen sollten auch Sammelalben mit Uniformen oder Darstellungen des Treibens der Imperialisten in den Kolonien nehmen.

Die Ausstellung vermittelt einen guten Eindruck von der Entwicklung der Herstellungstechnik der Bücher. Die ersten Bilderbücher waren teuer und nur den Kindern der Begüterten vorbehalten. So weit sie farbig waren, wurden die Drucke von Hand koloriert. Etwas billigere Ausga-

ben waren schwarzweiß und konnten von den Kindern ausgemalt werden.

In der Ausstellung selber findet man keine erläuternden Texte, was das Zurechtfinden etwas schwierig macht, auch wenn ein Verzeichnis mit dem Titel und Erscheinungsdatum aller Bücher zur Verfügung gestellt wird. Dennoch hat die Ausstellungsleitung Möglichkeiten gefunden, in knappster Form durch Überschriften über einzelnen Schaukästen ihre Ablehnung einzelner Produkte zum Ausdruck zu bringen. Was soll man davon halten, wenn die Volksrepublik China, in der es gewiß viele Kinderbücher gibt, ausschließlich mit einigen mageren Beispielen von „Propagandaheftchen“ für das westliche Ausland vertreten ist. Dies kann nur abschreckend wirken. Auch die Auswahl von russischen und sowjetischen Kinderbüchern ist dazu angetan, eine bestimmte Beurteilung der Kinderbuchproduktion zu erzeugen. Freundlich und ausführlich behandelt werden sowjetische Künstler, die Kinderbücher illustrieren, wenn sie emigriert sind. Ansonsten herrscht der altrussische Stil. Bücher, in denen Lenin oder Stalin vorkommen, fallen sowieso unter „Personenkult“. Und die Erziehung zur Wachsamkeit gegen den Kapitalismus in neuester Zeit wird abgetan als übertrieben „revolutionär in friedlicher Zeit“. — (anl)





Interview mit ORWI

Über die Herrschaft der Mullahs in Iran

Nachdem die „Politischen Berichte“ in 13/88 ein Interview mit der Guerillaorganisation der Volksfedayin Irans veröffentlichten, drucken sie in dieser Ausgabe ein Interview mit der Organisation der revolutionären Arbeiter des Iran (ORWI) ab. Beide Organisationen arbeiten zusammen. Das Interview wurde bereits vor Abschluß des Waffenstillstandes zwischen Iran und Irak geführt und kann deshalb auf die aktuellste Entwicklung nicht eingehen. — (scc)

Die ORWI (Organisation of Revolutionary Workers of Iran — Organisation der revolutionären Arbeiter des Iran) wurde am 24.6.1979 unter dem Namen ihres Zentralorgans „Rahe Kargar“ („Arbeiterweg“) gegründet. Sie entstand aus drei marxistischen Zirkeln, die sich in den Gefängnissen des Shah-Regimes entwickelt hatten, und zwar sowohl in Opposition gegen die von der Tudeh-Partei vertretene Strömung, gegen die „Guerilla-Strömung“, repräsentiert vor allem von den Volksfedayin, und gegen den Maoismus und seine „Drei-Welten-Theorie“.

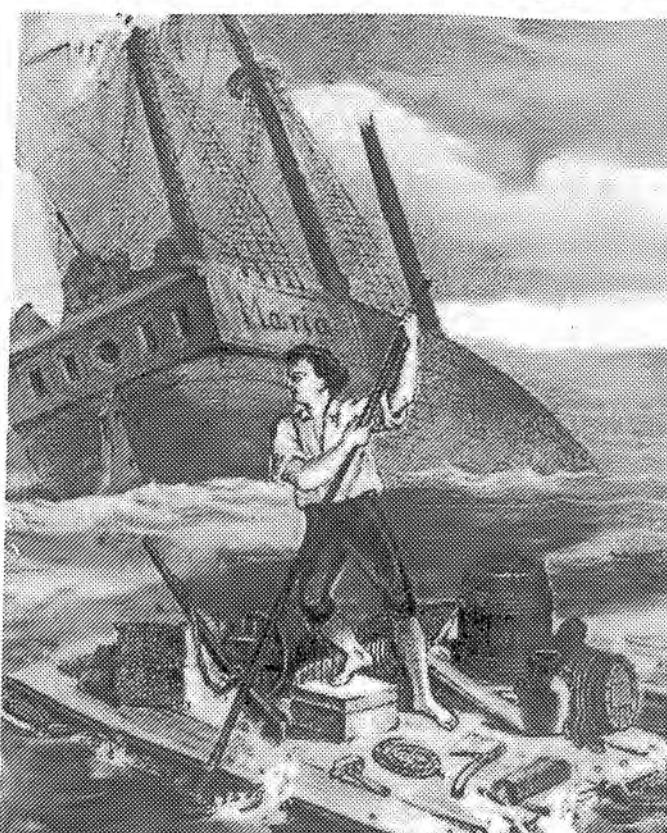
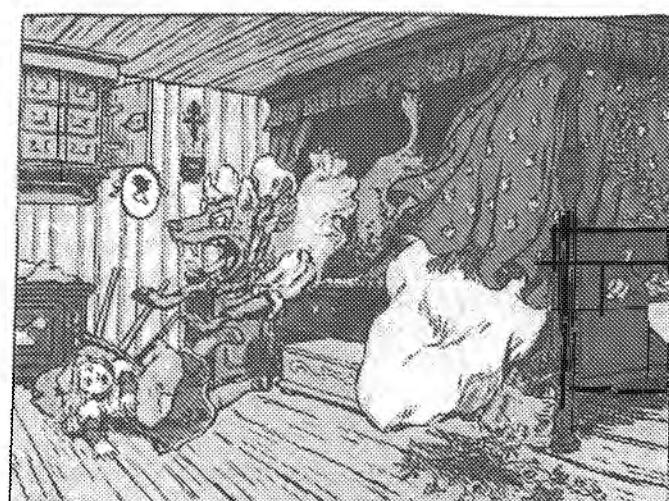
Als eine der ersten hat „Rah-e-Kargar“ das Scheitern der Revolution festgestellt, da das religiöse Herrschaftssystem („Velayat-e-Faghih“) unter der Führung Khomeinis ungeachtet aller Differenzen mit dem Imperialismus und der Bourgeoisie reaktionär und antidemokratisch ist. Die Ziele der Revolution könnten nicht in Koalition mit dem Klerus erreicht werden, sondern nur durch den Sturz seiner Herrschaft. Dazu war die Gründung einer demokratischen Front unter der Führung der linken Organisationen nötig. Eine solche Front ist wesentlich durch die destruktive Rolle der Tudeh-Partei und der Mehrheit der Führung der Volksfedayin-Organisation verhindert worden, die mit dem Regime kollaborierten. Auf der Basis ihrer Kritik am Populismus, der die linke Bewegung des Iran beherrschte, bemühte sich die ORWI in der Folgezeit um die Schaffung organischer Beziehungen zur iranischen Arbeiterklasse, um sie zu organisieren. Obwohl wir seitdem einen hohen Preis dafür bezahlen mußten, haben wir viel Erfolg gehabt, dennoch liegt noch ein langer Weg vor uns. Mittlerweile geben wir eine Reihe von Publikationen heraus, darunter unser Zentralorgan „Rahe Kargar“ in englischer und persischer Sprache. Außerdem verfügen wir über einen Radiosender — Sedaye Kargar (Arbeiterstimme) —, der im ganzen Iran empfangen werden kann.

Unsere Organisation hat das Regime von Anfang an als reaktionär und bonapartistisch bezeichnet. Es kam als Folge der Lähmung des Klassenkampfes an die Macht und hält unter diesen Bedingungen seine Herrschaft aufrecht. Die herrschende Geistlichkeit als „regierende Kaste“ hat die Schlüsselpositionen in der Hand und versucht, religiöse Werte wieder einzuführen, um ihre Position zu stärken. Sie versucht, eine Situation der völligen Herrschaft durch das islamische Recht (Feghh) herzustellen. Ein derartiger Status stärkt die Position der Bourgeoisie gegenüber dem Proletariat und den anderen schwer arbeitenden Massen auf reaktionärste Art und Weise.

*

Frage: Die Anzeichen mehren sich, daß sich der acht Jahre andauernde, äußerst blutige Krieg zwischen Iran und Irak seinem Ende nähert. Der Iran hat der Resolution des UN-Sicherheitsrates 598, die er bisher nicht akzeptiert hat, am 18.7. zugesagt. Treffen Berichte zu, daß das islamische Regime wachsende Schwierigkeiten hatte, für den Krieg zu mobilisieren, daß der Widerstand gegen den Krieg zugenommen hat und daß darin der Hauptgrund dafür liegt, daß der Iran eine Beendigung des Krieges anzustreben scheint?

ORWI: Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir



Illustrationen von oben nach unten: Kinderspiele (1698), Rotkäppchen, Robinson Crusoe (1885)

uns zuerst darüber im klaren sein, warum dieser Krieg ausgebrochen war. Dazu verschiedene Angaben für beide Seiten:

1) Infolge der internationalen wirtschaftlichen Krise war Iran seit 1975 ebenfalls in eine wirtschaftliche Krise geraten, die bis zur Revolution 1979 dauerte und auch für die islamische Regierung nicht lösbar schien. Daher bedeutete der Krieg für beide Seiten — insbesondere für den Iran — die Möglichkeit, die Krisenstimmungen der Bevölkerung nach außen abzuleiten in der Hoffnung, durch einen Sieg die innere Krise zu lösen.

2) Eine sehr wichtige und immer wieder betonte Parole Khomeinis war die vom „Export der Revolution“. Sie haben angefangen, fanatische islamische und besonders schiitische Gruppierungen zu unterstützen, um für das Ziel eines — wie sie sagen — „Internationalen einheitlichen Islamischen Staates“ zu kämpfen. Wenn wir beachten, daß die Mehrheit der Bevölkerung im Irak Schiiten sind, können wir verstehen, warum Khomeini (und die Islamische Regierung) viele Hoffnungen auf die Unterstützung eines — wie er mehrmals gefordert hat — Aufstandes der Schiiten im Irak gesetzt hatte.

Im Irak herrscht ein laizistisches Regime.

Die Heilige Stadt Nadjaf (im Irak) ist das Zentrum des geistlichen Studiums für schiitische Mullahs (ungefähr so wie Rom für Katholiken). Nach der Revolution hat sich Khomeini zum obersten und einzigen Führer und Oberbefehlshaber der Schiiten ernannt. Damit meinte er, daß alle Mullahs seine Befehle in politischen Angelegenheiten ausführen müßten. Dies ist ihm natürlich nicht gelungen. Er stieß auf den Widerstand der Mullahs nicht nur im Ausland, wo er sich besonders viele Hoffnungen gemacht hatte, sondern auch im Iran, z.B. bei Ajatollah Schariatmadari. Im Irak ist ihm nur ein nicht bedeutender Mullah, M. Baghersadr, der aber einige fanatische Schiiten gegen die ungläubige Baath-Partei organisiert hatte, gefolgt. Dieser wurde von der irakischen Regierung verhaftet und ermordet.

Und wir erinnern an die Feindseligkeit zwischen Schiiten und Sunniten, die ungefähr genauso alt ist wie Erscheinung des Islam. Im Laufe der Geschichte haben viele Herrscher im Iran und im Osmanischen Reich diese alte Feindseligkeit benutzt, um die Bevölkerung für eigene Interessen aufzuhetzen. Das hat auch Khomeini gemacht, indem er einfache Leute für seine heiligen Kriege aufhetzte, um die Befreiung der Stadt Kerbela, wo der dritte Schiitische Imam begraben ist, zu erreichen.

3) Die islamische Revolution war für die westlichen Länder (den Imperialismus) nicht nur ein Schock; sondern sie konnten

sie auch lange Zeit danach nicht richtig verstehen und analysieren. Die wichtigsten Forderungen der Bevölkerung waren Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Unabhängigkeit. Die Arbeiterklasse hat mit ihren Streiks, besonders in der Ölindustrie, eine große Rolle gespielt. 80 000 amerikanische Militärberater mußten das Land verlassen, und alle amerikanischen militärischen Stützpunkte und ihre Abhörstationen wurden geräumt.

4) Für die Islamische Regierung bedeutete der Krieg Wiederaufbau der Armee und Stärkung der Unterdrückungsorgane „Revolutionsgarden“. Mit anderen Worten: Der Krieg brachte für die Islamische Regierung zusätzlich die Legitimation für die Unterdrückung des aufkommenden Widerstandes nach den ersten Revolutionsmonaten, besonders in Kurdistan. Im Irak war es ähnlich, sichtbar an der Unterdrückung der Kurden. Wenn der Irak nicht den Krieg angefangen hätte, wäre er mit großer Sicherheit vom Iran begonnen worden!

Jetzt zurück zu Ihrer Frage:

— Die wirtschaftliche Krise hat sich nicht beruhigt, sondern die Regierung ist kurz vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. Seit Monaten kann die Regierung Löhne und Gehälter nicht regelmäßig und vollständig auszahlen — trotz aller Kürzungen —, sonst ist sie bei der Beschaffung ihrer Waffen und Munition zahlungsunfähig. Seit ca. drei Monaten hat sie angefangen, alle ihre Einkäufe im Ausland auf Kreditbasis abzuwickeln. Viele Werke und Fabriken haben ihre Arbeiter entlassen und geschlossen, weil sie keine Halbfertigprodukte aus dem Ausland einführen können aufgrund der Devisenknappeit. Die Inflationsrate ist für viele lebensnotwendige Sachen auf bis zu 2000% gestiegen. Die Leute müssen alles verkaufen, was sie haben, und auch die von der Regierung subventionierten und rationierten Produkte verkaufen sie weiter, um leben zu können. Fast alle haben Nebenjobs, z.B. als private Taxifahrer, Zeitungs- oder Zigarettenverkäufer.

— Der Widerstand gegen den Krieg ist in der Bevölkerung und den Streitkräften stark. Viele Soldaten und auch ihre Kommandeure fliehen von der Front. Selbst die Kinder können jetzt nicht mehr aufgeholt werden.

Frage: Es scheint seit einiger Zeit, als ob die Entwicklung im Iran auf eine Krise hinsteuert, in der weder die Fortsetzung des Krieges noch ein Friedensabschluß ohne soziale Veränderungen als möglich erscheint. Unter welchen Voraussetzungen hält Ihre Organisation einen Frieden zwischen Irak und Iran für möglich, und welche Forderungen erheben Sie in bezug auf einen Friedensabschluß?

ORWI: Unsere Forderungen sind:

- Frieden ohne Annexion und Reparationszahlungen;
- Anerkennung des Rechts der Völker des Iran und der nationalen Minderheiten auf Selbstbestimmung;
- Anerkennung der UN-Resolution 598 (unter diesen beiden Bedingungen).

Frage: Unter der Diktatur des Schahs war die Abhängigkeit des Iran vom Imperialismus sehr stark. Das Land war in allen wesentlichen Bereichen von Importen vor allem aus den imperialistischen Ländern abhängig, bei Erzeugnissen des Maschinenbaus und der Kfz-Industrie z.B. zu 80%. Es gab praktisch keine eigenen iranischen großen Industrien, imperialistisches Kapital kontrollierte das Land. Der Kampf gegen den Imperialismus und gegen die Abhängigkeit vom Imperialismus war eine der großen Triebkräfte der iranischen Revolution, die zum Sturz des Schahs führte. Hat sich an den Verhältnissen, wie sie zu Zeiten des Schahs existierten, unter dem Regime der Islamischen Republik etwas Grundlegendes geändert?

ORWI: Es hat sich nichts geändert, obwohl die Mullahs politisch unabhängig vom Imperialismus sind; aber wirtschaftlich ist die Abhängigkeit noch größer geworden durch die Zerstörung der Landwirtschaft. Die iranische Revolution hat wieder gezeigt, daß keine antiimperialistische Bewegung in unserer Zeit ihre Ziele erreichen kann ohne Führung durch die Arbeiterklasse. Nicht die Arbeiterklasse hatte in der iranischen Revolution die Führung, sondern eine antidemokratische, religiöse Kaste.

Frage: Unter dem Schah war der Iran, um seine zahlreichen



Importe finanzieren zu können, vom Export des Erdöls extrem abhängig. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre jedoch begannen die Imperialisten den Druck auf die OPEC enorm zu verstärken. Ab 1979 drosselten sie ihre Erdölimporte, und die Preise begannen drastisch zu sinken. Welche Auswirkungen hatte diese imperialistische Politik auf den Iran? Wie entwickelten sich nach dem Sturz des Schahs die Einkünfte aus dem Erdöl? Anders ausgedrückt: Mit welchen Einnahmen konnte Iran rechnen, und wie hoch waren die Einnahmen aus dem Erdölexport in den 80er Jahren dann wirklich? Welche Auswirkungen hatte ihr Sinken auf den iranischen Staatshaushalt und auf das von der Islamischen Republik propagierte und vertretene Entwicklungskonzept zum Aufbau des Landes?

ORWI: Erstens: Die OPEC ist ein Ölkartell und nicht mehr. Der Erdölprix hängt wie der Preis jeder anderen Ware hauptsächlich von Angebot und Nachfrage des Marktes ab, d.h. er wird von der Situation der Weltwirtschaft bestimmt. Politische Ereignisse haben nur geringeren Einfluß darauf. Zum Beispiel ist der Dollarkurs wegen des Handelsdefizits der USA infolge der wirtschaftlichen Krise der Weltwirtschaft derartig gesunken (von etwa 3,30 DM auf 1,80 DM heute).

Zweitens: Seit Anfang des Krieges wurden die meisten Devisen zur Fortsetzung des Krieges und Beschaffung der Waffen verwandt. Seitdem wurden alle lebenswichtigen Artikel wie Reis, Zucker, Seife, Milch, Eier, Benzin, Heizöl usw. rationiert, und alle anderen Sachen wie z.B. Brot, Kartoffeln, Zwiebeln usw. sind knapp.

Zurück zu Ihrer Frage. Seitdem die Ölpreise im Jahr 1984 drastisch gesunken waren, war es natürlich für das Islamische Regime viel schwieriger geworden, einerseits die Waffen usw. für den Krieg zu beschaffen, andererseits die wachsende Unzufriedenheit und den Widerstand zu bekämpfen. Tausende Arbeiter wurden entlassen, Löhne und Gehälter wurden gekürzt usw. und viele andere Sparmaßnahmen getroffen.

Frage: War der Irak in ähnlicher Weise vom imperialistischen Druck auf die OPEC betroffen?

ORWI: Für den Irak war die Lage ähnlich, aber nicht so schwierig, weil er viel Unterstützung von Saudi-Arabien und anderen westlichen Ländern bekommen hat.

Frage: Die Politik des Imperialismus sollte die OPEC vernichten, den Zusammenschluß der ölexportierenden Staaten aufbrechen und hat das in hohem Maße auch erreicht. Welche Auswirkungen hatte die gesteigerte und vom Imperialismus immer weiter geschürte Konkurrenz zwischen den ölexportierenden Staaten auf das Verhältnis von Iran und Irak, ist sie eine der — vielleicht auch Haupt- — Ursachen des Krieges? Gab es auf Seiten des Iran und/oder des Irak Vorstellungen, nach dem teilweisen Zusammenbruch der OPEC die Ölquellen oder wenigstens einen Teil davon unter einheitliche, d.h. die eigene Kontrolle zu bringen?

ORWI: Diese Frage ist mit der vorletzten Antwort beantwortet.

Frage: Eines der früheren Hauptziele des islamischen Regimes war die Selbstversorgung mit Lebensmitteln, nachdem der Iran unter dem Schah stark von Nahrungsmittelimporten abhängig geworden war. Nach unserer Vorstellung hätte die Verfolgung dieses Ziels vor allem zweierlei bedeuten müssen: Erstens eine Landreform, mit der der Grundbesitz enteignet und das Land an die verteilt wird, die es bebauen; zweitens Schutzzölle gegen Nahrungsmittelimporte zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion im Lande selbst. Soweit uns bekannt ist, hat die Forderung nach Landreform in der iranischen Revolution eine größere Rolle gespielt. Wie hat sich das Regime den Forderungen der Bauern gegenüber verhalten, welche Maßnahmen zur Entwicklung der Selbstversorgung hat es überhaupt ergriffen?

ORWI: Nach der Revolution haben Bauern in Nord- und Westpersien, d.h. Torkaman Sahra und Kurdistan, große landwirtschaftliche Güter mit großen Agro-Industrien (Weizen, Baumwolle, Mais u.ä.) besetzt und mit Hilfe linker Organisationen, besonders der Volksfedayin, die kollektive Bebauung begonnen. Sie haben einen Rat gebildet, den Zentralrat der Torkaman Sahra.



Die Regierung hat das bekämpft, die ersten Kämpfe zwischen den Bauern und der Regierung fanden dort statt. Die Regierung hat das von den Bauern besetzte Land zum Teil verstaatlicht, zum Teil hat sie es an die Bauern verpachtet, zum Teil hat sie die Bauern auf dem Land gelassen. Das Parlament entscheidet jedes Jahr neu, ob diese Bauern auf dem Land bleiben können oder nicht. Die Bauern sind dadurch natürlich unsicher.

Ein Entwurf für ein Landreform-Gesetz war nach der Revolution ins Parlament eingebracht worden; er sah zum Teil vor, daß die Bauern das Land bekommen, die es bebauen. Obwohl dieser Entwurf im Laufe der Zeit geändert worden ist, so daß er seinen ursprünglichen Sinn ganz verloren hat, hat ihn die Mehrheit des Parlaments und das von Khomeini bestimmte Komitee, das überprüft, ob die Gesetze gegen das islamische Recht verstößen, immer abgelehnt. Viele Bauern sind vorher, aber gerade auch seit der Revolution in die Städte, besonders die großen Städte, geflüchtet. Zum Beispiel: Teheran hatte damals ca. sechs Millionen Einwohner und jetzt ca. zwölf Millionen. Ein Folge der Landflucht ist die große Arbeitslosigkeit in den Städten.

Alle Devisen wurden für Waffen und Kriegsmaterialien verwandt, so daß für den Import von landwirtschaftlichen Produktionsmittel keine Devisen da waren. Diejenigen, die ihr Land bebauen wollten, mußten die landwirtschaftlichen Produktionsmittel auf dem schwarzen Markt kaufen, und das lohnt sich nicht. Khusistan wurde direkt von dem Krieg betroffen, es lag im Kriegsgebiet. Außerdem mußten viele junge Männer aus den Dörfern in den Krieg. Die Folge dieser Politik und Entwicklung war, daß die Nahrungsmittelimporte natürlich auch zunahmen. Die Situation der Landwirtschaft ist so katastrophal, daß davon sogar der designierte Nachfolger von Khomeini, Montaseri, und das Parlament sprechen.

Frage: Welches sind nach Ihrer Auffassung die dringlichsten Erfordernisse, um die Unabhängigkeit des Iran vom Imperialismus zu erreichen?

ORWI: In erster Linie muß die Arbeiterklasse für ihre Interessen bewußt und organisiert werden, um ihre Hegemonie in der Revolution durchsetzen zu können.

Der Imperialismus wird natürlich die Revolution mit allen Mitteln bekämpfen. Deshalb muß die Arbeiterklasse die Unterstützung des internationalen Kommunismus und aller fortschrittlichen Kräfte gewinnen.

Eigene Industrie muß aufgebaut werden, und zwar mit Hilfe der sozialistischen Länder.

Befreiungskampf in Südafrika/Azania

Wir brauchen eure Unterstützung zur Ausrottung des Rassistenregimes

Der Vorsitzende des PAC, Johnson Mlambo, ist mit einer Delegation in die BRD gekommen und spricht zwischen dem 9. und 14. September auf Veranstaltungen in Hamburg, Braunschweig, Hannover, Karlsruhe und Freiburg. Der PAC ruft die Solidaritätsbewegung mit dem Befreiungskampf in Südafrika/Azania auf, insbesondere den bewaffneten Kampf zu unterstützen. Eine Aktionseinheit aus verschiedenen Organisationen und Komitees, darunter die Arbeitsgemeinschaft Dienstleistungen, die Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse, die Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie, der Arbeitskreis zur Unterstützung der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften in Azania (Südafrika), das Azania-Komitee Würzburg, der BWK, die FAU Heidelberg, die FAU/R, die Gruppen Junger Anarchisten/Rätekommunisten, die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, sowie zahlreiche örtliche Gruppen und Einheiten von Organisationen unterstützen die Veranstaltungen

Im Namen des PAC und des kämpfenden Volkes von Azania möchte ich diese Gelegenheit wahrnehmen, um allen, die in der Solidaritätsbewegung arbeiten, zu danken, auch dafür, daß diese Veranstaltung hier vorbereitet wurde. Das wird eine Gelegenheit sein, bei der wir darüber sprechen können, was wir in unserem gemeinsamen Kampf machen. Wir haben einen gemeinsamen Kampf. Der Erfolg an unserem Frontabschnitt wird auch ein Erfolg für euch sein, und welchen Erfolg ihr auch immer hier habt, dies wird auch ein Teil von unserem Erfolg sein.

Ich möchte kurz darauf hinweisen, daß ich das letzte Mal bei meinem ersten Besuch im Februar 1986 hier war. Ich möchte festhalten, daß ihr seit meinem letzten Besuch den Kampf weitergeführt habt. Und ich möchte besonders für das Bekanntmachen und Herausstellen der

Lage der Sechs von Sharpeville danken. Diese Patrioten wurden im Dezember 1985 vom Regime zum Tode verurteilt, und ihr Fall wurde in diesem Zusammenhang als ein einfacher krimineller Fall behandelt. Aber wir vom Pan Africanist Congress haben diesen Fall auf die Ebene der Organisation für Afrikanische Einheit, den Vereinten Nationen, der Bewegung der Blockfreien Staaten gebracht und selbstverständlich vorgetragen bei verschiedenen kleinen Gruppen, Massenorganisationen in verschiedenen Teilen der Welt. Und ich bin stolz, daß wir in dieser Beziehung eine sehr, sehr wichtige Rolle gespielt haben.

Das Regime will das Volk einschüchtern und terrorisieren
Wir haben uns auf diesen Fall der Sechs von Sharpeville konzentriert, weil es der erste Fall ist, der von dem Rassistenregime

und den Aufruf des PAC, eine Spendenaktion für die Azanian Peoples Liberation Army — Azanische Volksbefreiungsarmee — APLA durchzuführen unter den folgenden Losungen:

Nieder mit der Apartheid!

Waffen für die APLA — Waffen für das Volk!

Nieder mit Kolonialismus und Imperialismus!

Eine D-Mark für eine Kugel!

Lang lebe der PAC!

Die Spendenaktion wurde im Frühjahr dieses Jahres begonnen. Am 12. September waren insgesamt über 16000,00 DM für die APLA gesammelt.

Spendenkonto: Ch. Schneider, Konto-Nr.: 1318-470 488, Stichwort: Azania, Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50.

Im folgenden dokumentieren wir die Rede, die der Vorsitzende des PAC und Oberkommandierende der APLA, Johnson Mlambo, am 9. September in Hamburg gehalten hat. — (uld)

me behandelt wurde, seit den Unruhen, der gewaltsamen Konfrontation, die am 3. September 1984 angefangen haben. Es war der erste von so vielen Fällen, die von den Gerichten in verschiedenen Teilen des Landes seit September 1984 verhandelt wurden. Was uns besonders beunruhigte, war die Tatsache, daß das Regime unser Volk einschüchtern und terrorisieren wollte. Vor allem hat es entschieden, daß die Sechs von Sharpeville nach der Doktrin der gemeinsamen Absicht verurteilt werden sollten. Das heißt: Jeder an einem gerechten Protest Beteiligte — und wenn bei gerade diesem Protest irgendein Unglück passiert, seien es zehn oder hundert Beteiligte — jeder, der dort war, kann unter dieser Doktrin der gemeinsamen Absicht zum Tode verurteilt werden. Angesichts der Anstrengungen des Regimes, unser Volk zu terrorisieren, indem es alle gerechte Wut, sämtliche gerechten Proteste unterdrückt, hatten wir das Gefühl, daß wir kämpfen mußten. Und mit eurer Hilfe konzentrierten wir uns korrekt auf das ungerechte Urteil.

Mit eurer Hilfe und euren Anstrengungen, nachdem ihr euch führend dieses Falls angenommen habt, habt ihr es geschafft, andere Schichten dieser Gesellschaft, bis hin zu Führung dieser Gesellschaft, in diesen Falle einzubeziehen. In diesem Fall ist es vor allem der grundlegenden Arbeit, die ihr geleistet habt, zu danken, daß letztendlich die herrschende Klasse in diesem Lande über ihren Schatten springen konnte, ebenfalls die Todesurteile verdammte und sich bemüht hat, mit dem Rassistenregime zu reden. Als kämpfende Leute, die das normale Volk unseres Landes repräsentieren, können wir daher euren Beitrag in dieser Kampagne nicht vergessen. Eure Kampagne hat es dem Regime erschwert, die Sechs von Sharpeville zu hängen, aber wir haben noch nicht ge-



An der Veranstaltung in Hamburg am 9.9. nahmen 160, in Braunschweig am 11.9. 180, in Hannover am 12.9. 100 Leute teil. Bild: Veranstaltung mit dem Vorsitzenden des PAC in Hamburg

wonnen, weil der Fall noch in der Schwebe ist. Aber die Konzentration auf die Sechs von Sharpeville hat es ermöglicht, daß sich die Aufmerksamkeit auch auf andere Leute, die sich in der gleichen Situation befinden, richtete. Ihr solltet daher an dem führenden Beitrag, den ihr in diesem Falle übernommen habt, anknüpfen, so daß ihr ihn ausdehnen könnt auf andere Themen. Nur wenn ihr euch bewegt, wird der Rest deutschen Gesellschaft euch folgen. Wir wissen, daß die Geschichte der Menschheit immer als Geschichte einiger großer Generäle, bedeutender Könige etc. dargestellt wird. Aber wir wissen auch, daß die Arbeit der normalen Leute alle bedeutenden Monamente der Welt errichtet hat. Wir möchten darum sagen, daß die Richtung, in die ihre eure Anstrengungen richten sollt, die endgültige Vernichtung des ungerechten, rassistischen Regimes im rassistischen Südafrika sein soll.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß die Politik des Rassistenregimes weltweit als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit verdammt wurde.

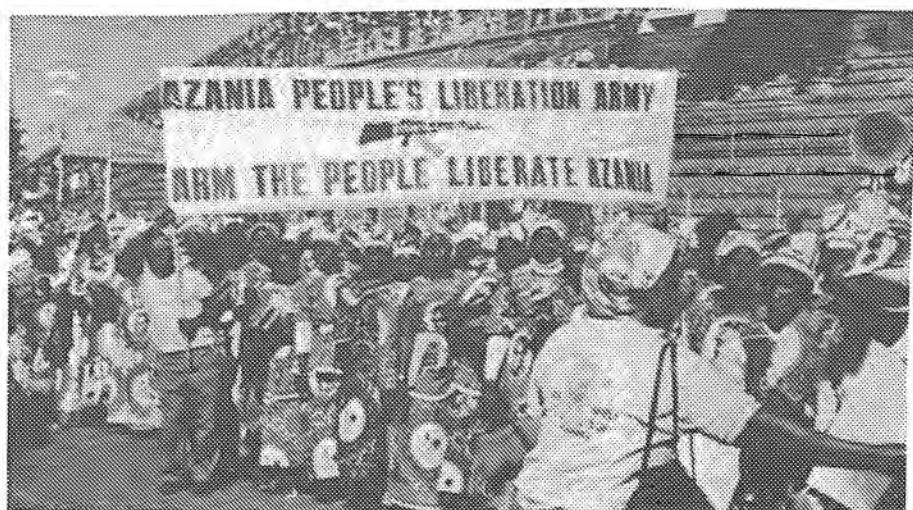
Und ich möchte diese Gelegenheit wahrnehmen, um zu erklären, daß wir vom Pan Africanist Congress nur an eine Rasse glauben, an die menschliche Rasse.

Wir glauben an die Benutzung aller Formen des Kampfes, um unser Volk zu befreien.

Der bewaffnete Kampf ist grundlegend

Fast 50 Jahre lang hat unser Volk nur gewaltlose Formen des Kampfes benutzt. Am 21. März 1960 hat der PAC unser Volk in einer sehr disziplinierten, gewaltlosen Form des Kampfes gegen die Paßgesetze geführt. Ihr wißt, daß es trotz der Tatsache, daß wir strikt nicht bewaffnet waren, an diesem 21. März ein Massaker gab. Bekannt ist auch, daß trotz allem bei dieser sehr disziplinierten Kampagne das Rassistenregime gezwungen war, am 24. März 1960 die Paßgesetze zu suspendieren. Wir möchten hervorheben, daß sich am 30. März des gleichen Jahres unsere Leute insbesondere in Kapstadt zusammengefunden hatten, über 60000 in der Zahl, zum Parlamentsgebäude marschiert sind und anschließend zum Kaldon Square, wo sich die Polizei befindet. Weil das Regime gemerkt hatte, daß es im Zentrum von Kapstadt nicht auf soviele Leute schießen konnte, hatte es sich entschlossen, zu dieser Demonstration durch ihre Führung zu reden.

Das Regime versprach, daß es eine ernsthafte Diskussion mit der Führung des PAC führen wollte, aber es machte zur Bedingung, daß die demonstrierten Menge ruhig verschwinden müsse. Diese Leute haben sich auf einer sehr disziplinierten Weise aus der Stadt zurückgezogen, selbst jene, die ihre Ver-



Delegation der APLA in Harare, Zimbabwe.

wandten am 21. März verloren hatten. Aber um seinen wahren Charakter zu zeigen, hat das Regime die gleiche Führung, mit der es vorgab, reden zu wollen, am selben Tag verhaftet und an diesem 30. März den ersten landesweiten Ausnahmezustand verhängt.

Es war dieser Wortbruch von Seiten des Regimes, der unser Volk dazu bewog, den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Wir möchten darum betonen, daß das Rassistenregime sich genauso verhält wie alle herrschenden Klassen in der Geschichte, die noch nie ihre Herrschaft freiwillig abgegeben haben. Sie haben alle Kanäle des friedlichen Kampfes verschlossen.

Ihr wißt ja, daß das Regime 1984 Verträge mit Angola und Mosambik unterzeichnet hat, an die es sich noch nie gehalten hat. Ihr kennt die Resolution 435 (die den Prozeß der Unabhängigkeit Namibias festhält, d. Red.), die mit Zustimmung des Rassistenregimes durch den UN-Sicherheitsrat gefaßt wurde, aber die bis heute noch nicht verwirklicht wurde. Und wenn es heute zwischen der angolanischen Regierung und dem Rassistenregime Gespräche gibt, dann nur deshalb, weil das Rassistenregime die Luftüberlegenheit in diesem Gebiet verloren hat. Sonst ist das Regime so brutal wie eh und je.

„Wir unterstützen alle Formen des Kampfes“

Und wegen dieser Brutalität benutzen wir vom PAC alle Formen des Kampfes, um dieses Regime zu stürzen. Wir benutzen politische Formen des Kampfes. Wir unterstützen die Kämpfe, die von unseren Arbeitern, den Frauen, der Jugend, den Landarbeitern, den patriotischen Theologen und allen anderen Teilen unserer Gesellschaft geführt werden. Aber unter den gegebenen Umständen müssen wir auch die Möglichkeit haben, unsere Errungenschaften zu verteidigen. Deshalb betrachten wir den bewaffneten Kampf als die Hauptform des Kampfes.

Deshalb unterstützen wir uneingeschränkt alle Formen des Kampfes, aber besonders den bewaffneten Kampf. Hätten wir 1960 unsere eigene Armee gehabt, hätte das Regime damals schon sehr ernsthaft mit uns verhandelt.

Ich möchte jetzt auf die Situation eingehen, wie sie in Azania heute ist, insbesondere auf das, was unsere Leute jetzt machen.

Der Einfluß des Afrikanismus nimmt zu

Trotz des fortwährenden Ausnahmezustandes des Regimes hat sich der Widerstand im Land selbst vertieft und verstärkt. Und ich möchte dabei besonders beide, die politischen und die bewaffneten Aktivitäten, die wir in unserem Land beobachten, betonen.

Ich freue mich, eine sehr, sehr deutliche Tatsache feststellen zu können, daß besonders die politische Tendenz des Afrikanismus immer stärker wird. Ich möchte dazu eine paar Vorkommnisse aus dem Inneren des Landes darstellen.

Wir vom Zentralkomitee des PAC hatten erklärt, daß in diesem Jahr 1988 unser Volk, sowohl die, die im Exil leben, als auch die, die zu Hause sind, den zehnten Todestag unseres Gründungspräsidenten Mangaliso Robert Sobukwe deutlich hervorheben müssen. Die verschiedenen afrikanistischen Organisationen in Azania erklärten die Woche vom 20. bis 27. April zur Sobukwe-Kulturwoche. In über 40 Städten und Orten haben Veranstaltungen mit Dichtern, Musikern und anderen Autoren stattgefunden, die sich insbesondere auf die politischen Beiträge konzentrierten, die Mangaliso Sobukwe für die Revolution geleistet hat. Unser Volk ist am 21. März und am 16. Juni in großer Zahl auf die Straße gegangen, um an diesen Tagen der sehr wichtigen Ereignisse zu gedenken, die mit der afrikanistischen und der azanischen Tendenz in diesem Land in sehr engem Zusammenhang stehen. Besonders am 21. März war eines be-

achtenswert: Viele gedachten des Massakers von Sharpeville und folgten dem Aufruf einiger Organisationen, den Tag als Gedenktag zu begehen. Viele Arbeiter und auch Studenten sind ihren normalen Beschäftigungen ferngeblieben, das heißt, sie sind nicht zur Schule bzw. zur Arbeit gegangen.

Wir haben auch gehört, daß die afrikanistischen Organisationen in dem Lande am 25. Mai den 25. Gründungstag der OAU feierten. Als sie diesen 25. Geburtstag der OAU gefeiert haben, konzentrierten sie sich vor allem auf die

Ideen eines Mannes: des azanischen Patrioten Mangaliso Robert Sobukwe. Dies sind einige politische Hinweise.

Was den bewaffneten Kampf angeht, hat die Azanische Volksbefreiungsmacht auch weiterhin deutliche Zeichen im Lande gesetzt. Die sogenannten Sicherheitskräfte der Rassisten haben in Gerichtsverhandlungen gegen angebliche Mitglieder der APLA zugegeben, daß bewaffnete Aktionen der APLA in allen vier Provinzen des Landes zugenommen haben, sogar in der südlichsten dieser Provinzen, dem Kapland.

Die regierungsfreundliche Zeitung Citizen hat in ihrer Ausgabe vom 1. Juni dieses Jahres zugegeben, daß sich der bewaffnete Flügel des PAC in letzter Zeit sehr massiv bemerkbar gemacht hat. Aber die Polizei bekam es mit der Angst zu tun angesichts dieses Berichts, der sich auf ihre eigenen Darstellungen gestützt hat. Am 2. Juni versuchte sie daher, eine andere Geschichte in Umlauf zu bringen, wonach alle Mitglieder des PACs, die bewaffnet waren, eliminiert wurden, bevor sie einen einzigen Schuß abgeben konnten. Ein Journalist hat im

An den Genossen Mothopeng

Resolution der Hamburger Veranstaltung

Die Teilnehmer der Veranstaltung am 9.9.1988 in Hamburg zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in Azania, auf der der Vorsitzende des PAC, Genosse Mlambo, sprach, grüßten den Präsidenten des PAC, Genosse Mothopeng, der am 10.9.88 75 Jahre alt wird.

Genosse Mothopeng wird durch das Südafrikanische Siedlerregime auf Robben Island gefangen gehalten. Es hat ihn 1979 zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt wegen seiner führenden Beteiligung an dem Aufstand des azanischen Volkes, der 1976 von Soweto aus seinen Ausgang nahm. Es hält ihn weiter gefangen, wie es auch Nelson Mandela und unzählige andere gefangen hält, um den Befreiungskampf des azanischen Volkes seiner Führung zu berauben und niederzuschlagen. Wir übermitteln unsere solidarischen, internationalistischen Grüße an den Genossen Mothopeng, der den durch nichts zu beugenden Willen des azanischen Volkes repräsentiert, sich zu befreien. Wir ehren mit ihm die großen Opfer, die das azanische Volk auf sich nimmt, um das Siedlerregime, eines der reaktionärsten und brutalsten Regimes und die gewaltigste Stütze des Imperialismus auf dem afrikanischen Kontinent zu zerschlagen. Das azanische Volk leistet damit einen großen Beitrag zum weltweiten Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Erniedrigung des Menschen und für die Befreiung.

Wir fordern

- Freiheit für den Genossen Mothopeng und alle azanischen Befreiungskämpfer
- Solidarität mit dem Befreiungskampf des azanischen Volkes
- Unterstützung für seinen bewaffneten Kampf
- Solidarität mit dem PAC und der APLA!

Diese Erklärung wurde von den über 160 Teilnehmern angenommen. Das Spendenergebnis für die APLA betrug 4.295,46 DM



Der jetzige Präsident des PAC, Zephania Mothopeng, wurde 1960 im selben Verfahren mit Mangaliso Robert Sobukwe zu zwei Jahren Gefängnis und Zwangsarbeit wegen Organisierung der Kampagne gegen die Paßgesetze (Bild oben) verurteilt. 1979 schickte ihn das Regime für 30 Jahre ins Gefängnis, weil er den Juni-Aufstand von 1976 (Bild unten) maßgeblich mit vorbereitet habe.

August festgestellt, daß die Polizei sehr widersprüchliche Angaben macht: Manchmal sagt sie, sie hätte 20, manchmal 50, manchmal 85 Mitglieder des PAC umgebracht.

In der Wochenzeitung Weekly Mail berichtete in der Ausgabe vom 5.—11. August ein Journalist, daß die bewaffneten Aktivitäten des PAC sich auf die rassistischen, sogenannten Sicherheitskräfte konzentrieren. Und er fährt fort, daß bei allen Zusammenstößen, die stattgefunden haben, einschließlich des Zusammenstoßes im August in Luchtenburg im Südwesten von Johannesburg, die Kämpfer der APLA einen eisernen Willen im Widerstand gegen die Polizei gezeigt haben.

Unterstützt uns, den Kampf im Innern des Landes zu führen!

Sehr lange Zeit gab es eine Verschwörung des Schweigens gegen Aktivitäten, insbesondere bewaffnete Aktivitäten des PAC. Diese Verschwörung zum Totschweigen der Aktivitäten des PAC wird Schritt für Schritt durchbrochen von den Aktivitäten der APLA.

Aber wir möchten einen Punkt betonen: daß wir sowohl auf der politischen wie der bewaffneten Ebene viel mehr erreichen könnten, wenn die APLA-Kämpfer mehr Mittel zur Verfügung hätten. Selbstverständlich glauben wir an einen bewaffneten Kampf, der seine Basis im Innern des Landes hat. Wir können nicht die gleichen Methoden benutzen, die im Befreiungskampf in Mosambik oder in Zimbabwe genutzt wurden, wo Basen in Nachbarländern bestanden.

Wenn man den politischen Kalender unseres Landes anschaut, dann wird man feststellen, daß Tage wie der 21. März und der 16. Juni, die international beachtet werden, entweder ausschließlich mit dem PAC oder mit dem PAC und ähnlich denkenden Organisationen wie der Black Consciousness Movement (Bewegung des Schwarzen Bewußtseins, BCM) verbunden sind.

Ihr wißt wahrscheinlich, daß der jetzige Präsident des PAC, Zephania Mothopeng, der morgen 75 Jahre alt wird, einer derjenigen ist, die in alle diese Kampagnen verstrickt waren. Schaut man auf den 21. März — er war dabei. Schaut auf den 16. Juni, er war dabei.

1976 wurde er verhaftet und in einem kleinen Ort mit anderen PAC- und BCM-Mitgliedern einer geheimen Gerichtsverhandlung ausgesetzt und verurteilt für die Organisierung und Lenkung des Aufstands im Juni 1976. Am Ende dieses Prozesses wurde er zu einer Gesamtstrafe von 30 Jahren verurteilt.

Als er 1979 in das berüchtigte Inselgefängnis Robben Island kam, erklärte er uns, als er uns begrüßte: „1960 ging ich mit euch und euren Führern ins Gefängnis. 1963 kam ich nach Robben Island mit Euch, meine Söhne. Und jetzt, 1979, bin ich mit meinen Enkeln gekommen.“

Das zeigt die Entschlossenheit, die

Überzeugung, die hinter seinem hartnäckigen Widerstand gegen das Rassistenregime steht. Es ist eine Überzeugung, die sich auf dem Wunsch, eine gerechte Gesellschaft aufzubauen, gründet.

Wir brauchen eure Unterstützung, um unseren Kampf zu intensivieren, damit wir endgültig dieses Rassistenregime überwinden können. Es ist richtig, daß wir das Regime 1960 und 1976 erschüttert haben. Es ist auch wahr, daß Anfang der sechziger Jahre, als wir Polizeistationen in Parau, Queenstown und King Williams Town gestürmt haben, die Polizisten dort wegliegen und ihre Gewehre an uns übergaben. Aber das waren nur Kratzer, die wir auf dem Gesicht des Rassistenregimes hinterlassen haben. Unsere Aufgabe ist jetzt nicht nur, das Regime zu schütteln. Unsere Aufgabe ist, das Regime zu stürzen.

Wir vom PAC betonen, daß Apartheid nicht reformiert werden kann. Sie muß vollständig ausgerottet werden. Die Geschichte unseres Kampfes zeigt, daß wir dazu fähig sind, aber es fehlte uns an Mitteln, um die Errungenschaften, die wir in der Vergangenheit erreichten, zu konsolidieren.

Die achtziger Jahre: das Jahrzehnt der azanischen Revolution

Wir haben richtigerweise erklärt, daß die achtziger Jahre das Jahrzehnt der azanischen Revolution sind. Und die täglichen Aktionen unseres Volkes, besonders seit September 1984, bestätigen, daß eine revolutionäre Tendenz im Inneren unseres Landes lebt.

Wir brauchen eure Unterstützung, wir brauchen materielle Mittel, wir brauchen finanzielle Unterstützung, so daß wir unseren Kampf vertiefen und intensivieren können, damit wir schließlich in der Lage sind, das Rassisten-Regime vollständig auszurotten.

Wir haben zu unserem Ziel die Errichtung einer afrikanistischen, sozialistischen, demokratischen und nichtrassistischen Gesellschaft erklärt. Als Schlußwort meines Appelles, daß ihr uns bei allen unseren Vorhaben im Befreiungskampf finanziell unterstützt, möchte ich die Worte Mangaliso Robert Sobukwes zitieren, als er sich an das rassistische Gericht bei seiner Verhandlung wandte.

Sobukwe hatte sich mit seinen Mitanklägten geweigert, sich gegenüber dem Gericht zu ihrer Schuld zu äußern, weil die Gesetze, auf deren Grundlage das Gericht arbeitete, einzig und allein durch eine weiße Minderheit gemacht worden waren. Diese Gesetze waren deshalb nicht bindend für das afrikanische Volk.

Sobukwe sagte: „Wir glauben nur an eine Rasse, die menschliche Rasse, zu der wir alle gehören. Die Geschichte dieser Rasse ist ein fortwährender Kampf gegen alle Formen der Beschränkung, materielle und geistige, gewesen. Und wir würden die menschliche Rasse vertreten haben, wenn wir in diesem Kampf unseren Beitrag nicht geleistet hätten. Wir glauben an gleiche Rechte für alle Individuen. Aber die Weißen müssen die Pflicht zu Treue und Ergebenheit gegenüber Afrika akzeptieren, sobald eine nichtrassistische Gesellschaft errichtet wurde.“

Und Sobukwe schloß mit folgenden Worten: „Wir sind das Werkzeug der Geschichte, und die Geschichte wird sich im Laufe der Zeit andere Werkzeuge wählen. Es ist nicht unsere Absicht, um Gnade zu bitten.“ Und mit dieser Feststellung endete seine Rede im Gericht.

(eigene Übersetzung nach der Tonbandaufnahme)



Die APLA operiert nicht nur in grenznahen Gebieten, sondern im ganzen Land (siehe auch Seite 38).

1987/88: Die APLA konnte ihre Aktivitäten ausweiten

In den letzten zwei Jahren konnten die APLA-Kämpfer ihre Guerilla-Operationen vor allem auf dem Land ausweiten und eine breite politische Arbeit unter den Massen auf dem Land durchführen. Auf der militärischen Seite erlebten die Kräfte des Feindes, einschließlich der rassistischen Soldaten und Polizei, zahlreiche Angriffe der APLA, bei denen eine bemerkenswerte Zahl von feindlichen Kräften entweder verwundet oder getötet wurde. Längst kann das Regime das Anwachsen des bewaffneten Kampfes nicht mehr leugnen. Da die staatliche Zensur nahezu jede Berichterstattung über bewaffnete Angriffe der Befreiungsbewegung nur erlaubt, wenn sie im wesentlichen die Polizei- und Armeeveröffentlichungen wiedergibt, finden sich nur selten Veröffentlichungen über den bewaffneten Befreiungskampf. Die im folgenden zusammengefaßten Berichte über Gerichtsverfahren und Anschläge der APLA werfen nur einige Schlaglichter auf den stattfindenden bewaffneten Kampf.

Am 25. Januar 1987 griffen APLA-Kämpfer fünf Gemeindepolizisten im Township Alexandria mit Skorpion-Maschinengewehren an, drei von ihnen wurden getötet, zwei entkamen. Sie wurden angegriffen, während sie das Haus eines anderen Polizisten bewachten. Daily News (DN), Tanzania, 25.5.88

Am 4. Februar 1987 greifen APLA-Kämpfer einen Lastwagen der südafrikanischen Armee in Alexandria an, zwei Soldaten werden getötet, zwei entkommen. DN, 25.5.88

Am 18. März 1987 werden 65 Polizieschüler in Soweto schwer verletzt, einer getötet, nachdem APLA-Kämpfer eine Handgranate aus einem fahrenden Wagen in das Trainingslager geworfen haben. Der rassistische Minister für Recht und Ordnung, Adriaan Vlok, macht die APLA für das Attentat verantwortlich und bezeichnet es als „feige und verdammtenswert“. DN, 25.5.88

Am 4. April 1987 wird eine drei Mann starke Einheit der APLA, die sich auf einer Erkundungsfahrt befindet, in Bramley bei Johannesburg von der rassistischen Polizei angegriffen. Die Guerillas erwidern den Angriff, vier Polizisten werden getötet, zwei verletzt. Die drei Guerillas werden schließlich getötet. DN, 25.5.88

Im August 1987 begann ein Prozeß gegen sieben Azanier. Fünf von ihnen sind der Mitgliedschaft im PAC, zwei der Mitgliedschaft in der moslemischen Organisation Quibla, die mit dem PAC zusammenarbeitet, angeklagt. Die Anklage umfaßt 23 Punkte, alle Verstöße gegen das Gesetz zur Inneren Sicherheit und gegen das Terrorismus-Gesetz. Die sieben sollen Ausbildung an Waffen und Werbung für den bewaffneten Kampf im westlichen Kapgebiet betrieben haben. Der Angeklagte Enoch Zulu soll nach der Anklageschrift ein „Kriegskommandeur“ des PAC sein, der sein Training in China und Jugoslawien erhalten habe und Lager des PAC in Tansania befehligt habe. Die beiden Angeklagten Cassiem und Patel von Quibla sollen mit dem PAC konspiriert haben. Es seien bei ihnen Papiere gefunden worden, in denen „zur Einheit der Unterdrückten“ aufgerufen werde. Der Islam sei eine Schule

des Kampfes gegen den Imperialismus. Die Papiere riefen zum vollständigen Boykott aller Institutionen des rassistischen Staates auf. Ein Zeuge, der sich weigerte gegen die sieben Angeklagten auszusagen, ist inzwischen zu zwei Jahren Haft wegen Zeugnisverweigerung verurteilt worden. Sowetan, 10.5., 29.7.88

Am 15. Dezember 1987 führt eine APLA-Einheit einen überraschenden Angriff auf einen Lastwagen der südafrikanischen Streitkräfte in Alexandria durch und tötet einen Corporal. DN, 25.5.88

Am 31. Dezember 1987 stürmen bewaffnete APLA-Guerillas ein Zelt mit Soldaten in Alexandria und töten fünf von ihnen. DN, 25.5.88

8. Februar 1988: Zwei Polizeioffiziere im Bantustan Ciskei werden getötet und ein dritter verletzt nach einer Schießerei mit APLA-Kämpfern. Die Marionetten-Regierung der Ciskei gibt bekannt, daß fünf Sicherheitsoffiziere angegriffen wurden, als sie ein Haus in Alice Town durchsuchen wollten. DN, 25.5.88

Am 13.3.88 verurteilte der regionale Gerichtshof von Kenton-on-Sea zwei PAC-Mitglieder zu je zehn Jahren und ein PAC-Mitglied zu fünf Jahren Haft. Die drei waren angeklagt wegen Verstoß gegen das Terrorismus-Gesetz und gegen das Verbot des Besitzes von Waffen und Munition. Business Day, 14.3.88

Am 16. März 1988 erschoß eine im Stadtteil Emdeni von Soweto operierende APLA-Einheit einen Feldwebel und verletzte vier weitere Polizisten. Die Polizisten waren dabei, Einwohner von Soweto zu verhaften, die sich am Mietboykott beteiligen. DN, 25.5.88 und Azanian Combat Nr. 6/88

Im April 1988 berichtet die Zeitung „New Nation“: In Umtata findet ein Prozeß gegen sieben Leute statt, die angeklagt sind, Mitglieder des PAC zu sein, Leuten zu militärischem Training verholfen hätten und zwei Guerillas beherbergt hätten. Ein Angeklagter ist ein früherer Robben-Island-Häftling. Alle Angeklagten plädierten auf nicht schuldig und klagten die Gefängnisbehörden und die Polizei der Folter an. New Nation, 2.4.88

Am 7. April 1988 begann in Johannes-

burg ein Prozeß gegen Jaki Seroke, Mandla Cele und Thembi Khonongwe. Sie sind angeklagt, Mitglieder des PAC und der APLA zu sein, gegen das Gesetz gegen den Terrorismus verstoßen zu haben und im Besitz von Explosivstoffen, Munition und Publikationen des PAC gewesen zu sein. Seroke wird vorgeworfen, über die botswanische Grenze Handgranaten, Maschinengewehre und Munition nach Südafrika gebracht zu haben. Cele und Khonongwe sollen angeblich in Lesotho, Tansania, Libyen oder Zimbabwe eine militärische Ausbildung erhalten haben. Beide sollen ein Waffenlager errichtet haben. Alle drei Angeklagten wurden am 10. März verhaftet. Sowetan, 8.4.88

Im Mai 1988 berichtet der „Sunday Star“: Pretoria und die Region Witwatersrand sind zum „Bombenzentrum“ des Landes geworden. Innerhalb von kaum mehr als einer Woche explodierten sieben Bomben gegen verschiedene Ziele. Die Sicherheitsbehörden schreiben die Anschläge sowohl dem PAC wie dem ANC zu. Sunday Star v. 6.5.88

Am 5.6.88 berichtet die Zeitung „Sowetan“: Themba Jack Phikwane steht wegen angeblicher Mitarbeit im PAC, „Terrorismus“ und Waffenschmuggel vor dem Johannesburger Magistratsgericht. Er hat sich für nicht schuldig im Sinne der Anklage erklärt. Die Staatsanwaltschaft bringt ihn in Verbindung mit einem Vorfall am 4. August letzten Jahres, als drei angebliche PAC-Guerillas an einer Straßenkreuzung bei Johannesburg in ihrem Auto von der Polizei erschossen wurden. Sowetan, 5.6.88

Im Juni 1988 begann ein Prozeß gegen drei Leute, die Mitglieder im PAC und in der APLA sein sollen. Es sind Jaki Seroke, Mitherausgeber von Skotaville Publ., Mandla Cele und Thembi Khonongwe. Sie sind angeblich an einer Straßensperre in Koster in Westtransvaal am 9. September festgenommen worden, die Polizei habe ihr Fahrzeug durchsucht und Waffen, Handgranaten, Munition und verbotene PAC-Schriften bei ihnen gefunden. Bei der Gegenüberstellung mit Zeugen sind sie von den rassistischen Polizisten gefoltert worden. Sowetan, 22., 28., 29.7.88

Ende Juli 1988 gab die südafrikanische Polizei bekannt, daß sie auf der Straße von Lichtenburg nach Mafikeng ein Fahrzeug gestoppt habe, in dem vier angebliche PAC-Kämpfer fuhren. Drei von ihnen, darunter eine Frau, wurden bei einem Feuergefecht getötet, zwölf Polizeibeamte verletzt. Es seien eine Menge Waffen, vor allem chinesischen Ursprungs, gefunden worden. Eine weitere Person sei festgenommen, nach einer anderen werde noch gefahndet. Der PAC gab in einer Erklärung in Harare, Zimbabwe, bekannt, daß eine Einheit der APLA in Südafrika zwölf Polizisten getötet habe, die vier Mitglieder der Einheit seien dabei ums Leben gekommen. Sowetan, 26. und 29.7.88

NACTU unterstützt Einigung der Befreiungsbewegung

Mitte März 1988 tagte der Gewerkschaftsdachverband NACTU (National Council of Trade Unions). Er gab dabei seine politischen Grundsätze bezüglich Gewerkschaftspolitik, Rolle seiner Funktionäre und seine Beziehungen zu gebannten Organisationen bekannt. Damit reagierte NACTU gegen die Restriktionen, die von der südafrikanischen Regierung gegen viele Organisationen der Schwarzen, darunter auch gegen den Gewerkschaftsdachverband COSATU, verhängt wurden.

Bei dem Wochenendtreffen beschloß NACTU folgendes:

„Wir, die Opfer langandauernder Unterdrückung und Ausbeutung im täglichen Leben, verpflichten uns die zwei Übel (Ausbeutung und Unterdrückung) entschieden zu bekämpfen. Als Teil der breiten oppositionellen Volksmassen ist der Dachverband davon überzeugt, daß die zwei Übel nur durch die Bildung einer demokratischen Gesellschaft beseitigt werden können. Diese kann erst nach der Abschaffung aller Diskriminierungen geschaffen werden.“

Ferner erkennt der Dachverband, daß das ganze Land, geteilt oder nicht geteilt, den ursprünglichen Bewohnern des Landes gehört. Der Dachverband ist davon überzeugt, daß nur die am meisten Ausgebeuteten und Unterdrückten in der Lage sind, die gewünschte gesellschaftliche Umwälzung herbeizuführen. Dabei sollen folgende Prinzipien berücksichtigt werden:

- Anti-Kapitalismus,
- Anti-Imperialismus,
- Anti-Rassismus,
- Anti-Sexismus.

Der Verband erkennt, daß die ausländischen Investitionen nur das wirtschaftliche System des Landes unterstützen und aufrechterhalten; ein System, das an der maximalen Ausbeutung der Arbeiterklasse orientiert ist.

Ferner erkennt der Dachverband, daß die schwarze Arbeiterklasse zwar den Reichtum des Landes produziert, und deshalb dieser Reichtum auch ihr gehört, sie aber nichts davon erhält: Weder von den Rohstoffen noch von den anderen Reichtümern kann sie gegenwärtig einen Nutzen ziehen.

Zwei Jahre lang haben wir unsere Grundsätze in der Praxis erprobt und überprüft. NACTU folgt dem Prinzip des „Nichtanschluß an irgendeine politische Organisation“, egal, ob sie innerhalb oder außerhalb des Landes arbeitet. NACTU arbeitet aber mit politischen Organisationen bei allen Aktivitäten und Kampagnen zusammen, so lange diese nicht in Widerspruch zu seinen Grundsätzen und Zielen stehen. So hat NACTU viele Treffen besucht, die vom National Forum (NF) ausgerufen waren.

Der Dachverband sprach bei Versammlungen während der wichtigsten nationalen Tage wie dem 21. März, 16. Juni und 1. Mai, die von folgenden Organisationen geplant waren: AZAPO, AZASM, CAL und SACOS. Was die Organisationen betrifft, die außerhalb des Landes operieren, verfolgt der Verband eine offene und ehrliche Diskussion. Letztes Jahr traf sich der Dachverband mit dem PAC. Die Delegation von NACTU, geleitet von seinem Präsidenten James Mndaweni, führte im September eine Diskussion mit hochrangigen Mitgliedern des PAC-Zentral-Komitees in Tanzania. NACTU wird Kontakt mit dem ANC und allen Befreiungsbewegungen des Landes aufrechterhalten.

NACTU ermutigt seine lokalen und regionalen Bereiche, sich an Kampagnen, die von Wohnviertel-Organisationen geplant sind, zu beteiligen. Insbesondere soll dies erfolgen, wenn Interessen der Arbeiter gefährdet sind. Durch seine lokalen und regionalen Büros sowie sein Zentralbüro hat NACTU darüberhinaus erfolgreiche Unterstützung leisten können bei der Umwandlung des selbstmörderischen Konzepts ‚Befreiung jetzt — Ausbildung später‘.

Um die Gewalt der Schwarzen untereinander zu beenden, hat NACTU Versammlungen einberufen, an denen sowohl Führer der Wohnviertel teilnahmen als auch Persönlichkeiten der Kirchen. Denn die Gewalt Schwarz gegen Schwarz war nicht im Interesse des Befreiungskampfes.

NACTU ist überzeugt, daß man nicht zwischen politischer und gewerkschaftlicher Arbeit trennen kann. Die Tatsache, daß vielen NACTU-Mitgliedern die Staatsbürgerschaft abgesprochen wurde, spiegelt sich im betrieblichen Kampf wider. Die hohen Mieten in den Townships reduzieren die Löhne der Gewerkschaftsmitglieder und verschlechtern ihren Lebensstandard.

Kapitalismus und Imperialismus in

Südafrika sind zwei Seiten derselben Medaille. Der Arbeiter, der seine Arbeitskraft im Betrieb zur Verfügung stellt, ist derselbe Arbeiter, der kein Wahlrecht hat und der diskriminiert wird.

NACTU hat das Nicht-Kollaborations-Prinzip (d.h. keine Zusammenarbeit mit dem Rassistenregime, seinen Institutionen oder Teilen, die von ihm geschaffen sind) beachtet und immer in die Praxis umgesetzt. Dieses Prinzip ist die Voraussetzung für die Teilnahme am Befreiungskampf. Der Dachverband hat die Einladung zu einem Treffen mit P.W. Botha verurteilt und sehr scharf zurückgewiesen. Der neue Entwurf für ein Arbeitsgesetz, der z.Zt. im Parlament diskutiert wird, hat den Vorschlag, sich mit P.W. Botha zu treffen, als nutzlos entlarvt. Der neue Entwurf zielt darauf ab, die Gewerkschaften noch wirkungsvoller in ihren Tätigkeiten zu beschränken.

NACTU ist davon überzeugt, daß die Gewerkschaftsbewegung demokratisch, unabhängig und frei sein muß. Der Dachverband geht davon aus, daß er frei bleiben will, damit er auch die ökonomischen und politischen Grundsätze einer zukünftigen Regierung kritisieren kann. NACTU bekräftigte seine Überzeugung, daß die schwarze Arbeiterklasse die führende Rolle im nationalen Befreiungskampf spielen wird, und betonte die Bekämpfung der Ausbeutung und Unterdrückung in allen ihren Erscheinungen.“ (1)

Bei dem Treffen mit dem PAC unterstützte die NACTU die fünf Prinzipien, auf deren Grundlage der PAC mit allen Organisationen zusammenarbeiten will:

1. Apartheid kann nicht reformiert werden.
2. der Träger der Umwälzung in Südafrika sind die unterdrückten Menschen.
3. NACTU und PAC werden alle Formen des Kampfes in Südafrika unterstützen;
4. beide treten international für umfassende und bindende Sanktionen ein;
5. der Ost-Westkonflikt muß aus dem Kampf um die Befreiung herausgehalten werden. (2)

Quellen: (1) Sowetan, 22.3.88 nach Azania Press Cuttings 55/56-88; (2) Sowetan, 9.2.88



Die Gründung der Farmarbeitergewerkschaft ist ein deutlicher Ausdruck für die Ausweitung des Kampfes an allen Fronten.



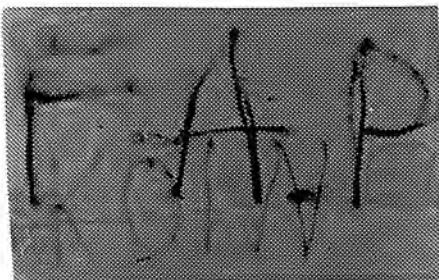
Memmingen: Verschärfung des Abtreibungsstrafrechts

Die Strafverfolgung in Memmingen gegen weit über 100 Frauen und ihre Angehörigen wird von den Reaktionären sorgfältig beobachtet. Kräfte, die schon lange auf eine Gelegenheit warten, um die Strafverfolgung von Abtreibungen weiter zu verschärfen, treten offen hervor und fühlen sich ermuntert. Die CSU verlangt die zügige Behandlung ihres Adoptionsrecht-Vorstoßes, FDP und Bischöfe stimmen überein, nun das lange geplante Beratungsgesetz zügig zu verabschieden, die Bischöfe wollen die Strafandrohung bei Abtreibungen weiter erhöhen. Eine Verständigung unter den fortschrittlichen Kräfte, wie diesem neuerlichen Angriff begegnet werden soll, wird dringend nötig.



Preisreformen in Ungarn

Umbesetzungen in der ungarischen Regierung und in der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) deuten an, daß der Weg einer radikalen Reformpolitik fortgesetzt werden soll. Nach der Steuerreform leitet die Regierung jetzt eine groß angelegte Preisreform ein. Diese Reformen sollen Ungarn aus der schweren Wirtschaftskrise herausführen. Fast 3/4 der Exporterlöse müssen für Zinsen und Tilgungen an das imperialistische Kapital aufgebracht werden. Die Lebenshaltungskosten steigen rapide, die Löhne sinken. Unrentable Betriebe sollen stillgelegt werden. Was beabsichtigt die Regierung mit der eingeleiteten Preisreform und mit welchen Auswirkungen auf die Arbeiter muß gerechnet werden?

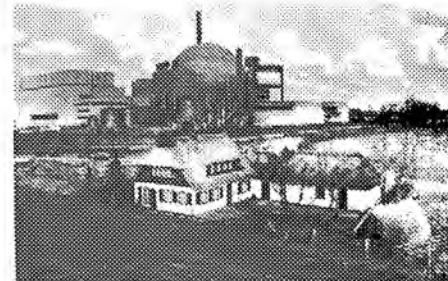


Antifaschistische Bündnispolitik in NRW

Seit viereinhalb Jahren gibt es in NRW die Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen. Sie wurde als Ruhrgebietskonferenz von Organisationen wie VVN/BdA, Volksfront und revolutionär-sozialistischen Kräften ins Leben gerufen. Die Konferenz hat sich jedoch auch darüber hinaus zu einem Instrument antifaschistischer Bündnispolitik entwickelt: Die 9. Konferenz am 17.9. in Essen wird auch vom Landesvorstand der Grünen unterstützt, die Stadt Essen stellt Räume zur Verfügung und zumindest der Ausländerbeirat unterstützt die Konferenz. Wie hat sich die Konferenz entwickelt? Was sind die Grundlagen der Zusammenarbeit? Welche Ergebnisse hatte die 9. Konferenz?

Territoriale Gliederung der BRD nach Konzerninteressen

Die Gebietsreformen Ende der 60er und in der ersten Hälfte der 70er Jahre waren die einschneidendsten Maßnahmen zur Schaffung neuer staatlicher Planungseinheiten seit Gründung der BRD. Diese Gebietsreform wurde von wirtschaftlichen Interessen bestimmt: Größere Städte und Landkreise entsprachen den auf weltweite Expansion gerichteten Interessen der großen Konzerne. Dezentrale Entscheidungsebenen stören da nur, durch die gleichzeitige Finanz- und Funktionalreform wurden die Kommunen und Kreise weiter entrichtet. Die Kritik der Gebietsreform soll einen Beitrag zu der heute schon nötigen Diskussion leisten, wie die Wirtschaft im Interesse der Produzenten organisiert werden muß.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten -- erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenheft Chemie und übrige Industrien, erscheint vierzehntäglich, Preis 0,50 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zülpicher Straße 7 Postfach 260226

Tel 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m b H

5 Köln 1, Zülpicher Straße 7 Postfach 260226

Tel 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie

- Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM

Mitteilungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront** 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe

Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik — Informationsdienst Gesundheitspolitik 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse — Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik — Nachrichten, Analysen, Protokolle 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik — Nachrichten, Analysen, Mitteilungen 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m b H

5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Duwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen

Postfach 110822, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Wäldeckstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7 Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7 Postfach 260226 Telefon 0221/21 16 58 Konten Postgiroamt

Köln BLZ 37010050 Kto. Nr. 10419-507 und Bank für Gemeinwirtschaft BLZ 37010111 Kto. Nr. 1144393600 Verantwortliche Redakteure für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rudiger Lotter für Auslandsberichterstattung, Siegmar Elgehausen, für Aus Verbänden und Parteien Ulrike Detjen, für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann für Aus Kultur und Wissenschaft - Diskussionsbeiträge Angela Lux, für Sozialstatistik, Spezialberichte Alfred Kustler

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie AGM, der AG Medien in der Volksfront AGMe, des NH Chemie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik AGB, der AG für Kommunalpolitik AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront AGV

Druck: Graphischer Betrieb Henke Rollenoffset, Köln Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich Beilage Gesammelte Beiträge aus der Volksfront AGV

Print: Graphischer Betrieb Henke Rollenoffset, Köln Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich Beilage Gesammelte Beiträge aus der Volksfront AGV